Insider über Pleite der HSH Nordbank S.7

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

Nr. 46 – 17. November 2012

Einzelverkaufspreis: 2,40 Euro

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Bilder: pa

Es wird so getan, als würde etwas bewegt: Jean-Claude Juncker, Angela Merkel und Christine Lagarde spielen ihre Rollen

Frivoles Rettungstheater

Was den Bürgern als Lösung verkauft wird, ist nur ein Aufschieben der Probleme

Griechenland erhält Ziele, die es so aber nie erreichen kann. Das wissen auch alle Beteiligten, doch die Bürger sollen es nicht erfahren.

Die offizielle Debatte zum Thema Griechenland verschiebt sich zunehmend ins Geisterhafte. Nach dem Beschluss, Athen „mehr Zeit“, also vor allem: mehr Geld zu geben, streiten sich Euro-Gruppen-Chef Jean-Claude Juncker und die Präsidentin des Internationalen Währungsfonds, Christine Lagarde, darüber, ob die Hellenen ihr Staatsdefizit bis 2020 oder 2022 auf 120 Prozent ihrer Wirtschaftsleistung drücken sollen.

Beiden ist natürlich klar, dass ihre Ziele unrealistisch sind. Griechenlands Schulden werden stattdessen weiter steigen, ins Uferlose. Die Steuerverwaltung bleibt ein tragischer Witz, „Reformen“ stehen im Wesentlichen nur auf dem Papier. Was als „Rettung“ verkauft wird, ist nichts als das Aufschieben einer Lösung, wodurch die Probleme nur verschlimmert werden. Es geht nur darum, die uneinbringbaren Schulden von den Schultern privater Investoren auf die der europäischen, hauptsächlich deutschen Steuerzahler zu verlagern. Solange, wie das dauert, wird Rettungstheater gespielt.

> Troika liefert die Ergebnisse, die ihre Auftraggeber wollen

Die „Fortschritte“, die Griechenland gemacht habe, bezeichnet Ifo-Chef Hans-Werner Sinn als „statistische Artefakte“. So wird behauptet, die Wettbewerbsfähigkeit der griechischen Wirtschaft verbessere sich bereits. In Wahrheit sind bloß die unproduktivsten Betriebe pleite, weshalb der Durchschnitt der Übriggebliebenen nun ein wenig besser aussieht. Im Kern hat sich nichts getan. Doch auf derlei „Artefakte“ baut die Troika den „positiven Grundton“ ihres lange erwarteten Berichts – wie von den Regierungen bestellt.

Griechenland hat den anderen Krisenstaaten bewiesen, dass es keiner unangenehmen Reformen bedarf, um endlos weiter an die Milliarden zu kommen. So ist auch weiter nicht zu erwarten, dass Athens superreiche Reeder und andere Einkommensmillionäre an der „Rettung“ ihres Landes per Steuerzahlung beteiligt werden. Die Rechnungen landen im Norden der Euro-Zone. Das werden sich die Mächtigen in Spanien, Portugal oder Zypern gut merken.

Doch wenn es „nur“ ums Geld ginge: Die Aufmärsche bei Merkels Portugal-Besuch und die Randale zur Italien-Visite von Arbeitsministerin Ursula von der Leyen zeigen wie die brennenden Deutschlandfahnen von Athen, wohin das „Friedensprojekt Euro“ die Völker geführt hat. Hier werden Wunden geschlagen, die in Jahren und Jahrzehnten nicht verheilen.

Und wir stehen erst am Anfang des Dramas: In Spanien steht der ganz große Schulden-Knall erst noch bevor, Frankreich wankt bedenklich. Zu allem Überfluss steht die Weltwirtschaft am Rande einer schweren Krise, die nicht mehr mit Gelddrucken und Schuldenverschieben zu übertünchen sein dürfte. Europa geht vom Euro schwer geschwächt in diese Krise, die auch Deutschland vom kommenden Jahr an mit voller Wucht treffen wird. *Hans Heckel*

JAN HEITMANN:

Helden

Alljährlich gedenken wir am Volkstrauertag, der früher Heldengedenktag hieß, der Gefallenen der Kriege. Sie heute noch Helden zu nennen, tun wir uns schwer. Als Helden kann man diejenigen bezeichnen, die in einem entscheidenden Moment eine Leistung vollbringen, die deutlich über das hinausgeht, wozu jemand üblicherweise bereit oder fähig ist. Ernst Jünger hat es einmal so formuliert, dass Menschen in einer existenziellen Situation im bewussten Tod für etwas, was sie selbst überragt, auf mächtigste Weise zeigten, wofür sie eigentlich leben wollten. Und wer wollte nicht lieber leben, als im Massengrab zu enden? Haben wir den Mut, die Gefallenen wieder Helden zu nennen. Sie haben ein Recht darauf, von uns mit den Maßstäben ihrer Zeit gemessen zu werden. Nur so kann unser Urteil gerecht sein. Dies schließt vor allem auch die Überlebenden ein. Wer tot ist, ist ohnehin der irdischen Gerechtigkeit entzogen. Er hat sich für sein Tun und Lassen nur noch vor seinem Schöpfer zu verantworten. Jenseits der Grenze des Todes ist kein Platz für geschichtspolitische Instrumentalisierung. Wer die Gnade der späten Geburt genießt und in der komfortablen Nachkriegsstube sitzt, sollte sich vor einem vorschnellen Urteil, vor Oberflächlichkeit und Arroganz gegenüber denen hüten, denen dieses Glück nicht vergönnt ist.

Der Volkstrauertag ist ein Tag des Gedenkens und des Erinnerns, aber auch der Dankbarkeit. Dankbarkeit dafür, dass wir seit Jahrzehnten in Frieden und Freiheit leben. Das haben wir nicht zuletzt der Existenz von Streitkräften zu verdanken. Die Toten mahnen uns, dafür zu sorgen, dass es immer so bleibt. Sie verpflichten die Völker zu einem friedlichen Miteinander.

Sucht zur Verurteilung

Friedrich-Ebert-Stiftung sieht steigenden Rechtsextremismus

Dem „Kampf gegen Rechts‘ müsse auch über das durch die NSU-Mordserie bedingte Aufmerksamkeitshoch hinaus höchste Priorität eingeräumt werden“, so das Fazit der Friedrich-Ebert-Stiftung. In ihrer Studie „Die Mitte im Umbruch. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012“ zeichnen die Experten der SPD-nahen Stiftung vor allem von den neuen Bundesländern ein erschreckendes Bild. So seien 39 Prozent im östlichen Teil des Landes ausländerfeindlich. Überhaupt sei rechtsextremes Denken in Deutschland kein „Randproblem“, sondern eines der Mitte der Gesellschaft.

Zu der Erkenntnis gelangten die Autoren der Studie nach Befragung von 2415 Personen deutscher Staatsangehörigkeit und 95 ohne deutsche Staatsangehörigkeit. Aus dem Umstand, dass über die Hälfte der Befragten der Frage „Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen“ zustimmten, leiteten die Wissenschaftler Ausländerfeindlichkeit ab. Wer jedoch als Befragter gerade Meldungen wie jene, dass die Zahl der Asylbewerber aus Serbien massiv zunehme, obwohl diese Menschen keinen Asylanspruch hätten, gelesen hat, geht mit einem entsprechenden Gefühl in eine solche Befragung. Auch aktuelle Nachrichten über brutale Schläger mit Migrationshintergrund, die Passanten totschlagen, sorgen für Irritationen. Wer vielleicht auch wegen fehlender Bildung zu einem umfassend differenzierten Urteil nicht in der Lage ist, neigt dann dazu, entsprechende Meldungen zu verallgemeinern. Daraus eine rechtsextreme Haltung der breiten Bevölkerung zu machen, ist jedoch ähnlich verallgemeinernd.

> Politik trägt Mitschuld

Die von Thilo Sarrazin geäußerte Kritik an der Politik bei ihrem Umgang mit dem Thema Zuwanderung dürfte an dieser Stelle hilfreich sein. *Bel*

Typisch deutsch

Verteidigungsminister will Veteranen ehren, doch was ist ein Veteran?

Eigentlich wäre es ja passend gewesen, wenn der Bundeswehrverband zum Volkstrauertag seine Definition für einen Veteranen geliefert hätte, doch die Soldatenvertretung überlegt immer noch. Bereits im September 2011 hatte Bundesverteidigungsminister Thomas de Maizière kundgetan, dass er Veteranen mehr ehren möchte und zur Diskussion darüber einlade, was ein Veteran sei. Doch offenbar hatte keiner der Betroffenen Lust zu einer solchen Debatte, denn im Oktober, also über ein Jahr später, bot der Minister seine Definition an. Ein Veteran sei seiner Meinung nach ein ehemaliger Bundeswehrsoldat mit Einsatzbezug. Diesen Einsatzbezug mache er an dem Erhalt einer Einsatzmedaille fest und die gäbe es nach 30 Tagen Auslandeinsatz.

Sofort meldete sich daraufhin der Bundeswehrverband zu Wort und lobte das Engagement de Maizières, meinte aber, dass die Verleihung der Einsatzmedaille als ausschließliches Kriterium ungenügend sei. Doch dann folgte Schweigen, das bis jetzt anhält. Dabei müsste man doch meinen, dass sich der Bundeswehrverband schon längst Gedanken zur Definition eines Veteranen gemacht haben sollte. Aber da sich der Verteidigungsminister auch keine Gedanken gemacht hat, wie er denn nun im Detail die Veteranen ehren will, die er ehren will, passt sich der Bundeswehrverband vielleicht auch nur seinem Gesprächspartner an. De Maizière betonte nur, dass er keinen Aktionsplan zur Ehrung der Veteranen plane.

> Der Begriff sei belastet, heißt es aus der SPD

Immerhin brachte sich SPD-Verteidigungsexperte Rainer Arnold in die Diskussion ein und teilte mit, dass er von dem Begriff „Veteran“ grundsätzlich nichts halte, schließlich würde man in Deutschland hierbei nicht an Helden, sondern an „wegen der Geschichte Belastete und Täter“ denken. *Bel*

MELDUNGEN

PAZ: Neue Preise ab 2013

Hamburg – Volle drei Jahre lang hat die *Preußische Allgemeine Zeitung* den Preis ihres Abonnements stabil gehalten. Nun zwingen uns steigende Kosten trotz strikter Ausgabendisziplin zur Anpassung der Bezugspreise. Unser Inlands-Abopreis steigt ab 1. Januar 2013 von neun auf zehn Euro im Monat, also 120 Euro im Jahr. Der Bezugspreis im Ausland steigt auf 12,50 Euro monatlich (16,50 Euro bei Versand per Luftpost). Die *Preußische Allgemeine* bleibt damit auch in Zukunft die mit Abstand günstigste Wochenzeitung mit vergleichbarem journalistischen Angebot. Soweit keine Einzugsermächtigung besteht, bitten wir um rechtzeitige Anpassung von Daueraufträgen. *PAZ*

Schmähkritik gegen Sarrazin

Berlin – Die „taz" setzt ihre Schmähkritik gegen Thilo Sarrazin fort. Deniz Yücel, türkischstämmiger Redakteur der „Berliner Tageszeitung", wünschte ihm in seiner erschienen Kolumne indirekt den Tod mit der Aussage, „der nächste Schlaganfall möge sein Werk gründlicher verrichten". Bereits im Mai hatte die ebenfalls aus der Türkei stammende Mely Kiyak Sarrazin als „lispelnde, stotternde, zuckende Menschenkarikatur" verunglimpft. Dass Sarrazins rechte Gesichtshälfte nach der operativen Entfernung eines Tumors teilweise gelähmt ist, hatte sie zu diesem Zeitpunkt angeblich nicht gewusst und sich nachträglich entschuldigt. Dennoch wiederholte Deniz Yücel Kiyaks Aussage in vollem Bewusstsein der Beleidigung. Rolf Schlierer, der Bundesvorsitzende der Republikaner, reichte deshalb Beschwerde beim Deutschen Presserat wegen Schmähkritik und Missachtung der Menschenwürde gegen den Kolumnisten ein. *M.H.*

(siehe Kommentar Seite 8)

Die Schulden-Uhr: Genügt ein Auto?

Ein Auto müsste pro Altkanzler reichen, meint zumindest Gesine Lötzsch. Aber die ehemals von den Altkanzlern geführte Exekutive sieht dies anders. „Ab Inbetriebnahme bis heute" sind „rund 1,265 Millionen Euro für Instandsetzung, Reparatur, Unterhaltung und Betrieb etc." ausgegeben worden, ließ das zuständige Bundesinnenministerium wissen. Da stecken mehr als ein Auto pro Altkanzler hinter. Offenkundig setzt Schröder auf Quantität, Schmidt auf Qualität und der vollschlanke Kohl auf Größe. Der rot-grüne Altkanzler hat sieben Fahrzeuge. Der rot-gelbe hat zwar nur vier, aber darunter zwei Mercedes für je 94 275,55 Euro. Der schwarze schließlich hat sechs Mercedes, darunter drei 600 SEL. Die stammen zwar noch aus seiner Regierungszeit, gehören aber zu seinen größten S-Klasse, die je gebaut wurde. *M.R.*

2.057.380.518.860 €

Vorwoche: 2.056.878.024.039 €
Verschuldung pro Kopf: 25.155 €
Vorwoche: 25.145 €

(Dienstag, 13. November 2012, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Sagt Freunderlwirtschaft den Kampf an

Mit dem »Team Stronach« will Unternehmer und Millionär Österreich neu denken und lenken

Er meint es ernst: Dieser Tage überwies der Millionär und Gründer des Autozulieferers Magna Frank Stronach seiner neu gegründeten Partei „Team Stronach" eine Million Euro, damit diese mit ihrer politischen Arbeit beginnen kann und Österreich eine neue politische Stimme beschert. Was Stronach antreibt und was er ändern will, verrät er der *PAZ*. Die Fragen stellte Rebecca Bellano.

PAZ: *Herr Stronach, in Deutschland blicken zahlreiche von den etablierten Parteien enttäuschte Bürger auf Ihre Parteineugründung. Ihr „Team Stronach" scheint eine Alternative zu sein, die offenbar weder politisch links noch rechts ist. Doch wie kann man Ihre Partei dann einordnen?*

Frank Stronach: Sie haben Recht, das Team Stronach ist weder links noch rechts. Diese traditionelle Sichtweise ist überholt. Wir machen das, was am besten für die Bürger Österreichs ist. Das wichtigste sind Arbeitsplätze und Wohlstand für die Bürger. Dazu müssen wir zunächst den Staatshaushalt ausgleichen, eventuell sogar einen kleinen Überschuss erwirtschaften, damit wir endlich damit beginnen können, die Schulden zu tilgen. Jede Hausfrau weiß, wenn sie mehr Geld ausgibt, als sie einnimmt, kommt die Familie über kurz oder lang ins Armenhaus. Nur die jetzige Regierung versteht das nicht, weder die österreichische noch die deutsche.

PAZ: *Sie sagen der „Freunderlwirtschaft" den Kampf an. Wieso gerade jetzt?*

Stronach: Weil mir mein Gewissen sagt, dass es Zeit ist, endlich etwas zu tun. Ich habe immer gesagt, ich suche kein Amt und keinen Titel. Ich setze meine Zeit und mein eigenes Geld ein, habe hier aber nichts zu gewinnen. Meine schönste Belohnung wäre, wenn ich etwas zu einer besseren Zukunft in Österreich beitragen könnte. Nur mit besseren Strukturen kann Österreich wieder wettbewerbsfähig werden. Die Freunderlwirtschaft, wie wir sie jetzt haben, führt doch nur zu Korruption.

PAZ: *Sie kritisieren die jetzige Form der Euro-Rettung. Was würden Sie anders machen?*

Stronach: Das ist jetzt keine Euro-Rettung, sondern eine Insolvenzverschleppung! Das kann nicht funktionieren. Der Euro war von Anfang an eine Fehlkonstruktion und Missgeburt. Ökonomische Naturgesetze sind stärker als Menschen-gemachte Gesetze. Es hat den Anschein, dass viele Politiker ihre Fehler nicht zugeben wollen und mit aller Gewalt am Euro festhalten wollen. Eine Lösung für die gegenwärtige Währungs- und Wirtschaftskrise ist folgende: Jedes Land im Währungsverbund könnte seinen eigenen Euro mit flexiblen Wechselkursen haben. Dann kann jedes Land entsprechend seiner Wirtschaftskraft auf- oder abwerten.

> Nicht Euro-Rettung, sondern Insolvenzverschleppung

PAZ: *Sie haben mit Ihrem inzwischen verkauften Unternehmen Magna, einem Autozulieferer, sehr viel Geld verdient. Werden Sie nicht von vielen als Personifizierung des schlechten Kapitalisten verteufelt?*

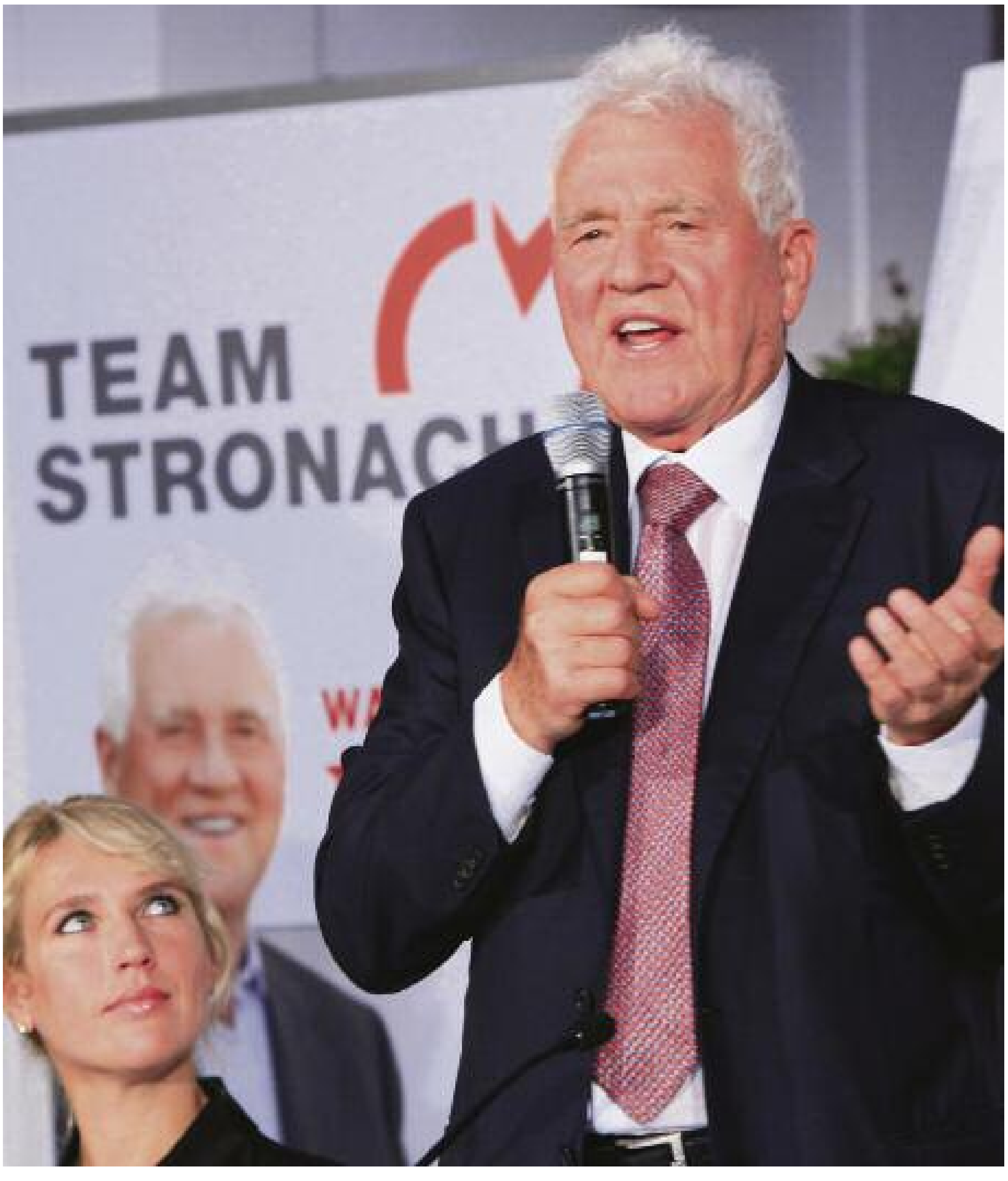
Stronach: Ich habe sehr hart gearbeitet und je mehr ich gearbeitet habe, desto mehr Glück hatte ich. Das Leben war unglaublich gut zu mir und ich bin dafür bekannt, dass ich sehr sozial denke. Ich glaube, die Magna war die erste Firma in der Welt mit einer Wirtschaftsrechtsverfassung, die sicherstellt, dass die Arbeiter am Gewinn beteiligt sind. Ich habe über 115 000 Arbeitsplätze geschaffen und im Laufe der letzten zehn Jahre ungefähr 150 Millionen Euro an Sozialspenden in Österreich gegeben.

PAZ: *Sie wollen Ihre Erfahrungen als Unternehmer in die Führung des Landes Österreich einbringen. Wie genau ist das zu verstehen?*

Stronach: Es gibt da Ähnlichkeiten zwischen der Politik und der Wirtschaft. Wenn eine Firma keinen Profit macht, geht sie zugrunde. In Österreich und auch in Deutschland häufen die Politiker immer mehr Schulden an und irgendwann muss die Rechnung bezahlt werden. Wenn der Riesenschuldenberg weiter wächst, geht irgendwann auch der Staat zugrunde. Als Firmenchef muss man ein soziales Gewissen haben. Man muss die Arbeiter für sich gewinnen, den Arbeitern jeden Tag unter Beweis stellen, dass man fair, ehrlich und transparent arbeitet. Derselbe Maßstab sollte für die Politiker gelten. Die sollten ihrem Land dienen, nicht sich selbst bedienen. In Osterreich regiert leider die Freunderlwirtschaft.

PAZ: *Auch in Italien trat einst ein Unternehmer namens Berlusconi an, um die verkrusteten Strukturen in Italien zu lösen. Was herausgekommen ist, wissen wir. Was spricht dafür, dass Sie es besser machen?*

Stronach: Ich möchte nicht mit Berlusconi verglichen werden. Ich stehe für Werte: Wahrheit, Transparenz und Fairness. Ich bin wirtschaftlich und politisch völlig unabhängig und habe hier keine Eigeninteressen. Das Team Stronach hat Lösungsvorschläge für das Land.



Betont sein soziales Gewissen: Magna-Gründer Frank Stronach Bild: L. Strauss/dapd

Ideologische Hintergedanken

Nun sorgt auch in München ein Moschee-Projekt für Streit

In Bayerns Hauptstadt zählt Selbstbewusstsein zu den wichtigsten Tugenden: „Mia san mia", tönt es nicht nur bei CSU und FC Bayern. Da wollen die Mitbürger islamischen Glaubens nicht abseits stehen. Wer (und wie wichtig) sie sind, soll eine neue Großmoschee den Münchnern zeigen: Der Islam gehört auch zu Bayern!

Die Rathausfraktionen (CSU, SPD, FDP und Grüne) jubeln: „Willkommen im Club!" Im Initiator des geplanten „Zentrums für Islam in Europa – München" (Ziem), Bajram Benjamin Idriz, Iman der islamischen Vorzeige-Gemeinde Penzberg, sehen sie den führenden Repräsentanten eines toleranten Euro-Islam und „Leuchtturm der Integration".

Bayerns Verfassungsschutz freilich sieht das völlig anders. Für ihn ist Idriz eher ein „trojanisches Pferd" des islamistischen Extremismus. Abgehörte Telefonate bestätigen, dass er enge Kontakte mit dem Generalsekretär der verfassungsfeindlichen „Islamischen Gemeinschaft Milli Görüs", Oguz Ücüncü, und dem langjährigen Vorsitzenden der „Islamischen Gemeinde in Deutschland", Ibrahim El-Zayat, pflegt. Gegen beide laufen seit Jahren staatsanwaltschaftliche Ermittlungen wegen „Bildung einer kriminellen Vereinigung". Diese Sichtweise wurde inzwischen vom Münchner Verwaltungsgericht bestätigt.

Die von Oberbürgermeister Christian Ude angeführte übergroße Pro-Islam-Koalition im Münchner Stadtrat lässt sich davon nicht anfechten. Ebenso wenig von den pikanten Details der Finanzierung: Die voraussichtlich 30 Millionen Euro teure, 6000 Quadratmeter große Mosche samt Islam-Ausbildungszentrum soll vor allem mit Geld aus dem Emirat Katar gebaut werden.

> Kritiker bekommen die Faschismuskeule zu spüren

Der dort autoritär herrschende Scheich Hamad bin Khalifa Al-Than gilt hierzulande als „prowestlich", weil er mit Iran und Syrien verfeindet ist. Dabei wird aber verdrängt, dass er mit zwei- bis dreistelligen Millionenbeträgen Al Kaida, Hamas und Taliban unterstützt. Über den TV-Sender Al Dschasira, der sich im Besitz seiner Familie befindet, lässt er in Europa das Bild vom edlen Förderer des „arabischen Frühlings" verbreiten – und sorgt zugleich dafür, dass im eigenen Herrschaftsbereich demokratische Umtriebe wie Presse- und Meinungsfreiheit nicht Fuß fassen können. Dass der Scheich nicht ohne ideologische Hintergedanken den Bau der Münchner Moschee finanzieren will, liegt nahe – auch an der Isar gilt: Wer zahlt, schafft an.

Wer aber auf solche Zusammenhänge hinweist, hat in München schlechte Karten. Wie die von Michael Stürzenberger, einst Pressesprecher der Münchner CSU, angeführte Kleinpartei „Freiheit", die für ein Bürgerbegehren gegen das Ziem schon 15 000 Unterschriften gesammelt hat. Prompt wurde er von der „Süddeutschen Zeitung" als rechtspopulistischer „Islamhasser" diskreditiert und in die Nähe von NPD-Schlägertrupps gerückt. Am Rande einer Demonstration, mit der „Freiheit" am letzten Sonnabend gegen das Islam-Zentrum protestierte, gab es allerdings nur einen Zwischenfall: Stürzenbergers Mitstreiter mussten sich der Attacke eines NPD-Funktionärs erwehren, der „mit aller Gewalt" mitdemonstrieren wollte. *Hans-Jürgen Mahlitz*

Vietnam im Visier

Moskau belebt Zusammenarbeit mit Hanoi

Dass Moskau ein großes Interesse an einer engeren Zusammenarbeit mit Vietnam hat, wurde kürzlich bei einem Besuch des russischen Premierministers Dmitrij Medwedjew bei seinem Amtskollegen Nguyen Tan Dung in Hanoi deutlich: Der Warenumsatz zwischen beiden Staaten betrug 2011 2,4 Milliarden Euro, in den nächsten Jahren soll er auf 5,5 Milliarden steigen. Der vietnamesische Premier gab bekannt, dass in Bälde ein Abkommen über die Schaffung einer Freihandelszone zwischen Vietnam und den Ländern der Zollunion (Russland, Kasachstan, Weißrussland) abgeschlossen werde. Die Ausarbeitung des Abkommens soll schon im Januar 2013 erfolgen. Vietnam zählt zu den sieben führenden Wirtschaftspartnern Russlands. Die Russen exportieren neben Metall, Chemieprodukten und Ausrüstung für die Industrie vor allem Benzin nach Vietnam und importieren von dort Textilwaren, Elektronikartikel und Lebensmittel.

> An sowjetisches Erbe erinnert

Russland ist dabei, seinen strategischen Einfluss in Südostasien auszuweiten. Seit längerem verhandeln Hanoi und Moskau über die gemeinsame Erschließung von Ölvorkommen auf dem Festlandsockel des Südchinesischen Meeres. Mit der Gründung des Joint Ventures „Gazpromviet", einem Gemeinschaftsunternehmen von Gazprom und Petrovietnam, kommt der Kreml seinem Ziel näher. Beim Bau des ersten Atomkraftwerks, der ab 2014 beginnt und dessen Investitionsvolumen rund acht Milliarden Euro beträgt, konnte Moskau die Konkurrenz aus China, den USA und Japan ausschalten. Vietnam erhielt dafür die Zusage für einen Milliardenkredit aus Moskau und für die Beteiligung vietnamesischer Firmen an Förderprojekten in Russland. Die Premiers einigten sich auch auf eine militärische Kooperation. Medwedjew erinnerte an die langjährige sowjetisch-vietnamesische Freundschaft. Nach dem Zerfall der Sowjetunion war der Warenaustausch mit Vietnam zunächst eingebrochen. „Russland versucht, Märkte zurückzugewinnen, die es nach dem Zerfall der Sowjetunion verloren hat", kommentierte ein Analyst. *M. Rosenthal-Kappi*

Meint die CDU es diesmal ernst?

Von Theo Maass

Renate Künast, Grünen-Bürgermeisterkandidatin bei den letzten Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus, träumte zeitweise von der flächendeckenden Einführung von Tempo 30 in Berlin. Das wollten die Berliner, jedenfalls die große Mehrheit, nicht. Künasts Autofahrerphobie ging selbst den als besonders links geltenden Hauptstadt-Sozialdemokraten zu weit. Sie koalierten am Ende lieber mit der CDU als mit den Grünen.

Aber auch ohne Künast breitet sich Tempo 30 in der Stadt aus wie Mumps und Ziegenpeter. Längst sind davon nicht etwa kleine verträumte Nebenstraßen betroffen, sondern gut ausgebaute Hauptverkehrsachsen. Ein Grund für diese Maßnahmen lässt sich immer finden: „Sicherheit", Lärmschutz oder zur Not auch die Frösche und Lurche sowie ihr Lebensraum. Jüngst hat der Senat nun beschlossen, sogar auf einem Autobahnzubringer in Berlin-Pankow ein 200 Meter langes Straßenstück auf Tempo 30 zu drosseln.

Dagegen macht nun die Berliner CDU mobil. Deren Generalsekretär Kai Wegner hat jüngst die „Überprüfung" all dieser Zonen gefordert. „Die Regelgeschwindigkeit beträgt zu Recht 50 Stundenkilometer. Damit dies so bleibt, muss die Verkehrslenkung Berlin aufhören, auf Zuruf neue Beschränkungen festzulegen", lässt sich der Bundestagsabgeordnete in einer Zeitung zitieren. Gut der Mann, hab ich mir gedacht, aber in meinem Langzeitgedächtnis fing ich an herumzukramen. Zugegeben, 1989 ist lange her. Aber damals wurde der CDU/FPD-Senat unter Eberhard Diepgen abgewählt, Walter Momper (SPD) wurde mit Rot-Grün für kurze Zeit Regierender Bürgermeister. Viel Blödsinn wurde in der Stadt damals veranlasst. Mompers verkehrspolitische Maßnahmen: Tempo 100 auf der Autobahn „Avus" und die berühmt-berüchtigten Busspuren auf dem Kurfürstendamm. Lauthals polemisierte die oppositionelle CDU gegen beide Maßnahmen, die sich bald für fast alle Verkehrsteilnehmer zum negativen Markenzeichen des Momper-Senats entwickelten.

Wurde Walter Momper 1990 nach der Wiedervereinigung nicht abgewählt? Wurde Eberhard Diepgen nicht wieder für weitere rund zehn Jahre Bürgermeister? Ja, so war es. Aber warum, so ging es mir durch dem Kopf, gibt es die Busspuren auf dem Kurfürstendamm heute noch? Sie verursachen selbst zu mitternächtlicher Stunde Verkehrsstaus. Misstrauisch geworden frage ich mich, ob mit Wegners jetziger Forderung auch das politische Versprechen verbunden ist – wenigstens diesmal – die erhobenen Forderungen auch zu realisieren. Oder ob es sich bloß um populistisches Geplänkel handelt.

Berlins Polizei blutet aus

Senat peitscht weitere Sparrunden durch – Sicherheitslage spitzt sich zu



Zumindest die Eigenwerbung funktioniert: Berlins Innensenator Frank Henkel (CDU, l.) und Berlins kommissarische Polizeipräsidentin Margarete Koppers (3. v. l.)

Bild: T. Emek/dapd

Berlins Polizei ächzt unter Überlastung und Personalmangel. Brutale Straftaten an zentralen Orten wie der Totschlag vom Alexanderplatz weisen auf ein ernstes Sicherheitsproblem hin. Doch Rot-Schwarz will weiter sparen.

Die Berliner Polizeivizepräsidentin Margarete Koppers gesteht aktuell einen Personalmangel bei der Hauptstadtpolizei ein. Für Objektschutz und Inhaftierte fehlten gut 300 Kräfte. 500 000 Überstunden hätten sich allein in diesen Bereichen angesammelt. Die Verantwortlichen erwägen Privatisierungen und die Schließung von Gefangenensammelstellen. Interne Studien schlagen sogar die Abschaffung von Pausen und Urlaubsstreichungen für die Beamten vor.

Dem Polizeiberuf fehlt es aufgrund der Berliner Arbeitsbedingungen an Nachwuchs. Die Stellenkürzungen des Senats seit 2009 werden zum echten Polizeiproblem, denn die Zahl polizeilicher Aufgaben wächst, während Ausstattung und politische Rückendeckung schwinden.

Schon im März blockte die regierende SPD-CDU-Koalition Forderungen der Opposition ab, künftige Polizeieinsparungen aufzuschlüsseln. Sie hält es seither nicht einmal für nötig zu erklären, wo und warum im Haushalt 2012/2013 bei Polizisten weiter gekürzt wird. Innen-Staatssekretär Bernd Krömer (CDU) sagte jüngst wieder, wo genau gespart werde, sei noch offen. Bereits im Frühjahr plante der Senat, die Personalausgaben bei der Polizei bis 2013 pauschal um 11,3 Millionen Euro zu reduzieren. Die Koalition legte fest, im „vollzugsnahen Dienst der Polizei" bis 2016 rund 250 Stellen zu streichen.

Das Polizeipräsidium hat nun intern über ein Gutachten die Folgen untersucht. Als Ergebnis erteilt Koppers privaten Objektschützern eine Absage. Dessen ungeachtet müssten mit Blick auf die Ziele des Senats weitere Sparmaßnahmen bei der Hauptstadtpolizei geprüft werden, so Koppers. Wie das praktisch funktionieren soll, bleibt ungewiss. Schon jetzt müssen Beamte von ihren eigentlichen Aufgaben abberufen werden, um bei akut unterbesetzten Stellen auszuhelfen. Die von Innensenator Frank Henkel (CDU) zu Jahresanfang angekündigten 250 zusätzlichen Polizisten für den Dienst auf der Straße („Vollzugsdienst") dürften nicht ansatzweise die von der Politik in die polizeiliche Personaldecke gerissenen Löcher füllen.

Laut Gewerkschaft der Polizei (GdP) wurden in Berlin binnen zehn Jahren rund 4000 Stellen abgebaut. Und damit ist das Ende nicht erreicht. Trotz erschreckender Gewalttaten im öffentlichen Raum (die *PAZ* berichtete) und allenthalben sichtbarer Überlastung von Polizei und Justiz plant Henkel, 2013 noch einmal mehr als drei Prozent bei der Verwaltung der Polizei und 2,4 Prozent im Vollzug einzusparen.

Gerade dort, wo weitere Stellen bedroht sind, steigt die Arbeit der Beamten jetzt schon an: Gab es 2009 bereits stadtweit 592 Objekte zu schützen, so sind es inzwischen 643. Doch nicht nur bei den Objektschützern, vor allem auch beim Strafvollzug soll der Rotstift greifen und damit zwangsläufig bei der in politischen Sonntagsreden gern geforderten Resozialisierung. Die Schließung von „Gewahrsamsstellen" ist senatsintern im Gespräch, ebenso die Abgabe vieler damit verbundener Aufgaben an private Sicherheitsunternehmen. So ließen sich jährlich mehrere Millionen Euro einsparen, hofft das Innenressort.

> Freigänger pflegte unbemerkt riesige Cannabis-Plantage

Teilweise oder ganz mit Privatpersonal betriebene Haft ist nicht neu: Im Mutterland von Kapitalismus und Privatisierung, in England, setzte der Tower of London im 16. und 17. Jahrhundert negative Maßstäbe hinsichtlich Überbelegung und Gefangenenausbeutung, die noch heute schaudern lassen. Berlins an heutigen rechtsstaatlichen Normen orientierte Gefängnisse sind bereits überbelegt. In der Haftanstalt Tegel waren im Frühjahr zudem zeitweise 70 von 470 Bediensteten krank. Ein Brandbrief der Vollzugsbeamten blieb ohne Ergebnis, die Anstalt sei sicher, hieß es offiziell.

Was in Berlins Justizvollzug mittlerweile möglich ist, zeigte der Fall Ekhard E. Der Häftling des offenen Vollzugs pflegte 2010 bis 2011 bei täglichen Freigängen eine Cannabisplantage mit gut 3000 Pflanzen. Der Justizvollzugsdienst blieb monatelang ahnungslos, obwohl es Mittäter gab und die vermeintliche Resozialisierung in der Zeit sogar ein Gericht beschäftigte. Doch laut einem Bericht des Senders RBB vermochte kein Verantwortlicher dem Richter zu sagen, wo genau E. tagsüber wiedereingegliedert wurde. Der von Polizisten wie Anwälten als „krasser Einzelfall" beschriebene Anbau brachte nicht nur geschätzte 70 Kilo Drogen auf den Markt, im Zusammenhang fiel auch ein wegen Nebenjobs übermüdeter Vollzugsbeamter auf. Er war Teilhaber der Drogenfarm.

Die Überlastung des Justizvollzugs ist auch dem Landesvorsitzenden der Deutschen Polizeigewerkschaft (DpolG), Bodo Pfalzgraf, bekannt. Anlässlich einer Studie zum Dunkelfeld von Straftaten warnte er jüngst: „Die personelle Magersucht der Polizei wird von den Ganoven gut ausgenutzt. Dies ist ein Notruf für Berlin. Wir brauchen Personal!" Der jetzige Senat setze offenbar die alte Politik der schmutzigen Tricks fort, denn was nützten 250 versprochene Beamte, wenn dafür hunderte an anderer Stelle entfallen würden, so Pfalzgraf im Gespräch mit der *PAZ*. „Wir haben so am Ende weniger als jetzt!" Zudem gibt es besonders bei Betrug und Diebstahl hohe Dunkelziffern und somit weit mehr Arbeit für Berlins Polizei, als von der Politik angenommen. *Sverre Gutschmidt*

Spende für Prostituierte

Grüner Politiker stiehlt Partei 292 000 Euro

Christian Goetjes veruntreute als Landesschatzmeister bei Brandenburgs Grünen von Januar 2009 bis Januar 2011 laut Staatsanwaltschaft gut 289 000 Euro Parteivermögen. Nun hat er ein Schuldeingeständnis über 292 000 Euro abgelegt. Der 34-Jährige zweigte nämlich auch als Schatzmeister des Grünen-Kreisverbandes Oberhavel Mittel ab.

Im aktuellen Strafprozess gestand er und brachte mit den Details die Landespartei erneut in Erklärungsnot. Sie hatte Goetjes blind vertraut und einigte sich nun rasch zivilrechtlich mit ihm auf eine Rückzahlung von insgesamt 65 000 Euro. Goetjes räumte nun im Strafprozess ein, das Geld vor allem für zwei Prostituierte ausgegeben zu haben: Er habe in erster Linie den in Not geratenen Frauen helfen wollen.

Die Landespartei muss sich derweil erneut fragen, warum er so lange so viel Geld unbemerkt veruntreuen konnte. Statt wie von ihm angegeben Kampagnen zu finanzieren, beispielsweise zum Thema „Keine neuen Tagebaue", lenkte Goetjes Geld auf sein Privatkonto und zahlte seiner als Prostituierte arbeitenden Freundin eine Drogenentziehungskur im Ausland.

> Drogenentzugskur statt Kampagne für Umweltschutz

Zahlungen konnte er im Alleingang ohne Rücksprache anweisen, wie die Grünen nun in einer Stellungnahme einräumen. „Hierbei nutzte er aus, dass Überweisungen zu dem Zeitpunkt von einer Person alleine getätigt werden konnten und dass das von uns genutzte Online-Banking-System die Option der Sammelüberweisung beinhaltete." Goetjes, der nach abgebrochenem Fachhochschulstudium zu den Grünen ging und sonst kaum selbst gearbeitet hat, gab sich vor Gericht als Wohltäter: „Ich habe absolut Falsches getan, um Gutes zu tun." Allerdings lebte er bei der bulgarischen Prostituierten, als diese noch auf den Strich ging. Er gab zudem an, selbst Geschädigter zu sein: „Ich bin einem Betrug aufgesessen", sagte er mit Blick auf die Frau.

Gewerbsmäßige Untreue in 267 Fällen lautete hingegen der Vorwurf der Staatsanwaltschaft. Goetjes zahlte demnach auch Privatrechnungen mit Parteigeld. Der einstige Spitzen-Grüne lebt nach eigener Aussage derzeit von Arbeitslosengeld II. Seine Schulden bei der Partei übernimmt damit in Teilen auch der Steuerzahler. Nach eigenen Angaben hat er bislang 35 000 Euro überwiesen, weitere 1000 Euro monatlich sollen folgen, bis die 65 000 Euro abbezahlt sind. *SV*

Segeltörn mit Steuergeld

Brandenburg: Rechnungshof deckt ungeheuerliche Verschwendung auf

Um ein Kapitel reicher ist die Geschichte gescheiterter Projekte der Brandenburger Wirtschaftsförderung. Wie aus dem Jahresbericht 2012 des Landesrechnungshofs hervorgeht, kann nun auch der Versuch, den regionalen Wassertourismus mit Zuschüssen für den Kauf von Booten zu fördern, als Fehlschlag gelten. Bootsverleiher hatten von 2007 bis 2010 mehr als 18 Millionen Euro an Fördergeldern erhalten. Statt des Brandenburger Tourismus scheint davon aber eher der Fremdenverkehr in Mecklenburg-Vorpommern einen Nutzen gehabt zu haben.

Möglich wurde dies durch allzu großzügig gefasste Förderkriterien: Zeitlich unbegrenzt durften die über die landeseigene Investitionsbank (ILB) subventionierten Boote auch außerhalb Brandenburgs im Einsatz sein. Wie die bisherigen Prüfungen ergeben haben, scheint diese Möglichkeit ausgiebig genutzt worden zu sein. In einem besonders spektakulären Fall hat eine mecklenburgische Firma einen Zuschuss von 1,25 Millionen Euro für den Kauf von 21 hochseetauglichen Segelyachten erhalten. Statt der erhofften Arbeitsplätze in Werder/Havel ist auf Brandenburger Boden allerdings nur ein Mini-Büro entstanden – de facto nicht mehr als eine Briefkastenadresse.

> Häftlinge produzieren Sondermüll statt verkäufliche Waren

Selbst wenn das Wirtschaftsministerium die Förderkriterien etwas sorgfältiger ausgearbeitet hätte, Aufwand und Nutzen standen bei dem inzwischen eingestellten Förderprogramm von vornherein in keinem vertretbaren Verhältnis: Im Schnitt hat jeder Arbeitsplatz rund 127 000 Euro gekostet – das Achtfache des in der gewerblichen Wirtschaftsförderung sonst üblichen. Die wenigen Arbeitsplätze die überhaupt entstanden sind, zählen obendrein noch zum Niedriglohnsektor.

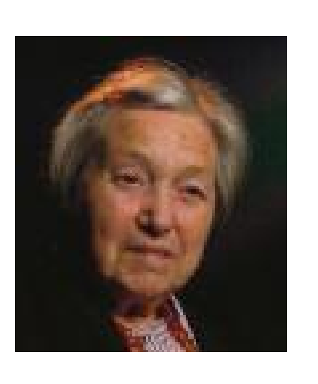
Außer für das Wirtschaftsministerium hatte der Rechnungshof auch noch für das Justizministerium eine Rüge parat: wegen Misswirtschaft in Brandenburgs Gefängnissen. Die Produkte aus der Häftlingsarbeit sind Ladenhüter: 57 Prozent des Warenbestandes seien bislang „nicht ein einziges Mal verkauft" worden, so der Rechnungshof. Ein drastisches Beispiel für die Verschwendung von Steuergeldern lieferte die JVA Brandenburg/Havel: Für die Gefängnis-Tischlerei schaffte man dort eine Presse für Holzbriketts an, mit der Abfälle gewinnbringend verwertet werden sollten. Die entstandenen Briketts dürfen aber aus Umweltschutzgründen weder verkauft noch verbrannt werden. Sie müssen als Sondermüll kostenpflichtig entsorgt werden. *N.H.*

Zeitzeugen



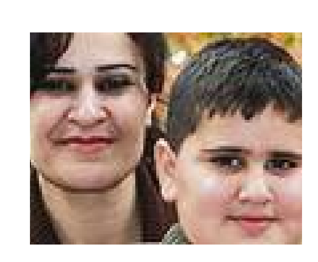
Christ Leifert – „Das Beste waren die zwei Brote, die wir kriegten", erinnert sich die 1934 in Memel Geborene. Als Zeitzeugin für das Museum Friedland befragt, erzählte sie, wie sie als 13-Jährige nach beschwerlicher Flucht vor der Roten Armee und Verschleppung 1948 endlich mit ihrer Mutter in Friedland ankam. Sie mussten gleich duschen, wurden entlaust, von Ärzten untersucht und fuhren nach nur einer Übernachtung gleich weiter in ein Lungensanatorium, da das Mädchen unter Tuberkulose litt.

Rolf Zick – Auch der 1921 Geborene wurde vom Museum Friedland befragt. Auch er kam erst 1948 nach sowjetischer Kriegsgefangenschaft nach Friedland. Hier fand auch seine erste Begegnung mit seinem zweieinhalbjährigen Sohn statt.



Therese Ridder – Friedland hat auch das Leben der Nordrhein-Westfälin geprägt. Aber nicht, weil sie selber als Flüchtling dort angekommen wäre, sondern weil sie für die Caritas dort als Sekretärin ab 1948 arbeitete. Sie sah zahlreiche Schicksale, die sie bis heute noch bewegen. So erlebte sie die Trauer eines Kriegsheimkehrers, der nach acht Jahren Abwesenheit endlich frei war, nur um von seiner Frau zu erfahren, er solle nicht heimkommen, da sie inzwischen neu verheiratet sei. Ridder selbst heiratete 1951 einen Kollegen aus Friedland.

Tibor Kesztyüs – Auf der Flucht vor der sowjetischen Armee erreichte der Ungar mit Frau und der drei Monate alten Tochter im November 1956 Friedland. Von den zehn D-Mark, die er erhielt, kaufte er sich als erstes eine Flasche Coca-Cola, um zu testen, was von den Kommunisten als Symbol des Kapitalismus verurteilt wurde.



Majida Matis Feroun und Dawud Farid Habib Toma – Unter diesem Pseudonym stellt die Diakonie die 33-jährige irakische Christin und ihren Sohn vor, die über Friedland nach Deutschland gekommen sind. Mit den Worten „Ihr Christen, Ihr wollt hier bei uns Demokratie haben, aber für Euch ist kein Platz im Irak!" seien Mutter und Sohn an einer Bushaltestelle von irakischen Männern in Bagdad bedroht worden. Von 800 christlichen Familien in ihrem Stadtteil sind nur noch wenige verblieben. Nun ist auch die sechsköpfige Familie Feroun fort. Mutter und Vater erhoffen sich baldige Anstellung als Friseurin und Elektriker.

Uno greift nach Friedland

Durchgangslanger in Niedersachsen ist seit kurzem Teil des »Resettlement«-Programms

Wohin mit Flüchtlingen, die nicht in ihre Heimat zurückkönnen, aber nicht im Lager bleiben sollen? Das „Neusiedler"-Programm der Vereinten Nationen will diesen Menschen eine Zukunft geben und seit diesem Jahr beteiligt sich auch Deutschland daran.

Das erste, was sie von Deutschland, ihrer neuen Heimat, sahen, war der Flughafen Hannover-Langenhagen. Aber selbst, wenn ihnen das, was sie sahen, nicht gefallen hätte, wäre eine Rückkehr nicht möglich gewesen. Für die am 3. September eingeflogenen 195 Tunesier und die am 9. Oktober aus der Türkei eingeflogenen 105 Iraker war dies das Ende einer langen Angstpartie und eines Lebens im Flüchtlingslagern ohne Aussicht auf Rückkehr in die Heimat. Für Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich war die Begrüßung der Iraker und das damit verbundene Pressefoto der Beginn eines UN-Programms, dem Deutschland 2011 seine Zusage erteilt hatte.

Der Druck von Seiten der Vereinten Nationen war aber auch zu groß geworden, so dass Deutschland seine Beteiligung zusagen musste. Seit einigen Jahren läuft bei der UN das Programm „Resettlement", zu deutsch „Neuansiedlung". In zahlreichen Flüchtlingslagern der Welt befinden sich Menschen, die nicht mehr zurück in ihre Heimat können, da die Sicherheitslage dort allgemein oder für sie als Angehörige einer gewissen Religion oder Ethnie nicht tragbar ist. Rund 80 000 Flüchtlinge aus aller Welt finden so pro Jahr eine neue Heimat, viele davon in den USA, Kanada und Australien. Laut Uno werden aber pro Jahr 800 000 Plätze benötigt. Bis jetzt nahm ganz Europa rund 5000 Flüchtlinge jedes Jahr auf, und durch Berlins Zusage, am Programm teilzunehmen, werden es im Grunde auch nicht mehr, denn es handelt sich um insgesamt 900 Flüchtlinge für die nächsten drei Jahre, die Deutschland aufzunehmen bereit ist. Da 2009 und 2010 über eine Sonderverordnung sogar 2500 Christen aus dem Irak außer der Reihe ins Land gelassen wurden, sinkt die Zahl der UN-Flüchtlinge sogar.

Deutschland nimmt pro Jahr 300 UN-Flüchtlinge auf

Die in Hannover Gelandeten wurden sofort in Bussen ins Grenzdurchgangslager Friedland in Niedersachsen nahe Göttingen gebracht. Zuvor waren sie bereits in den UN-Flüchtlingslagern von deutschen Sozialarbeitern besucht und mit Grundkenntnissen über das Leben in Deutschland versehen worden. Auch die ersten Worte Deutsch wurden bereits auf fremden Boden beigebracht. Noch viel früher hatten deutsche Botschaftsmitarbeiter Interviews mit den Flüchtlingen geführt, die das UN-Flüchtlingshilfswerk dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge vorgeschlagen hatte. Dabei handelte es sich um Personen, deren Rückkehr in ihr Heimatland ausgeschlossen und deren Integration in das Land, in dem sich das Flüchtlingslager befindet, unmöglich erscheint. Dies scheint offenbar bei vielen in die Türkei geflüchteten Christen aus dem Irak der Fall zu sein, denn alle 105 in Hannover gelandeten Iraker sind Angehörige dieser Religion.

In Friedland nehmen die Flüchtlinge gleich nach ihrer Ankunft an einem fünftägigen Kurs „Wegweiser für Deutschland" teil, der von der Caritas und der Diakonie entwickelt wurde. Auch über ihren Anspruch auf Arbeitslosengeld II, Familiennachzug und den sofortigen Erhalt einer Arbeitserlaubnis nach Anerkennung ihrer vorhandenen Abschlüsse werden sie unterrichtet. Nach zwei Wochen werden die Flüchtlinge dann auf die Bundesländer verteilt. Hier gibt der „Königssteiner Schlüssel" die Zahlen vor. Nach ihm sollen 2012 beispielsweise 12,9 Prozent aller „Neusiedler" nach Baden-Württemberg. Wenn möglich wird berücksichtigt, ob und wenn wo die Flüchtlinge Freunde oder Bekannte in Deutschland haben, doch nicht immer können sie in deren Nähe. Wer kein eigenes Geld verdient, muss dorthin, wo ihn der „Königsteiner Schlüssel" und die deutschen Beamten hinschicken.

Rebecca Bellano



Hier spielten schon viele Flüchtlingskinder: Erst ostdeutsche Heimatvertriebene, dann DDR-Übersiedler, jetzt Iraker Bild: S. Pfoertner/dapd

Druchsuchungen im Lager Friedland

Für unschöne Schlagzeilen sorgte Mitte Oktober eine Durchsuchung im Grenzdurchgangslager Friedland durch Beamte der Polizei Göttingen, von der Göttinger Verfügungseinheit und der 5. Bereitschaftspolizeihundertschaft der Zentralen Polizeidirektion. Ermittler der Polizei Göttingen verdächtigten 13 auf dem Gelände des Lagers lebende Georgier des Diebstahls. Nachdem die Staatsanwaltschaft den Ermittlern die Erlaubnis zur Durchsuchung der Räumlichkeiten der Tatverdächtigen gegeben hatte, stürmten 130 Polizisten und Staatsanwälte samt Spürhunden das Flüchtlingslager.

Zwar trafen sie 60 Georgier an, doch nur sieben von ihnen gehörten zu den Tatverdächtigen. Dafür fanden die Polizisten



Georgier versteckten hier Diebesgut

aber 13 Müllsäcke, die mit Diebesgut prall gefüllt waren. Tabak, Parfüm, Kosmetika, Uhren, Handys, Schuhe, Navigationsgeräte und viele Dinge mehr wurden mitgenommen, um sie den gemeldeten Diebstählen zuzuordnen. Dies ist bei 50 Prozent der sichergestellten Gegenstände inzwischen erfolgreich geschehen.

Weniger erfolgreich war bisher der Versuch, die Taten bestimmten Tätern zuzuschreiben. Da immer vier Georgier in einem Zimmer wohnen, kann man im Nachhinein schwer sagen, wer von ihnen was gestohlen hat. Die Asylbewerber sollen insgesamt 171 Einbrüche in der Region Göttingen begangen haben.

Es werde positiv gesehen, so Lagerleiter Heinrich Hörnschemeyer gegenüber dem „Göttinger Tageblatt", dass die Polizei jetzt massiv vorgehe und dadurch ein Signal setze. Eine solche Aktion, so Hörnschemeyer, der mehr als 20 Jahre die Einrichtung leitet, habe er noch nie erlebt und habe es „hier wohl noch nie gegeben". *Bel*

Tor der Schicksale

Seit 1945 durchliefen bereits über vier Millionen Flüchtlinge das Lager

Alles begann in einem Viehstall. Und nein, es ist nicht die Rede von der Geburt des Christkindes, sondern vom Grenzdurchgangslager Friedland. Der Stall, von dem hier die Rede ist, stand nicht nahe Bethlehem, sondern war Teil des Versuchsgutes Friedland der Universität Göttingen. Da der Ort am Grenzpunkt der britischen, US-amerikanischen und sowjetischen Besatzungszone und auch an einer Bahnstrecke lag, bot es sich geradezu an, hier ein Lager für Flüchtlinge aus den deutschen Ostgebieten und dem Sudetenland einzurichten.

Am 20. September 1945 nahm Friedland die ersten Flüchtlinge auf. Hier war die erste Anlaufstelle für Menschen, die gen Westen wollten, registriert werden mussten und für die ein neuer Wohnort gesucht werden musste. Da nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches, der mit dem verlorenen Krieg verbundenen Flucht und Vertreibung sowie der Aufteilung Rest-Deutschlands in vier Besatzungszonen Hunderttausende Menschen ihre Heimat verloren hatten, wurden auf dem Gelände zahlreiche Blechbaracken, sogenannte Nissenhütten, errichtet. Bis zum Jahresende 1945 hatten bereits 500 000 Menschen das Lager „durchlaufen". Etwa 500 Mitarbeiter nahmen sie in Empfang. 1946 und 1947 kamen weitere 800 000 Flüchtlinge, Vertriebene und Kriegsheimkehrer in das Lager. 1948 übernahm nach den Alliierten und der Caritas das neu gegründete Niedersächsische Ministerium für Flüchtlingsangelegenheiten die Lagerverwaltung, die

Vor allem Registrier- und Verteilstelle

Verteilung der Lagerinsassen auf die Länder bestimmte aber ab 1949 der Bund. Das Ministerium beschloss 1951, dass das Flüchtlingslager fortan offiziell nur noch Grenzdurchgangslager genannt werden dürfe. Es kamen inzwischen weniger Flüchtlinge aus den Vertreibungsgebieten, darunter mehrere tausend Waisenkinder aus den deutschen Ostgebieten, dafür mehr Kriegsheimkehrer und Flüchtlinge aus der sowjetisch besetzten Zone und später der DDR.

1955 sorgte Friedland überregional für Schlagzeilen, als hier die letzten der rund 10 000 verbliebenen Kriegsgefangenen und zivile politische Gefangene aus der Sowjetunion ankamen. Bundeskanzler Konrad Adenauer, der die Freilassung in Verhandlungen mit Moskau erreicht hatte, traf auch einige der ab Oktober heimkehrenden ehemaligen Wehrmachts- und Waffen-SS-Soldaten persönlich.

Während noch diskutiert wurde, ob es sinnvoll sei, das Lager weiter zu betreiben, sorgte der Ungarnaufstand 1956 für Nachschub an Flüchtlingen. Auch kamen weiter Aussiedler aus den Ostgebieten und DDR-Flüchtlinge. 1959 erreichte der letzte Aussiedler-Transport Friedland. Von nun an mussten diese einzeln anreisen. Hinzu kamen in den Folgejahren Flüchtlinge aus Chile, Vietnam, Sri Lanka und Albanien.

Ab Ende der 80er Jahre erlebte Friedland einen erneuten Ansturm. Ausreisende aus der DDR, aber auch ab 1993 Spätaussiedler aus Osteuropa, vor allem Russlanddeutsche, und Juden aus Russland fanden in der Registrier- und Verteilstelle Friedland erste Aufnahme. Das Lager selbst gibt an, inzwischen für vier Millionen Menschen das „Tor zur Freiheit" gewesen zu sein. *Bel*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Politik, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil, Leserbriefe:** Harald Tews; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit:** Manuela Rosenthal-Kappi; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Liselotte Millauer (Los Angeles), Norman Hanert (Berlin), Wilhelm v. Gottberg, Hans-Jürgen Mahlitz.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2010: Inland 9 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 11,50 Euro, Luftpost 15,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon	(040) 4140 08-0
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-47
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de
E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **2547**

Mit der Energiewende in den Atom-Gau

Über die instabilen, veralteten Stromnetze droht Deutschland eine Gefahr, die kaum wahrgenommen wird

Die im März 2011 eingeläutete „Energiewende“ sollte in Deutschland ein Horror-Szenario wie in Fukushima ausschließen. Tatsächlich hat sich aber seit dem überstürzten Atomausstieg die Wahrscheinlichkeit einer Katastrophe sogar erhöht.

Bahn-Chef Rüdiger Grube war es, der vor wenigen Wochen nochmal in Erinnerung brachte, auf welch dünnem Eis sich Deutschland mit seiner Energiewende bewegt: 30 Prozent der Züge könnten in Nordrhein-Westfalen an kalten Tagen im kommenden Winter ausfallen, so Grube vor wenigen Wochen. Der Hintergrund der Warnung: Zum Jahreswechsel läuft die Betriebsgenehmigung des Kohlekraftwerks Datteln aus. Allen Erfolgsmeldungen vom Ausbau der erneuerbaren Energien zum Trotz, der Ausfall eines einzigen Kraftwerks könnte Folgen haben, die über stehengebliebene Züge weit hinausgehen. Das gesamte deutsche Stromsystem hat sich zu einem hochfragilen System entwickelt, das bereits mehrfach vor dem völligen Absturz gestanden hat. Die Grundkonzeption der heutigen Netze stammt teilweise noch aus den 1950er Jahren, das Stromnetz war nie auf die dezentrale Einspeisung großer Energiemengen abgestellt. Tatsächlich werden die Mengen an unregelmäßig anfallendem Wind- und Solarstrom, die das Netz bewältigen muss, aber immer größer. Die Folge: Das Energienetz kommt immer öfter an seine Belastungsgrenzen. Damit steigt die Wahrscheinlichkeit eines sogenannten Blackouts, des Totalzusammenbruchs des Stromnetzes.

Auf die Frage, wie lange es dauern würde, das deutsche Stromnetz wieder in Gang zu bringen, gibt es keine deutschen Prognosen. Der schweizerische Netzbetreiber Swissgrid rechnet mit drei Tagen, die er benötigen würde, um sein Netz wieder aufzubauen, der österreichische Betreiber Austrian Power Grid geht von sieben Tagen aus. Beide Länder hätten allerdings gegenüber Deutschland einen entscheidenden Vorteil: ihre Wasserkraftwerke. Diese lassen sich ohne Rückgriff auf das Stromnetz aus eigener Kraft wieder anfahren.

Hinter den deutschen Möglichkeiten, sich aus einem landesweiten Stromausfall wieder herauszuarbeiten, steht ein großes Fragezeichen. Die Voraussetzungen scheinen nicht sonderlich günstig. Neben Gaskraftwerken würde vor allem Deutschlands größtes Pumpspeicherwerk im thüringischen Goldisthal zum Ankerpunkt eines Neustartes werden. Gebietsinseln mit wiederhergestellter Stromversorgung würden Schritt für Schritt miteinander verbunden werden. Ein Balanceakt: Stromangebot und -nachfrage müssten ständig aufeinander abgestimmt werden, jederzeit würde ein neuer Netzzusammenbruch drohen.

Eine Studie im Auftrag des Deutschen Bundestages aus dem Jahr 2010 ging von 14 Tagen ohne umfassende Stromversorgung aus. Untersucht wurden die Konsequenzen eines länger andauernden und flächendeckenden Stromausfalls in Deutschland.

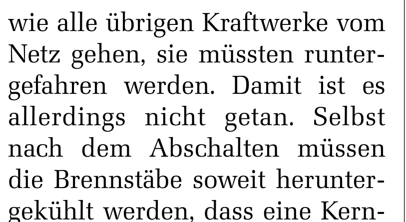


Ohne Kühlung droht Kernkraftwerken Überhitzung: Diesel für Notstromaggregate muss verfügbar sein Bild: pa

Studie von 2010 rechnet mit »Kollaps der Gesellschaft«

Das Fazit des Berichts: „... ein Kollaps der gesamten Gesellschaft wäre kaum zu verhindern.“ Sofort ausfallen würden Tankstellen, Fahrstühle, Wasserwerke, Ampeln, Geldautomaten, Supermarktkassen und die meisten Telefonnetze. Nach drei Tagen würde die ärztliche Versorgung zusammenbrechen und würden Versorgungsengpässe bei der Lebensmittelversorgung entstehen. In den Krankenhäusern wären dann die Dieselreserven für die Notstromaggregate aufgebraucht, bei den Lastwagen wären die Tanks leergefahren. Was in Deutschland überhaupt an Vorsorgemaßnahmen getroffen wurde, ist auf die Überbrückung von Stromausfällen von Stunden, bestenfalls einigen Tagen ausgelegt.

Drei Monate vor der Fukushima-Katastrophe im Dezember 2010 fertiggestellt, wird in der Bundestagsstudie das „heißeste Eisen“ im Zusammenhang mit einem lang andauernden Stromausfall allerdings nicht einmal erwähnt: die Kühlung der deutschen Atomkraftwerke. Mit einem Netzzusammenbruch würden auch die Kernkraftwerke wie alle übrigen Kraftwerke vom Netz gehen, sie müssten runtergefahren werden. Damit ist es allerdings nicht getan. Selbst nach dem Abschalten müssen die Brennstäbe soweit heruntergekühlt werden, dass eine Kernschmelze verhindert wird – und zwar jahrelang. Erst nach zehn Jahren ist die Nachzerfallswärme der Brennstäbe soweit gesunken, dass sie überhaupt transportfähig sind. Um die Kühlwasserpumpen für die Brennstäbe und die Leittechnik der Kraftwerke am Laufen zu halten, ist nach einem Zusammenbruch des Stromnetzes der Rückgriff auf Notstromaggregate nötig. Im Fall der AKWs sind diese so leistungsfähig, dass sie problemlos in der Lage sind, den Strombedarf von Kleinstädten abzudecken. Der Dieselverbrauch ist entsprechend. Sobald die in den Kraftwerken vorhandenen Dieselvorräte für die Notstromaggregate aufgebraucht wären, müsste Nachschub herangeschafft werden – unter den Bedingungen eines „Kollaps der gesamten Gesellschaft“, der sich nach der Prognose der Bundestagsstudie alsbald landesweit einstellen würde.



Welches Szenario droht, wenn auch nur in einem der 17 aktiven oder stillgelegten deutschen Kernkraftwerke der Versuch misslingt, die Kühlung der Brennstäbe zu sichern, lässt sich am japanischen Fukushima absehen. Die Wahrscheinlichkeit einer solchen Katastrophe hat sich ausgerechnet mit dem überstürzten Ausstieg aus der Atomenergie und dem ungebremsten Ausbau der erneuerbaren Energien ohne Vorhandensein wichtiger Vorrausetzungen wie leistungsfähiger Leitungsnetze oder Speichermöglichkeiten für die Solar- und Windenergie um einiges erhöht.

Norman Hanert

MELDUNGEN

Grandiose Wahl für Steinbach

Berlin – Der Bund der Vertriebenen (BDV) wählte am 9. November auf seiner Bundesversammlung sein neues Präsidium. Erika Steinbach wurde mit 97,5 Prozent der Stimmen in ihrem Amt bestätigt. Auf der Ebene der Vizepräsidenten hat der BdV mit dieser Wahl den Schritt hin zum Wechsel von der „Erlebnisgeneration“ zur „Bekenntnisgeneration“ vollzogen. Die Vizepräsidenten, zu denen unter anderem LO-Sprecher Stephan Grigat gehört, bekleiden alle verantwortungsvolle Führungspositionen in unterschiedlichen Bereichen der Gesellschaft. Mit dieser Verbandsspitze will der BdV sicherstellen, dass das Erbe der Heimatvertriebenen nicht mit dem Ausscheiden der Erlebnisgeneration in Vergessenheit gerät, sondern auch künftig weitergegeben wird. *MRK*

Vertreibungen im Zentrum

Berlin – Die Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung hat ihre neue Internetseite unter www.sfvv.de freigeschaltet. Neben ausführlicheren Informationen bietet die Seite neue gestalterische Elemente. Im Zentrum steht eine Fotogalerie, die als wechselnder Hintergrund einen Einblick in die Arbeit der Stiftung und Rückschlüsse auf den Aufbau des zukünftigen Museums ermöglicht. Hierbei handelt es sich um folgende Motive wie: das verschwundene Sudentenland, Vertreibung von Polen 1940, Brücke in Mostar als Symbol des Bosnienkrieges, „Freistaat Fiume“ (Konflikt zwischen Italienern und Kroaten 1924), Ungarndeutsche im Vogtland 1948, Rückkehr belgischer Flüchtlinge 1918, „Siebenbürgische Kirchenburg in Deutsch-Weißburg/Visrici“, „Borussia – Kulturgemeinschaft Olsztyn/Allenstein“, „Flucht aus Danzig 1945“, Flüchtlinge im Kosovo 1999, Vertreibung Thessaloniki 1917, Siedlung Bleidenstadt in Taunusstein 1952. *Bel*

Schuldenbremse umgangen

Ramsauer rechnet sich den Autobahnbau schön

Die Kostenberechnungen zum privaten Ausbau und Betrieb der Autobahn 6 in Baden-Württemberg sind in die Kritik des Bundesrechnungshofs geraten, wie aus einem Bericht des „Spiegels“ hervorgeht. Während das Bundesverkehrsministerium bisher behauptet hatte, mit dem privaten Autobahnbau zwischen Wiesloch und dem Kreuz Weinsberg rund 33 Millionen Euro zu sparen, geht der Bundesrechnungshof davon aus, dass die Kostenkalkulation um mindestens 26 Millionen Euro zu niedrig angesetzt worden ist. Nicht viel belastbarer scheint die Kalkulation des Bundesverkehrsministeriums für den privaten Betrieb der A 7 zwischen Göttingen und dem Autobahnkreuz Salzgitter zu sein. Hier muss sich Ramsauers Ministerium sogar den Vorwurf gefallen lassen, dass die Berechnungen teilweise „unseriös“ seien und die Kostenvorteile einer Realisierung des Autobahnbaus über Private statt durch den Bund „in keiner Form belegbar“ seien.

Einen Hinweis auf die möglichen Beweggründe des Schönrechnens der „Öffentlich-Privaten Partnerschaften“ (ÖPP) beim Autobahnbau liefert unterdessen Minister Ramsauer selber. Auf den Bund kommen in den nächsten Jahren immense Kosten unter anderem für Sanierungsmaßnahmen zu. „Von 38 750 größeren und kleineren Brücken muss in den nächsten Jahren ein Viertel instand gesetzt werden“, so Ramsauer im Interview mit der „FAZ“. Für Investitionen in Straßen, Schienen und Wasserwege steht derzeit ein Rahmen von insgesamt rund zehn Milliarden Euro bereit. Benötigt werden allerdings vier Milliarden Euro zusätzlich, um mittelfristig den tatsächlichen Bedarf abarbeiten zu können, so der Minister.

Privatunternehmen bauen Straßen und erhalten Lkw-Maut

Eigentlich wäre der von Ramsauer genannte Bedarf für die Verkehrswege bereits mit der von Deutschland noch in diesem Jahr zu leistenden Einzahlung beim Euro-Rettungsschirm ESM von 4,3 Milliarden Euro abgedeckt. In Zeiten von Schuldenbremse für den Bundeshaushalt und milliardenschweren Euro-Rettungsversuchen bleibt allerdings nur der Rückgriff auf die „Öffentlich-Privaten Partnerschaften“.

De facto handelt es sich dabei um ein Aushebeln der Schuldenbremse durch die Hintertür: Langfristige Maut-Einnahmen des Bundes werden gegen die kurzfristige Finanzierung von Projekten durch Privatunternehmen eingetauscht. Letztendlich ein Kredit, allerdings zu einem hohen Preis. Die privaten Konzessionäre werden 30 Jahre lang an den Einnahmen des Bundes aus der Lkw-Maut beteiligt. Die genaue Höhe der Beteiligung wird geheim gehalten, umso wichtiger sind die Prüfungen der Rechungshöfe.

Deren Fazit fällt allerdings bei vielen ÖPP-Vorhaben negativ aus: Bereits im Jahr 2009 hatte der Bundesrechnungshof in einem Gutachten Fehler bei der Wirtschaftlichkeitsberechnung und Intransparenz bei den künftigen Kosten für die öffentliche Hand bei den ÖPP-Projekten bemängelt. Kritik kommt allerdings auch aus den Reihen der deutschen Wirtschaft: Mittelständische Bauunternehmen, die über Jahrzehnte am Autobahnbau in Deutschland beteiligt waren, bleibt bei den ÖPP-Projekten – wenn überhaupt – nur noch die Rolle von Subunternehmern der meist ausländischen Konzerne übrig, die als Konzessionäre die Autobahnen betreiben. *N.H.*

Tradition bleibt erhalten

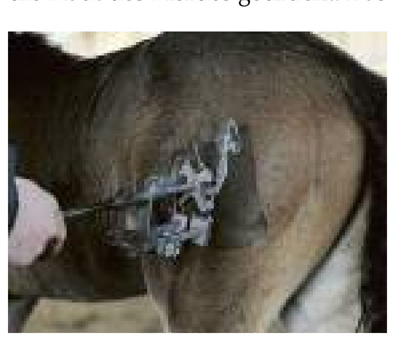
Brandzeichendebatte noch vor Landtagswahlen entschieden

Das Kennzeichnen von Pferden durch Brandzeichen soll weiterhin erlaubt sein. Dies ist das vorläufige Ergebnis der heißen Debatte um die Abschaffung des Brandmarkens. „Ein Verbot ist vom Tisch“, sagte die Sprecherin der FDP-Bundestagsfraktion, Christel Happach-Kasan. Seit Jahren herrscht Streit zwischen Züchtern, Tierschützern sowie der Bundes- und einigen Landesregierungen zu diesem Thema.

Vehemente Verfechter des Verbots sind die Grünen und die Tierschützer; die CDU und vor allen Dingen Züchter setzten sich für die Erhaltung der Tradition ein. Besonders aus Niedersachsen und Schleswig-Holstein kamen Proteste und großer Widerstand, da die Pferdezucht in diesen Bundesländern weit verbreitet ist. Da in Niedersachsen bald Wahlen anstehen, zeigten sich die Politiker dort gegenüber den Wünschen der Züchter sehr aufgeschlossen. Die Koalition hat sich letztendlich gegen die Forderungen der Tierschützer entschieden.

Auch die Züchter der sehr bekannten und begehrten ostpreußischen Trakehner können aufatmen. Ihre Tiere werden seit dem Jahre 1787 mit der siebenzackigen Elchschaufel von Trakehnen gekennzeichnet. Mit der Ablehnung des Verbots wird diese Tradition erhalten bleiben.

Beim Brandmarken wird ein glühendes Eisen aus der Wappenform des Züchters oder des Gestüts auf die Haut des Pferdes gedrückt. Das



Schenkelbrand bei Fohlen Bild: pa

sich bildende Narbengewebe bleibt als meistens am Schenkel platzierte Identifikationsmarke sichtbar. Der Vorgang soll laut Tierschützern schmerzhaft sein, weshalb sie sich für alternative Methoden wie beispielsweise das Chippen aussprechen, wie man es auch bei Hunden macht. Verfechter der Tradition behaupten aber, dass die gesundheitsschädigenden Folgen beim Chippen nicht geringer seien als beim Brandmarken, es sogar noch schmerzhafter sei. Für die Chipimplantate spreche laut Tierschützern allerdings, dass sie nicht „verjähren“ im Gegensatz zu den Narbengebilden, die im Laufe eines Pferdelebens oft verwachsen. Für Chips hingegen gibt es noch keinen internationalen Lesecode, so dass Identifikationen im Ausland durchaus Schwierigkeiten bereiten können.

Der Schenkelbrand dient auch der Klassifizierung von Zuchttieren und beeinflusst den Wert der Tiere teilweise erheblich. Somit würde durch ein Verbot nicht nur eine bewährte Tradition begraben, sondern auch die Pferdewirtschaft durcheinandergebracht werden. Neben der Erhaltung der Tradition ist ein wichtiges Argument der Brandzeichenbefürworter, dass es in der Tierzucht weitaus schlimmere Aspekte gäbe, die viel eher an Tierquälerei grenzten wie Tierversuche oder betäubungslose Kastrationen. Auf jene Fälle sollte der Schwerpunkt der Tierschützer gelegt werden und nicht auf sekundenlangen Schmerz im Pferdeleben und ein handflächengroßes Abzeichen, das sie in ihrer Lebensqualität nicht einschränke, diese werde eher angehoben durch den mit dem Markenzeichen berühmter Züchtungen steigenden Wert der Pferde.

Die Politiker einigten sich jedoch auf Gesetzesentwürfe zur Schmerzlinderung der Tiere während der Prozedur.

Melinda Heitmann

MELDUNGEN

Wahlrecht eingeschränkt?

Budapest – Die geplante Änderung des Wahlrechts in Ungarn sorgt für Irritationen. Ministerpräsident Viktor Orban und seine rechts-konservative Regierungspartei Fidesz, wollen, dass Bürger, die von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen wollen, sich registrieren lassen. Dies führe dazu, beklagt die linke Opposition, dass vor allem Bildungsferne noch weniger wählen würden, da sie den zusätzlichen Gang scheuen würden. Auch stört sich die Opposition an dem Plan, dass Wahlwerbung bei privaten Fernseh- und Radiosendern sowie im Internet verboten werden soll. Nur noch in öffentlich-rechtlichen Sendern, auf die die Regierung Zugriff hat, soll Werbung möglich sein. *Bel*

Mit Sperrstunde Strom sparen

Kairo – Offenbar hält die ägyptische Regierung an ihrem Vorhaben fest, ab Dezember in der 18 Millionen Einwohner zählenden Hauptstadt Kairo eine Sperrstunde einzuführen. Läden sollen um Mitternacht, Restaurants um zwei Uhr nachts schließen, um so Strom und Devisen zu sparen, denn das Land muss teuer Strom aus dem Ausland beziehen. Viele Ägypter sehen ihre Gewohnheiten in Gefahr. Gerade in den heißen Sommermonaten beginnt in Kairo erst nachts das Leben, da es sonst zu heiß ist, um sich draußen aufzuhalten und soziale Kontakte zu pflegen. Zudem haben viele Menschen sehr kleine Wohnungen und nutzen Teestuben als „zweites Wohnzimmer“. Während die einen lästern, die Sperrstunde würde zu mehr Kindern führen, denn irgendwas müssten die Menschen ja machen, befürchten andere steigende Arbeitslosigkeit, denn statt drei Schichten benötigen Läden und Restaurants nur noch zwei Schichten und somit weniger Personal. *Bel*

Brüssel verschlampt Milliarden

18. Rüge in Folge: Europäische Union fordert aber lieber mehr Geld, statt System zu reformieren

Der Europäische Rechnungshof in Luxemburg prüft seit 1975 die Finanzen der EU, um die Verwaltung zu verbessern. Sein jüngstes Urteil über den Umgang der Gemeinschaft mit den aus Steuern der EU-Bürger stammenden Mitteln des EU-Haushalts enthält erneut herbe Kritik. Doch die EU-Bürokratie, allen voran die Kommission, verlangt mehr Geld.

Mehr als fünf Milliarden Euro hat die Gemeinschaft 2011 verloren, bilanziert der Europäische Rechnungshof. Durch fehlgelenkte Subventionen, zu Unrecht gezahlte Beihilfen und durch Schlamperei. Somit gingen 3,9 Prozent des Gesamthaushalts von 130 Milliarden Euro verloren, 0,2 Prozentpunkte mehr als 2010. Nicht nur die steigende Tendenz bei den Fehlausgaben und die Verschwendung an sich alarmieren, es ist die 18. Rüge in Folge für den EU-Haushalt. Das Prüfungsgremium berichtete, dass die Kontrolle über 86 Prozent des Haushalts von 2011 nur „teilweise effektiv“ sei. Schlamperei ist demnach eine Hauptursache der Fehlausgaben, Betrug macht nur 0,2 Prozent aus. So pumpte Brüssel Geld nach Spanien und Italien, wo Subventionsjäger dreist Wald als „Dauergrünland“ angegeben hatten. Vor Ort stellte sich dann in der Lombardei auf den ersten Blick heraus, dass „beihilfefähige Merkmale“ nicht gegeben waren. Eine italienische Obstfabrik, gefördert mit 200 000 Euro aus EU-Kassen, war klar als Wohnhaus erkennbar. Auch bei Österreichs Almwirtschaft machte der Rechnungshof deutliche Unterschiede zwischen beantragten Mitteln und den tatsächlichen Förderflächen aus. Die EU sponserte zudem noch ein „Weltfestival am Strand“ sowie ein Damengolfturnier, beides in Italien. Das ganze Ausmaß an Betrug und Fehlsteuerung ist noch nicht bekannt. Flächendeckende Prüfungen sind selbst beim großen EU-Förderposten Landwirtschaft noch nicht üblich.



„Europe is in Danger – Europa ist in Gefahr“: Zahlreiche EU-Angestellte streikten am 8. November gegen mögliche Kürzungen des EU-Haushaltes Bild: V. Mayo/AP/dapd

Laut Vitor Caldeira, Präsident des Europäischen Rechnungshofs, hat seine Einrichtung festgestellt, dass in „zu vielen Fällen“ EU-Gelder nicht zielgerichtet oder suboptimal eingesetzt würden, während zugleich nationale Haushalte Einschnitte vorsähen und die Euro-Zone sich Sparziele auferlege. Caldeira spricht damit ungewohnt offen das Grundsatzproblem an, das auch der britische konservative Premier David Cameron als derzeit einflussreichster Europa-Kritiker mit der EU-Haushaltsführung hat: „Es wäre empörend, große Steigerungen im europäischen Budget zu haben, wenn wir zuhause die Dinge zusammenstreichen“, beschreibt der Brite

> Klamme Staaten wollen und können nicht mehr geben

die Schieflage bei der aktuellen Finanzierung der EU. Er spricht sich gegen eine deutliche Steigerung der Ausgaben, wie von EU-Parlament und Kommission gefordert, aus. Andernfalls will Cameron mit einem Veto im Ministerrat den EU-Haushalt blockieren.

Von Einsicht oder auch nur Problembewusstsein ist bei den derart angesprochenen EU-Behörden indes keine Spur zu sehen. Der polnische Liberale und EU-Haushaltskommissar Janusz Lewandowski legte Großbritannien anlässlich des Streits um Verschwendung gar den Austritt nahe: „Entweder es sieht für längere Zeit seine Zukunft in der Europäischen Union oder nicht.“ Derzeit preist Lewandowski im Internet-Auftritt der EU-Kommission sogar „leichteren Zugang und verkürzte Antragszeiten für Zahlungen aus dem Europäischen Budget“ für Wirtschaft, Wissenschaft und Regionen an.

Die EU-Kommission schreibt die Schuld an der Mittelverschwendung allein den Mitgliedstaaten zu. Diese sollten bei der Geldzuteilung besser aufpassen, so die überstaatliche Einrichtung. Die Kommission, die zugleich Aufgaben der Exekutive und Rechtsetzung auf europäischer Ebene bündelt und keiner Kontrolle durch den Wähler unterliegt, forderte zeitgleich neun Milliarden Euro zusätzlich für den Nachtragshaushalt 2012, um aufgelaufene Rechnungen bezahlen zu können. Geht es nach dem Gremium, sollen im nächsten Jahr die EU-Ausgaben sogar um über sechs Prozent steigen. Und auch das EU-Parlament will mehr. Für den Haushalt 2013 forderte es Ausgaben in Höhe von 137,9 Milliarden Euro. Der Ministerrat, traditionell die Vertretung der Regierungen der Mitgliedsstaaten, will hingegen die Ausgaben auf nicht mehr als insgesamt 132,7 Milliarden Euro steigen lassen. Eine Einigung ist bisher nicht in Sicht, die Kommission muss nun einen neuen Haushaltsvorschlag unterbreiten.

Weil diese zunehmend politische Befugnisse an sich zieht und sorgloser denn je mit dem Geld der zum Sparen verurteilten Mitgliedsstaaten umgeht, ist Cameron mit seiner Kritik nicht allein. Jan Kees de Jager, christdemokratischer Finanzminister der Niederlande, sagte im heimischen Parlament, sein Land werde „die Hacken eingraben“ um für 2013 einen Anstieg des EU-Budgets über das Inflationsniveau zu stoppen. Das gelte auch für das Begehren der EU nach einem elfprozentigen Anstieg europäischer Ausgaben zwischen 2014 und 2020. Auch Dänemark und EU-Netto-Zahler Schweden empfinden wenig Sympathie für die Brüsseler Ansprüche. *Sverre Gutschmidt*

Zu viele »kleine Kaiser«

Chinas Bevölkerungspolitik in der Sackgasse

Nach mehr als 30 Jahren staatlich verordneter Ein-Kind-Politik warnt ein regierungsnahes chinesisches Forschungsinstitut vor den Folgen des weltweit einmaligen Experiments in der Bevölkerungspolitik: Gefordert wird nichts anderes, als dass schon im Jahr 2015 allen Paaren gestattet wird, zwei Kinder zu bekommen, bis 2020 sollen sämtliche Geburtenbeschränkungen aufgehoben werden. Die gleichzeitige Warnung, dass zum Umsteuern nur noch drei Jahre Zeit bleiben, um Schlimmeres zu verhindern, kommt nicht von ungefähr. Der seit 1979 unternommene Versuch, mit Druck und Belohnungen in die Familienplanung einzugreifen, hat zwar verhindert, dass Chinas Bevölkerung um weitere 300 Millionen angewachsen ist, mittlerweile werden aber die Nebenwirkungen der Bevölkerungspolitik immer mehr zur Bedrohung für die Zukunft: Schon in wenigen Jahren wird China global die Gesellschaft sein, die am schnellsten altert. Der Rückgang der Geburtenzahlen hat die Bevölkerungspyramide auf den Kopf gestellt. Die Alterung der chinesischen Gesellschaft schreitet voran, ein flächendeckendes Rentensystem ist aber nur rudimentär vorhanden.

Damit nicht genug. Der Bericht der Pekinger Entwicklungs-Stiftung spricht noch eine weitere Fehlentwicklung an, die ähnlich brisant wie die Überalterung ist. Die Ein-Kind-Politik hat zu einem drastischen Ungleichgewicht der Geschlechter in der chinesischen Bevölkerung geführt. Auf 118 Jungen werden nur 100 Mädchen geboren. Der inzwischen immer offenkundiger werdenden Frauen-

> Männerüberschuss und viele egoistische Einzelkinder

mangel Chinas ist die Folge der rigiden Bevölkerungspolitik und der kulturellen Bevorzugung von männlichem Nachwuchs. Unter der Prämisse, nur ein Kind haben zu können, sind eine vorgeburtliche Geschlechtsbestimmung und eine Abtreibung, wenn weiblicher Nachwuchs zu erwarten ist, zum selbstverständlichen Teil der Familienplanung vieler Chinesen geworden. Das hat zur Folge, dass bereits im Jahr 2020 rund 40 Millionen chinesische Männer keine Chance haben werden, eine eigene Familie zu gründen, denn ihnen werden die Frauen dazu fehlen.

Noch immer rätseln Soziologen, welche Auswirkungen diese „Heiratskrise“ auf die chinesische Gesellschaft insgesamt haben wird. Die Vermutungen gehen von der Ausbreitung neuer Beziehungsmodelle – eine Frau, die eheähnlich gleich mehrere Männer hat – über vermehrte Auslandsheiraten bis hin zur Befürchtung, dass ein China, das vom Männerüberschuss geprägt ist, im Innern und Äußeren ein enormes Aggressionspotenzial aufbauen wird.

Gespeist wird diese Befürchtung noch aus einer anderen Quelle: Die Ein-Kind-Politik der letzten Jahrzehnte hat dazu geführt, dass inzwischen eine Generation herangewachsen ist, die keine Geschwister kennt, dafür aber von Eltern und Großeltern häufig regelrecht verhätschelt wurde. „Die nach 1980 Geborenen“ ist inzwischen zum festen Begriff geworden – gemeint ist damit allerdings häufig nichts Positives. Die herangewachsenen „kleinen chinesischen Kaiser“ drängen inzwischen auf den Arbeitsmarkt. Was sie häufig auszeichnet, ist eine Mischung aus Egoismus, Anspruchsdenken und Defiziten im sozialen Umgang. Gepaart mit dem zunehmenden Männerüberschuss in der chinesischen Gesellschaft ist damit eine brisante Mischung entstanden, die China für die nächsten Jahrzehnte prägen könnte. *N. Hanert*

Der Koran ist seine Waffe

Ägyptischer Christ widerlegt erfolgreich Lehren des Islam

Osama Bin Laden, der Gründer des Terrornetzwerkes Al Kaida, galt nach dem 11. September 2001 als Hauptfeind des Westens. Die USA hatte zu seiner Ergreifung eine Rekordsumme von 50 Millionen Dollar Kopfgeld ausgesetzt. Wenig bekannt ist im Westen, dass Al Kaida ein noch höheres Kopfgeld von 60 Millionen Dollar für einen „Feind des Islam“ ausgesetzt hat. Es handelt sich nicht um den Führer eines westlichen Staates, wie man es bei dem im Islam verbreiteten Rachevorstellungen erwarten könnte. Das Kopfgeld gilt für einen in den USA lebenden koptischen Priester, Pater Zakaria Botros. Der 78-Jährige kämpft nicht mit den Waffen des Terrors oder der Einschüchterung gegen den Islam, sondern mit Worten und Predigten. Er gilt als der führende christliche Apologet gegen den Islam weltweit. Auf liebevolle und doch sehr deutliche Art zeigt er Muslimen die Schwächen des Korans und ihres Propheten Mohammed. Er argumentiert dabei hauptsächlich mit islamischen Quellen, die er sehr gut kennt. Erboste Muslime versuchen, seine Aussagen zu widerlegen, dennoch konvertieren viele zum christlichen Glauben.

Botros stammt aus einem kleinen koptischen Dorf bei Alexandria. Auf Drängen der Dorfbevölkerung begann er nach seinem Geschichtsstudium mit dem Studium der Theologie und wurde zum Priester der koptischen Kirche geweiht. Jeden Donnerstag drängten Massen in die Kirche in Kairo, um ihn zu hören. Als seine Popularität zu groß wurde, versetzte Koptenpapst Shenouda III. ihn 1978 in eine Kirche in Heliopolis.



Pater Zakaria Botros

1981 wurde er mit weiteren 23 Priestern und acht Bischöfen ein erstes Mal verhaftet und für zehn Monate ins Gefängnis geworfen. 1989 verurteilte ihn ein Richter sogar zu lebenslanger Haft, er wurde jedoch nach Intervention der koptischen Kirche freigelassen unter der Bedingung, dass er Ägypten für immer verlasse. Pater Zakaria wurde von der koptischen Kirche sowohl kritisiert als auch bewundert. Bis heute trägt er seinen koptischen Talar, aber er versteht sich nicht mehr als Repräsentant der koptischen Kirche, vor allem um seiner Kirche die Wut der muslimischen Welt zu ersparen.

Er ging zunächst nach Australien ins Exil, wo er sich zum kompetenten Fachmann für islamische Fragen innerhalb der moslemischen (Parallel-)Gesellschaft profilierte. 2001 übersiedelte er nach London, wo er seine aufklärende Missionsarbeit via Internet begann. In vielen muslimischen Familien gehören die Predigten von Pater Botros zum Hauptgesprächsstoff. Pater Botros möchte die Muslime nicht dämonisieren, sondern sie vor dem tödlichen Legalismus der Scharia warnen und sie von der Spiritualität des Christentums überzeugen.

Die Öffentlichkeit meidet Pater Zakaria mehr und mehr, bereits mehrere Auftritte in Europa wurden noch in letzter Minute aus Sicherheitsgründen abgesagt. Seit die Muslimbruderschaft in Ägypten regiert, gibt es vermehrt Versuche, Pater Botros in Ägypten vor Gericht zu stellen oder ihm zumindest die ägyptischen Staatsangehörigkeit zu entziehen. Im September 2012 versuchte man Zakaria Botros auch in Verbindung mit dem Schmähfilm „Die Unschuld der Muslime“ zu bringen oder zumindest in dessen Nähe. Auf seiner Internetseite wandte sich Pater Botros jedoch gegen den Film, den er als verletzend bezeichnete. *B. Bost*

»Enge Verflechtungen führten ins Desaster«

Der frühere schleswig-holsteinische Wirtschaftsminister Werner Marnette über Fehler bei der HSH Nordbank

Hamburg und Schleswig-Holstein werden offenbar bald für Milliarden-Verluste ihrer Landesbank in die Verantwortung genommen. Werner Marnette erklärt der *PAZ*, warum der Bund helfen muss. Die Fragen stellte Rebecca Bellano.

PAZ: *Bereits vor über einem Jahr reagierte ein HSH-Nordbank-Mitarbeiter aus dem Bereich Schiffsfinanzierung auf den Hinweis, dass er ja noch „im soliden Bereich“ der wegen Spekulationsgeschäften angeschlagenen Landesbank arbeite, mit einem auffällig hysterischen Gelächter. Erst aufgrund der aktuellen Meldungen erschließt sich die Ursache für das Gelächter. Doch wie kann es sein, dass die riesigen Probleme der HSH Nordbank in all ihrem Ausmaß im eigentlichen Brot-und-Butter-Geschäft der Bank erst jetzt ans Licht der Öffentlichkeit gelangen?*

Werner Marnette: Die Risiken der Schiffsfinanzierung waren bei der HSH bereits Anfang 2009 längst bekannt. Sie wurden aber nach meiner Einschätzung vom Aufsichtsrat und vom Vorstand der Bank aus „strategischen Gründen“ totgeschwiegen, weil das Image des größten Schiffsfinanzierers der Welt nicht gefährdet werden sollte. Denn es schien einfacher, den Zusammenbruch der Bank mit Lehman Bros. und den Risiken im Kreditersatzgeschäft zu begründen. Noch im März 2009 lehnte es der für die Schiffsfinanzierung zuständige HSH-Vorstand ab, für den Bereich Shipping eine adäquate Erhöhung der Risikovorsorge vorzunehmen. Tatsächlich ist die exzessive Ausweitung der Schiffsfinanzierung ein wesentlicher Grund für das HSH-Desaster.

PAZ: *Welche Auswirkungen dürften die neusten Meldungen auf die Länder Schleswig-Holstein und Hamburg haben?*

Marnette: Die jüngsten Mitteilungen der HSH sind äußerst besorgniserregend, kommen aber nicht überraschend. Ich gehe davon aus, dass in 2012 und in den Folgejahren die Zweitverlustgarantie der beiden Bundesländer beansprucht werden muss und es zu weiteren Belastungen der Landeshaushalte in Milliardenhöhe kommen wird. Wenn nicht schnell gegengesteuert wird. Was nur wenigen bekannt ist: Der Unternehmenswert der Bank ist dramatisch gefallen. Der Fonds, der Anteile der beiden Bundesländer an der Bank hält, musste Anfang 2012 fast 1000 Millionen Euro abschreiben. Der tatsächliche Abschreibungsbedarf dürfte noch viel höher liegen. Es ist kaum vorstellbar, dass bei einem eventuellen Verkauf der Bank diese Verluste rückgängig gemacht werden können. Insofern ist bereits heute ein erheblicher Vermögensschaden für die Länder Schleswig-Holstein und Hamburg eingetreten.

PAZ: *Sie plädieren dafür, dass die Bank Unterstützung vom Bund erhält. Wieso?*

Marnette: Von einer Fortsetzung des bisherigen Sanierungskurses muss dringend abgeraten werden. Denn der ist gescheitert und wurde bisher durch bilanzielle Korrekturen und Bewertungen, wie der Reduzierung der Risikovorsorge, verschleiert. Auch eine zurzeit diskutierte Erhöhung der Zweitverlustgarantie kann nur eine Scheinlösung darstellen. Sie führt lediglich zu einer unkontrollierbaren Verlagerung der Risiken in die Zukunft. Darüberhinaus muss mit zusätzlichen harten Auflagen der EU gerechnet werden, wodurch die Tragfähigkeit des Geschäftsmodells noch stärker in Frage gestellt würde.

Die geordnete Abwicklung stellt durchaus eine realisierbare Handlungsoption dar. Ich gebe aber einer Problemlösung unter Risikominimierung durch eine Bund-/Länderlösung den Vorzug. Bereits 2008/2009 wäre der Bund dazu bereit gewesen. So habe ich die Aussagen des damaligen Bundesfinanzministers Peer Steinbrück jedenfalls interpretiert. Dies ist von den früheren Landesregierungen bisher abgelehnt worden, weil der Bund die Offenlegung aller Fakten verlangt hätte.

Im November 2010 mahnte der damalige Bundesbankpräsident Axel Weber mit drastischen Worten die Neuordnung der Landesbanken an. Auch forderte er die Landesbanken zur Nutzung von Staatshilfen, das heißt Liquiditätsgarantien, Eigenkapitalzuschüssen und Auslagerung riskanter und nicht strategischer Vermögenswerte in externe Bad Banks, auf. Die Mahnungen Webers blieben unbeachtet. Und erneut erfolgte eine kategorische Ablehnung einer Bundeslösung durch die Länder Schleswig-Holstein und Hamburg.

Durch die Regierungswechsel in Hamburg und in Kiel sind hoffentlich andere Vorraussetzungen eingetreten. Und die Chance für eine gemeinsame Lösung mit dem Bund besteht weiterhin. Sie wird mit erheblichen, aber planbaren Kosten verbunden sein. Aber, sie wird beide Länder von der unkontrollierten Last hoher zweistelliger Milliarden-Risiken befreien. Auch wird sie dazu beitragen, Lösungen für die gesunden Bereiche der Bank zu finden und die Arbeitsplätze qualifizierter Bankmitarbeiter zu sichern. Ich trete daher der verbreiteten Meinung, „Weiterwurschteln ist billiger“, entschieden entgegen.



Engagiert sich sich auch jetzt noch für eine Lösung des Problems: Werner Marnette Bild: pa

PAZ: *Inzwischen gibt es Kritik an Aufsichtsratschef Hilmar Kopper. Ist diese Ihrer Meinung begründet oder sucht man einen Buhmann für das sich anbahnende Milliarden-Desaster?*

Marnette: Mitte 2009 war ich durchaus von der Bestellung Koppers angetan, weil ich gegenüber dem Vorgänger wichtige strategische, aber auch unternehmensethische Veränderungen erhoffte. Diese Hoffnung hat sich schnell zerschlagen. Die Bank hat sich auch nach 2009 durch eine Anhäufung von nachgewiesenen beziehungsweise nicht abschließend geklärten Vorfällen zu einer skandalbehafteten Bank entwickelt. Gegen Verantwortliche der Bank laufen nach wie vor Rechtsverfahren wegen des Verdachts der Untreue. Auch ist es Herrn Kopper nicht gelungen, das seit langem bestehende Personalchaos, verbunden mit hoher Fluktuation, auf den ersten Führungsebenen der Bank zu beseitigen. Alleine der hierdurch entstandene Qualitäts- und Vertrauensverlust macht eine Sanierung der Bank praktisch unmöglich.

PAZ: *Seit Beginn der Bankenkrise gibt es Rufe nach mehr staatlicher Aufsicht für Banken, dabei saßen zahlreiche Politiker in den Aufsichtsräten der Landesbanken. Wie beurteilen Sie als einstiger Wirtschaftsminister von Schleswig-Holstein, der zuvor Chef der Norddeutschen Affinerie AG war, diesen Widerspruch?*

Marnette: Der Staat muss Regeln vorgeben, nach denen Banken zu arbeiten haben. Und die Einhaltung dieser Regeln hat er schärfstens zu überwachen. Aber sonst müssen sich Staat und Politik aus dem Bankengeschäft heraushalten. Hier hat der Staat kläglich versagt. Insofern tragen der Staat beziehungsweise die staatlichen Organe wie die Bankenaufsicht BaFin eine erhebliche Mitschuld am Bankendesaster, auch bei der HSH Nordbank. Die BaFin hätte bereits vor der Finanzkrise erkennen müssen, dass bei der HSH sehr risikoreiches Wachstum betrieben wurde, um einen Börsengang zu ermöglichen. Dies war vorwiegend politisch getrieben. Bis heute hat es die Bundesregierung versäumt, die Landesbanken neu zu ordnen oder sogar abzuschaffen. Der Widerstand der Länderregierungen, die alle ihre eigene Bank besitzen wollen, ist offenbar zu groß. Dennoch muss die enge Verflechtung von Politik und Finanzen, die insbesondere bei einigen Landesbanken zum Desaster geführt hat, dringend abgeschafft und zukünftig verhindert werden.

PAZ: *2009 sind Sie wegen Unzufriedenheit mit dem Umgang mit der HSH-Nordbank-Krise als Minister zurückgetreten. Was hätten Sie anders gemacht?*

Marnette: Mir hat die Tätigkeit als Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr sehr viel Freude gemacht. Und ich glaube, dass ich auch erfolgreich war. Leider kam das Thema HSH Nordbank dazwischen, was eigentlich nicht zu meinem Ressort gehörte. Aber als Regierungsmitglied und Mann der Wirtschaft wollte ich unvernünftige Entscheidungen, die zu Lasten der Bürger gingen, nicht mittragen. Heute würde ich mich in der Sache genauso verhalten. Ich würde allerdings versuchen, rechtzeitig starke Allianzen bei den Bürgern, bei den Abgeordneten und in der Wirtschaft zu suchen. Nur so lässt sich die Machtausübung einiger weniger zu Lasten der Mehrheit verhindern. Genau deshalb engagiere ich mich auch heute noch in dieser Thematik.

KURZ NOTIERT

Reallöhne in Deutschland sinken: Deutsche Arbeitnehmer werden weiter sinkende Reallöhne hinnehmen müssen, während Führungskräfte deutlich mehr verdienen. Seit 2005 ist die deutsche Wirtschaft um über zehn Prozent gewachsen, die Löhne für Fachkräfte mit Hochschulabschluss, Facharbeiter und Sachbearbeiter sind seitdem nur um sechs Prozent gestiegen. Inflationsbereinigt ist das ein Minus von vier Prozent. Das ist das Ergebnis einer neuen Studie, bei der das Beratungsunternehmen „Personalmarkt“ mit dem Mannheimer Ökonomen Tom Krebs 1,6 Millionen Gehaltsdaten ausgewertet haben. *MRK*

Zeitungssterben erreicht Deutschland: Printmedien stecken in der Krise. Rückläufige Auflagenzahlen und der Einbruch des Anzeigengeschäfts zwangen nun den Herausgeber der „Frankfurter Rundschau“ Insolvenz anzumelden. Das der Mediengruppe DuMont Schauberg und der Medienholding der SPD gehörende Blatt steht trotz Einsparbemühungen vor dem Aus. Den beiden Medienunternehmen gehören auch die „Berliner Zeitung“, der „Kölner Stadtanzeiger“, die „Neue Westfälische“, die „Sächsische Zeitung“ und die „Hannoversche Allgemeine“. *MRK*

Altmaier will große Hinweisschilder: Mit wenig Begeisterung reagiert der Handel auf die von Umweltminister Peter Altmaier (CDU) angekündigte neue Hinweispflicht. Da die Konsumenten immer öfter zur Einweg- statt zur Mehrweg-Flasche greifen, sollen nun künftig große Hinweisschilder in Supermärkten, Kiosken und Tankstellen die Käufer darüber informieren, was sie da gerade kaufen. Die Regierung will so die „ökologische Konsumentenverantwortung“ erhöhen. *Bel*

Preise für Griechenland-Reisen gestiegen: Gegenüber dem Vorjahr haben sich Reisen nach Griechenland um 12,1 Prozent verteuert. Von den Mittelmeerländern war die Preissteigerungsrate bei Griechenlands Nachbarn Türkei mit nur 2,9 Prozent die geringste. *MRK*

Zürich ausschalten?

City of London sucht neues Geschäftsmodell, Schweiz bietet Vorbild

Ausgerechnet der Kampf gegen Steueroasen scheint einen der seltenen Fälle eines Schulterschlusses zwischen der deutschen und der britischen Regierung herbeizuführen. Großbritanniens Finanzminister George Osborne (Konservative) will mit seinem deutschen Kollegen Wolfgang Schäuble (CDU) den Kampf gegen das Verschieben von Konzerngewinnen in Niedrigsteuerländer aufnehmen. Bei einem Finanzministertreffen stellten beide eine Initiative für verbindliche Standards bei der Unternehmensbesteuerung vor. Das Ziel des Vorhabens: Verhindern, dass Großkonzerne trickreich ihre Gewinne in Länder mit Dumpingsteuersätzen schaffen und nahezu keine Steuern mehr zahlen. Welche Ausmaße diese Praxis vor allem im Internetsektor inzwischen angenommen hat, machen Zahlen aus Großbritannien deutlich. Branchenriesen wie Amazon, Facebook und Google haben trotz Milliardenumsätzen nur wenige Millionen Pfund an Unternehmenssteuern bezahlt. Der aktuelle Vorstoß von Osborne und Schäuble könnte mehr Erfolgschancen haben als ähnliche Versuche in der Vergangenheit, er könnte nämlich die Rückendeckung der City of London haben, des wichtigsten europäischen Bankenstandorts.

Noch steht die Steuervermeidung von Internetkonzernen im Mittelpunkt der Debatte und damit das Steuerdumping von Ländern wie Irland und Luxemburg am Pranger. Die Liste der Sünder könnte aber schnell länger werden, erste Anzeichen dafür gibt es bereits. Schon im Jahr 2010 hat die damalige französische Finanzministerin Christine Lagarde nach London eine Liste mit 6000 Namen von Briten übermittelt, die in der Schweiz heimlich Konten unterhalten. Die Erfolgsmeldungen von den belangten privaten Steuerflüchtlingen sind quasi die unterschwellige Begleitmusik im Kampf gegen die Steuerstrategien der Konzerne, den Finanzminister Osborne nun zusammen mit Schäuble aufnehmen will.

> Steuerflucht von Unternehmen verhindern

Während europaweit in den Medien die Spekulationen anhalten, wie weit Großbritannien mit seinem Anti-EU-Kurs am Ende gehen wird, hegt man im Züricher Bankenviertel rund um den Paradeplatz angesichts der jüngsten Entwicklung inzwischen eine ganz andere Befürchtung. Premier Cameron könnte das Angebot machen, dass Großbritannien bei einer weitreichenden EU-Bankenaufsicht mitzieht – als Gegenleistung wird von der EU der Finanzplatz Schweiz ausgetrocknet. Die Schweizer Befürchtungen haben einen handfesten Hintergrund. Die Banken der City of London haben in der Vergangenheit auf ein Geschäftsmodell gesetzt, das mittlerweile als totgeritten gilt: das Investmentbanking. Weltweit sieht die Branche stattdessen nun ihre Zukunft vor allem in der Vermögensberatung. Die gilt traditionell als Stärke der Banken in der Schweiz. Sollten neue Auflagen und Regulierungen unter dem Vorzeichen „Kampf den Steueroasen“ der Konkurrenz vom Züricher Paradeplatz die Geschäftsgrundlage entziehen, könnte womöglich auch noch die City of London der EU eine positive Seite abgewinnen. *N.H.*

Zypern will keine Auflagen

Statt EU-Sparprogramm zieht Nikosia Hilfe von Skandalbank vor

Während die Troika (Experten der EU, des Internationalen Währungsfonds und der Europäischen Zentralbank) vorletzte Woche nach Zypern reiste, um über ein Hilfspaket in Höhe von mindestens zehn Milliarden Euro zu verhandeln, warnte der Bundesnachrichtendienst (BND) in einem geheimen Report eindringlich davor, Zypern mit Zahlungen aus dem europäischen Rettungsfonds vor der Pleite zu bewahren. Der Grund: Obwohl Zypern sich formal an alle Vereinbarungen zur Bekämpfung von Geldwäsche halte, gebe es Probleme bei der Umsetzung. Russische Staatsbürger beispielsweise haben 26 Milliarden Dollar bei zyprischen Banken deponiert, mehr als die Jahreswirtschaftsleistung des Landes. Großzügige Möglichkeiten für reiche Russen, die zyprische Staatsangehörigkeit anzunehmen, erleichtern diesen die Geldwäsche. Auf diese Weise haben nach Erkenntnissen des BND 80 Oligarchen Niederlassungsfreiheit in der gesamten EU erhalten. Von Hilfen europäischer Steuerzahler für Zyperns Banken würden also vor allem Inhaber russischer Schwarzgeldkonten profitieren. Es soll über 40000 russische Briefkastenfirmen auf der Insel geben. Im vergangenen Jahr hatte Moskau Zypern mit einem Milliardenkredit ausgeholfen. Seit Monaten verhandelt Nikosia mit Moskau über zusätzliche Hilfen, doch Präsident Putin ist offenbar nicht mehr bereit, weitere Gelder zum Schutz des russischen Kapitals locker zu machen.

> Über 40000 russische Briefkastenfirmen auf der Insel

An der bedrohlichen Situation des Landes trägt der Bankensektor einen großen Anteil. Zypriotische Banken halten offene Kredite, die zehnmal so groß sind wie die jährliche Wirtschaftsleistung der Insel. Faule Kredite griechischer Schuldner und die Lage in Griechenland insgesamt haben wichtige Institute ins Wanken gebracht und die Möglichkeiten der Regierung, die Banken zu stützen, sind aufgrund der schwachen Wirtschaftsleistung und gesunkener Steuereinnahmen äußerst begrenzt. EU-Hilfen sind an ein Sparprogramm für Zypern gebunden. Brüssel forderte eine größere Bankenaufsicht, Reformen am Renten- und Arbeitsmarkt sowie im Gesundheitswesen.

An diesen Auflagen hat die Regierung in Nikosia kein besonderes Interesse. Offenbar versucht sie, ohne EU-Hilfen auszukommen. Vor wenigen Wochen erhielt sie 200 Millionen Euro, die von der Federal Bank of the Middle East (FBME) stammen, einer Bank aus Tansania, die bis 2003 auf den Kaimaninseln beheimatet war, der Steueroase, die jahrelang als eine der größten Geldwäschemaschinerie der Welt galt. Weil die Kaimans sich unter dem Druck der OECD dazu verpflichteten, europäische Geldwäscheregeln anzuwenden, verlegte die FBME ihren Sitz nach Tansania. Die Bank hält zypriotische Staatsanleihen im Wert von 240 Millionen Euro, deren Rückzahlung eigentlich im 4. November fällig gewesen wäre. Die Bank hat das Darlehen erneuert, so dass Nikosia zunächst nicht zahlen muss. Dafür bewirbt sich die afrikanische Bank, die auch in Italien in Skandale verwickelt ist, um eine Banklizenz in Zypern. Eine Zweigstelle auf der Insel hat sie bereits.

Manuela Rosenthal-Kappi

Der Michel zahlt

Von Manuel Ruoff

Jetzt ist also mit der Beteiligung am „Resettlement"-Programm der Uno eine weitere Möglichkeit geschaffen, Ausländer nach Deutschland im Allgemeinen und in dessen Sozialsysteme im Besonderen zu holen. Neben Irakern sollen auch Tunesier kommen. Dass aus dem Irak, in dem die freie Welt mit BND-Hilfe einen „Regime Change" vollzog, massenhaft Christen fliehen, ist ja schon bekannt – aber nun auch Tunesier, wo doch in Tunesien die Arabellion stattfand, als der Begriff für uns noch eindeutig positiv besetzt war?

Und dann sollen nicht etwa Flüchtlinge kommen, die auf der Flucht sind, sondern solche, die bereits Unterschlupf gefunden haben, aber dort nicht integriert werden können. Dazu wird interessanterweise auch die Türkei gezählt. Von dort übernehmen wir nun christliche Iraker, da deren Integration in dem moslemischen Land nicht möglich sei. Aber die Türkei gehöre in die EU, wie wir immer wieder hören, und wir könnten unbegrenzt moslemische Türken integrieren. Überhaupt scheinen wir ja wohl alles integrieren zu können.

Andererseits hat uns die Friedrich-Ebert-Stiftung gerade erst wieder Ausländerfeindlichkeit bescheinigt. Muss man das alles verstehen? Egal, Hauptsache der Michel zahlt.

Kritik geht anders

Von Melinda Heitmann

In Deutschland herrscht Presse- und Meinungsfreiheit und das ist auch gut so. Allerdings hat die Meinungsfreiheit ihre Grenzen, wird jemand beleidigt oder herabgesetzt. Schmähkritik und der öffentliche Todeswunsch gehen eindeutig zu weit. Deniz Yücels Todeswunsch ist ein Schlag unter die Gürtellinie. Mit der Veröffentlichung seines Buches „Deutschland schafft sich ab" Ende 2010 muss Sarrazin sich bewusst gewesen sein, dass der Inhalt viele provozieren und die Meinungen gespalten sein würden. Als nach der Publikation eine heftige Welle der Kritik und Diskussionen aufkam, wurde der Inhalt des Buches auf die Goldwaage gelegt und Sarrazin musste sich in vielerlei Hinsicht rechtfertigen. Sehr bemerkenswert an den jüngsten Beleidigungen ist allerdings, dass sie nicht im Geringsten auf Auseinandersetzungen mit dem Inhalt des Buches basieren, sondern allein „Kritik" an Sarrazins Person und seinen körperlichen Behinderungen sind, was irgendwie den Eindruck erweckt, dass das Buch nicht einmal aufgeschlagen wurde. Und so etwas kommt aus den Federn von Autoren, die für linke Zeitungen schreiben, die sonst nicht müde werden, gleiche Behandlung für Behinderte einzufordern. Sarrazin hat die These aufgestellt, viele Ausländer seien weniger intelligent. Eine gewagte Aussage, die aus vielen Blickwinkeln gut begründet bezweifelt werden mag. Doch Hand aufs Herz, so angegriffen sich die Autoren mit „Migrationshintergrund" auch fühlen mögen, durch ihr aggressives und beleidigendes Verhalten widerlegen sie die These nicht wirklich überzeugend. Da kann man glatt sagen: Eigentor!

Albtraum der SPD

Von Harald Tews

Bundeskanzlerin Angela Merkel beglückwünschte ihren Außenminister Jürgen Trittin zu seinem gelungenen Antrittsbesuch bei Barack Obama in Washington. Der deutsch-amerikanischen Freundschaft seien neue Impulse gegeben worden. Zuvor lobte sie schon die Arbeit ihrer Wirtschaftsministerin Katrin Göring-Eckardt, die ...

Mit einem Schrei erwacht SPD-Vorsitzender Sigmar Gabriel aus einem Albtraum. Dieses politische Schreckensszenario einer nahen Zukunft nach der Bundestagswahl 2013 malt sich derzeit wohl die gesamte SPD aus, nachdem eine Urwahl bei den Grünen ergeben hat, dass Trittin gemeinsam mit der politisch noch etwas „grünen" Göring-Eckardt die Doppelspitze bei der kommenden Bundestagswahl bilden soll.

Man hatte auf Grünen-Chefin Claudia Roth gesetzt, die nicht nur ihrem Namen nach den Roten näher steht. Pech gehabt. Jetzt also Göring-Eckardt, die auch für Konservative wählbar erscheint.

Geradezu reflexartig versuchte Gabriel nach dem Urwahl-Ergebnis, von den Grünen ein Koalitions-Bekenntnis zur SPD einzufordern. Doch richtig festlegen ließen sich die Grünen nicht. Heißt das jetzt: Schwarz-Grün ist möglich? Einem Pragmatiker und Karrieristen wie Trittin wäre das zuzutrauen. Und Göring-Eckardt hat sowieso nichts zu sagen.

Es kommt wie so oft: Die Grünen liefern und die SPD versagt

Das Ergebnis dürfte vielen Wählern und Politikern schlaflose Nächte bereiten. Vor allem aber der SPD. Seit der vorzeitigen Bekanntgabe, wer denn 2013 Kanzlerkandidat werden soll, hat man sich mit Peer Steinbrück auf einen Regierungswechsel eingestellt. Die Umfragewerte lagen anfangs gut. Zu dumm nur, dass dann die Affäre um die Vortragshonorare die Werte wieder nach unten gerissen haben. Während die SPD bei der „Sonntagsfrage" gegenüber dem Vormonat – je nach Forschungsinstitut – um ein bis zwei Prozentpunkte verliert, gewinnt die CDU wieder an Wählervertrauen.

Derzeit hangelt sich die SPD an der 30-Prozent-Marke entlang, während die CDU zwischen 35 und 40 Prozent liegt. Da die FDP in den letzten Monaten dauerhaft unter der Fünfprozenthürde liegt, sind sich die Grünen nach gegenwärtigem Stand nur in einem sicher: Die Grünen werden mit derzeit mit 15 Prozent und „dank" der Schwäche der anderen Parteien als Juniorpartner einer Koalition in die Regierung gehievt. Dann könnte es wieder so kommen, wie in der letzten Bundestagswahl oder in einigen Landtagswahlen zuvor: Die Grünen haben Wählerstimmen geliefert, die SPD aber wieder einmal versagt.

Und ob Steinbrück liefern kann, damit es zu Rot-Grün doch noch reicht, ist eine andere Frage. Die Monate bis zur Bundestagswahl werden zeigen, ob er sich immer weiter als politischer „Dummschwätzer" entlarvt, oder ob man ihn vor allem in der Banken- und Euro-Frage ernst nehmen kann.

Trittin und Göring-Eckardt können sich derweil entspannt zurücklehnen und zusehen, wie sich alle anderen tagtäglich bei der Euro-Rettung blamieren. Gerade Göring-Eckardt könnte es dann gelingen, die von den großen etablierten Parteien enttäuschte Wähler zu den Grünen zu lenken. Weil sie integrierend wirkt, hat sie die Parteibasis ja als Spitzenkandidatin gewählt. Und das wird 2013 noch zu so manchem Albtraum führen.



Wollen die politische Mitte gewinnen: Der „linke" Jürgen Trittin und die „rechte" Katrin Göring-Eckart bilden das Grünen-Spitzenduo für die Bundestagswahl 2013

Bild: S. Loos/dapd

Mit zweierlei Maß

Moment mal!



Von Klaus Rainer Röhl

Der Film „Deckname Luna" hat Deutschland tief aufgewühlt und zugleich gutgetan. Die meisten Kritiker haben wenig an ihm auszusetzen. Die „Bild"-Zeitung versteigt sich sogar dazu, die von jedem Star-Klischee abweichende Hauptdarstellerin mit dem Mondgesicht, Anna Maria Mühe, als „Das Gesicht des neuen deutschen Films" auszurufen. Deutsch stimmt. Tatsächlich ist das Thema Stasi ein deutsches Thema, der Stasi ein deutsches Phänomen. Einen so alle Bereiche des Lebens durchdringenden, bürokratischen, aber immer auch ein wenig lächerlichen Geheimdienst gab es nirgends auf der Welt. Doch der Publikumserfolg des Films über eine junge Frau, die vom Stasi durch die Verhaftung ihres Zwillingsbruders zur Spionage erpresst wird, hat noch andere Ursachen. Insofern ist er zu vergleichen mit den unzähligen Filmen über die Verbrechen des NS-Staates von „Ich war Hitlers Kammerdiener" bis zu „Rommel" und den neuen Dokumentationen über Rudolf Heß, Heinrich George, Heinz Rühmann oder Kristina Söderbaum und ihren Mann Veit Harlan, über die Flucht und Vertreibung der Ostpreußen und Schlesier. Die Darstellungen der NS-Verbrechen und ihrer Helfer oder Mitläufer finden ein auch rund 70 Jahre nach Kriegsende nicht abnehmendes Interesse. Und dies auch bei der nachgewachsenen Generation, die ja nur die Klischees der Re-Education-Zeit auswendig lernte. Gerade die Filme des auf die NS-Zeit geradezu dauerabonnierten Guido Knopp stillen oft ein heimliches Bedürfnis des Publikums nach Einzelheiten aus der „Vergangenheit", in der die Menschen nicht nur an Aufmärschen und Judenverfolgungen teilnahmen, sondern in der auch gelitten, gelebt und geliebt wurde. Jede realistische Schilderung der Zeit, die von den seit 1945 üblichen alliierten Propaganda-Schablonen abweicht, wird begierig aufgesogen. Wiedererkennungs-Momente bei den Alten, Neugier bei den Jungen, die die Szenen aus der NS-Zeit wie eine Zeitreise in die Vergangenheit ansehen – so war es damals. Aha.

»Deckname Luna« begeisterte das Fernseh-Publikum

Eine ähnliche Entwicklung beobachten wir seit einigen Jahren bei Filmen über die DDR-Vergangenheit. Es begann mit dem großartigen Film „Das Leben der Anderen", der sogar einen Oscar für Deutschland gewann. Und wir erfahren nicht ohne eine gewisse Rührung, dass sein zu früh verstorbener Hauptdarsteller Ulrich Mühe der Vater des neuen deutschen Stars Anna Maria ist. Vergangenheitsbewältigung in der zweiten Generation.

Nur in einem Punkt endet der Vergleich: Die NS-Zeit ist durch drakonische Sanktionen, von denen die Todesstrafe durch Erhängen nur die schärfste war, aufgearbeitet und tausendmal abgebüßt, wird in jeder Schule behandelt und durch Klassenfahrten nach Dachau oder Auschwitz ständig im Bewusstsein erhalten. Die Herrschaft der Statthalter Stalins in Deutschland wurde hingegen kaum geahndet, sie wird in Schulen oft nur oberflächlich behandelt, an keinem Gedenktag gewürdigt. Durch Deutschland geht ein tiefer Riss.

Erst 2007, genau 17 Jahre nach dem Fall der Mauer, wurde bekannt, dass die ehemaligen Opfer des DDR-Willkürsystems, die mindestens sechs Monate im Stasi-Knast gesessen haben, eine „Opferrente" bekommen. Das monatlich zahlbare Geld sollte also den manchmal jahrzehntelangen Arrest in Stasi-Gefängnissen wie Torgau oder Bautzen wenigstens symbolisch wiedergutmachen. Schlecht ist, dass diese Pension ganze 250 Euro beträgt. Grottenschlecht ist, dass es selbst diese Mini-Wiedergutmachung nur dann gibt, wenn die Opfer als Alleinstehende zurzeit an der Armutsgrenze leben. Die Opfer-Rente ist keine Ehrenrente, sondern ein Almosen für Arbeitslose, Invaliden und Sozialhilfeempfänger unter den Stasi-Opfern. Der reine Hohn.

Für einen anderen Personenkreis sind die Renten zu allen Zeiten gesichert. Für die Stasi-Mitarbeiter und andere frühere Parteifunktionäre der DDR. Bund und Länder mussten im Jahr 2006 schon 4,1 Milliarden Euro an ehemalige Beschäftigte des SED-Staates zahlen. Noch bestehende Rentenkürzungen für besonders belastete Diener des Regimes wurden 2005, zur großen Genugtuung der gut organisierten Stasi-Funktionäre, aufgehoben. Auch sie erhielten nun ihre volle, an der DDR-Durchschnittsrente orientierte Rente für die Mühe, die sie sich jahrzehntelang als „Schild und Schwert der Partei" gemacht haben: Einschüchterung, Bespitzelung und Bedrohung der Einwohner des hermetisch abgesperrten Staates, Vernichtung ganzer Familien und Existenzen. Bis zu Mord und Totschlag und verdeckten Aktionen, deren Opfer längst tot oder unheilbar invalide sind, körperliche und seelische Krüppel. Mittlerweile nehmen sie allerdings nicht mehr an jeder Rentenerhöhung teil.

DDR-Unrecht ist nur in Ansätzen aufgearbeitet

Der Spielfilm „Das Leben der Anderen" behandelte einen vergleichsweise harmlosen Fall. Die Wirklichkeit war weit düsterer. Doch die Stasi-Opfer sind unbeliebt, ihre Forderungen unpopulär. Die hauptamtlichen 91 015 Stasi-Mitarbeiter und ihre Zuarbeiter, die ungefähr 189 000 Innoffiziellen Mitarbeiter, also rund 280 000 DDR-Bürger, werden in die gedankenlose Ostalgie einbezogen, die wehmütige Sehnsucht vieler Bewohner nach dem wirtschaftlich erfolglosen und frustrierenden, aber ruhigen und sogar gemütlichen Leben „früher". Langsam wird es zu so etwas wie die „gute alte Zeit".

Über 20 Jahre nach dem Fall der Mauer leben und fühlen noch immer viele Bürger der neuen Bundesländer anders als die übrigen Deutschen. Auf die einst 100-prozentige Versorgung mit Krippen und Kitas sind alle stolz. Flächendeckend wurden die Babys in Gruppen von 30 bis 40 verwahrt und erzogen: Zu einem bestimmten Zeitpunkt „aufgetöpft", gefüttert, schlafen gelegt und geweckt. Indoktrination begann früh. Kollektive Verwahrung. Gelegentlich auch kollektive Verwahrlosung.

Vielleicht ist es kein Zufall, dass in den neuen Ländern auffällig viele Menschen antidemokratische Parteien wählen, die von Verfassungsschutzämtern beobachtet werden wie „Die Linke" und die NPD, auffällig viel Bereitschaft zu roher körperlicher Gewalt auf Straßen und Fußballplätzen herrscht.

Äußerste Wachsamkeit bricht jedes Mal aus, wenn die NPD ein paar Wähler gewinnt, auf örtlicher Ebene Erfolge hat. Oder gar eine Terror-Zelle sich bildet, die wie die RAF Morde begeht. Da wird noch mehr Geschichtsunterricht über NS-Untaten gefordert, noch mehr NS-Gedenkstätten, NS-Gedenktage. Doch wo ist die Aufklärung und der Geschichtsunterricht über Stalin und seine treueste Stütze: das SED-Regime, über die DDR? Fehlanzeige.

Das Sowjetsystem mit Maos China und Pol Pots Kambodscha stellte weltgeschichtlich eine Einheit dar, in der die DDR ein integraler und sogar besonders gut funktionierender Bestandteil war. Das System war mörderisch. Es brachte, laut „Schwarzbuch des Kommunismus", rund 100 Millionen Menschen den Tod, dem Rest oft Elend.

Es ist leider immer noch so, wie Tucholsky einmal schrieb: „Und durch Deutschland geht ein tiefer Riss, dafür gibt es keinen Kompromiss."

Friedensstifter und Künstlergenie

Wuppertaler Von der Heydt-Museum bringt versteckte Talente des niederländischen Malers Peter Paul Rubens zum Vorschein

Er war der Tausendsassa des Barock-Zeitalters: Philosoph, Geschäftsmann, Diplomat – und ganz nebenbei auch Maler. Vor allem durch seine Vorliebe für voluminöse Frauengestalten ist Peter Paul Rubens (1577–1640) in der Kunstwelt seit jeher begehrt. Das Wuppertaler Von der Heydt-Museum zeigt jetzt noch bis zum 28. Februar 2013 in einer einzigartigen Ausstellung die anderen Talente des Malergenies.

„Wäre Peter Paul Rubens nicht als der wichtigste Künstler seiner Epoche in die Kunstgeschichte eingegangen, würde er heute als einer der angesehensten Diplomaten des 17. Jahrhunderts gefeiert“, meint Gerhard Finckh, Direktor des Von der Heydt-Museums und zusammen mit Nicole Hartje-Grave Kurator der Ausstellung. Wegen seiner friedensstiftenden Missionen könne man Rubens gar als einen Wegbereiter der europäischen Einigung ansehen.

Die Ausstellung, die mehrere Jahre der Vorbereitung erforderte, ist in acht Kapitel beziehungsweise Themenräume gegliedert, die den engen Zusammenhang zwischen der Kunst und der Politik im Leben Rubens widerspiegeln. Um der damaligen Anmutung und Erlebnisweise der Rubens'schen Gemälde nahe zu kommen, gestalteten die Ausstellungsmacher einzelne Räume im Stil des Barock. So wurde speziell für diese Ausstellung von einer in Wuppertal ansässigen Tapetenfabrik eine „Rubens-Tapete“ entworfen, die den damals üblichen Ledertapeten nachempfunden ist.

Das Von der Heydt-Museum hat 50 Rubensbilder aus aller Welt zusammengetragen, fünf davon vom befreundeten „Koninklijk Museum voor Schone Kunsten“ in Antwerpen, der Heimatstadt Rubens'. Lediglich die Tate Gallery in London verweigerte die Ausleihe des Monumentalwerkes „Krieg und Frieden“, von dem eine Nachbildung in Wuppertal zu sehen ist. Dieses um 1629/30 entstandene Gemälde dokumentiert wie kein anderes die genialen Talente von Rubens als Künstler und Diplomat.

Rubens war im Auftrag des spanischen Königs Philipp IV. als Diplomat nach London gereist. Er sollte einen Friedensvertrag zwischen England und Spanien vorbereiten. Der englische König Karl I. war von Rubens' Diplomatie und Kunst so angetan, dass er den Künstler zum Ritter schlug. Im Gegenzug schenkte Rubens dem englischen König nach seiner erfolgreichen Friedensmission das monumentale Gemälde. Es zeigt in diplomatisch verhüllter Form die Hoffnungen und Erwartungen des Vertragsabschlusses: Frieden und Wohlstand nach Ende des Krieges.

Die – katholischen – Spanier waren damals die Herrscher in den habsburgischen Niederlanden, die damals in etwa die heutigen Benelux-Staaten umfassten. Im sogenannten 80-jährigen Krieg (1568–1648) errangen die protestantischen Nordprovinzen ihre Unabhängigkeit von Spanien. Die Familie Rubens gehörte zu den vornehmen und angesehenen Familien in Antwerpen, einer reichen Handels- und Hafenstadt. Der Vater, Jan Rubens (1530–1587), war Advokat und Senator in der Stadt. Wegen seines protestantischen Glaubens floh er 1568 mit seiner Familie erst nach Köln – die Freie Reichsstadt duldete Protestanten – und dann weiter nach Siegen, der Residenz der protestantischen Fürsten von Oranien-Nassau. Dort war Jan Rubens unter anderem für Anna von Sachsen, der Gemahlin des nassauischen Fürsten Wilhelm I. von Oranien-Nassau, anwaltlich tätig. Nicht nur anwaltlich, wie die Gerüchteküche damals brodelte: Jan Rubens soll ein Verhältnis mit Anna von Sachsen gehabt haben und der Vater von Annas Tochter Christine (1571–1637) sein. Ob die Familie Rubens somit tatsächlich verwandtschaftliche Beziehungen zum sächsischen Herrscherhaus hatte, ist allerdings nicht eindeutig belegt.

Bis ins 19. Jahrhundert wurde Antwerpen als Geburts- und Heimatstadt von Peter Paul Rubens angegeben. Tatsächlich ist der grandiose Maler aber im damals nassauischen Siegen in Südwestfalen (heute Nordrhein-Westfalen) geboren.

Nicht eindeutig belegt ist der genaue Geburtstag des Künstlers. Offiziell genannt ist der 28. Juni 1577. Es könnte auch der 29. Juni gewesen sein, der kirchliche Gedenk- und Namenstag für Peter und Paul. Mit großer Wahrscheinlichkeit ist Peter Paul protestantisch getauft und erzogen worden.

Schon 1578 zog die Familie Rubens wieder ins rheinische Köln. Als der Vater 1587 starb, war Peter Paul zehn Jahre alt. Zwei Jahre später kehrte die Mutter mit den Kindern nach Antwerpen zurück, bekannte sich zum Katholizismus und nahm ihre alte gesellschaftliche Stellung als Mitglied der vornehmen Bürgerschaft ein.



Barockes Gemetzel: Rubens' „Wildschweinjagd“ (um 1615/16) Bild: Heydt-Museum/Musée des Beaux-Arts, Marseille

Der Religionswechsel bewirkte, so Museumsdirektor Gerhard Finckh, beim jungen Rubens eine „innere Zerrissenheit“, aus der heraus Rubens einen „dritten Weg“ fand: sein Interesse und seine Affinität zur antiken Philosophie und der (heidnischen) römischen und griechischen Götterwelt, die in zahlreichen Bildern von Rubens dargestellt wird, zum Beispiel „Dianas Heimkehr von der Jagd“, „Venus und Amor“ oder „Mucius Scaevola vor Porsenna“.

Der junge Rubens besuchte die Lateinschule und erhielt seine ersten künstlerischen Schulungen in den Werkstätten von Antwerpen. 1598 wurde er Mitglied der Malerzunft. Zwei Jahre später zog er als Hofmaler zum Herzog Gonzaga nach Mantua in Italien. Dort konnte er sich auch in den Kunsthochburgen Genua, Florenz und Rom weiterbilden.

1608 kehrte der mittlerweile 31-jährige Rubens nach Antwerpen zurück, wo er 1609 Isabella Brant heiratete. Im gleichen Jahr wurde er Hofmaler der habsburgischen Statthalter der spanischen Niederlande, die in Brüssel residierten.

Religiöse Motive waren nun vorherrschend. Denn die katholischen Herrscher in Brüssel unterstützten und förderten die Ziele der Gegenreformation. Die Wuppertaler Ausstellung zeigt die wichtigsten Werke in den Themenräumen „Rubens im Dienst des Brüsseler Hofes“ und „Rubens und die Kirche“. Zahlreiche Altarbilder für Klöster und Kirchen sowie 39 Deckengemälde für die neu gebaute Antwerpener Jesuitenkirche verschafften Rubens pralle Auftragsbücher.

Allein hätte der Künstler diese Aufträge nicht bewältigen können, schon wegen der riesigen zu bemalenden Flächen. Rubens war jedoch auch ein äußerst geschäftstüchtiger Unternehmer, der eine eigene Werkstatt mit bis zu 100 Beschäftigten betrieb. Die Ideen und Entwürfe lieferte der Maestro, die Ausführung der Kunstwerke übernahmen die Mitarbeiter der Werkstatt.

Nach seiner vorwiegend diplomatischen Tätigkeit von 1622 bis 1630 mit dem erfolgreichen Friedensvertrag zwischen England und Spanien kehrte Rubens nach Antwerpen zurück. Vier Jahre nach dem Tod seiner Ehefrau Isabella heiratete der mittlerweile 53-Jährige im Dezember 1630 die 16-jährige Helene Fourment.

In den letzten zehn Jahren seines Lebens hielt sich Rubens mit seiner Familie oft auf seinem Landgut in der Nähe von Mecheln auf. Er erhielt weiter bedeutende Aufträge, so unter anderem 1636 von dem spanischen König Philipp IV., der 100 mythologische Szenen als Dekoration für sein Jagdschloss orderte. Am 30. Mai 1640 starb der gichtkranke Peter Paul Rubens in Antwerpen.

Siegfried Schmidtke

Öffnungszeiten und Eintrittspreise

Adresse: Von der Heydt-Museum Wuppertal, Turmhof 8, 42103 Wuppertal, Telefon (0202) 5636231. Besucherzeiten: Dienstag und Mittwoch 11 bis 18 Uhr, Donnerstag und Freitag 11 bis 20 Uhr, Sonnabend und Sonntag 10 bis 18 Uhr. Eintritt: 12 Euro (ermäßigt 10 Euro), Familienkarte 24 Euro. Katalog 25 Euro. DVD mit einem auf 3sat gezeigten Film zur Ausstellung: 15 Euro.

Wer hat das »AD« gemalt?

Sammler von Dürers Handzeichnungen könnten in diesen Tagen leicht nervös werden. Denn seitdem man am Germanischen Nationalmuseum Nürnberg das Frühwerk des Künstlers mit chemischen Analysen unter die Lupe nimmt, könnte die Frage auftauchen: „Ist der Dürer echt?“

Seit dem Jahr 2009 erforschen Kunsthistoriker zusammen mit Naturwissenschaftlern und Technikern 50 frühe Handzeichnungen mit dem Kürzel „AD“ auf ihre verwendeten Tinten und Wasserzeichen. Dabei kommt modernste Technik wie die Mikro-Röntgenfluoreszenzanalyse zum Einsatz.

Erste Ergebnisse hat jetzt Oliver Hahn von der Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung bekannt gegeben: „Bei vielen der untersuchten Zeichnungen ist das Monogramm Albrecht Dürers, das berühmte ‚AD‘, mit einer anderen Tinte gezeichnet worden als die eigentliche Darstellung. Das bestätigt unsere Annahme, dass das Monogramm oft erst nachträglich hinzugefügt wurde.“

Erstaunt war man, dass einige Zeichnungen mit Eisengallustinte, das Monogramm aber mit Rußtusche gemalt wurde. Sammler können trotzdem aufatmen. Denn eine exakte zeitliche Datierung ist mit der Tintenanalyse nicht möglich. Dürer könnte also das Monogramm mit anderer Tinte selbst aufgetragen haben. *tws*

Spielzeugstube mit Stil

Hamburger Puppenmuseum residiert in einem architektonischen Juwel von 1923

Beim Betrachten einer historischen Puppenküche zeigt ein Schulkind auf den Teppichklopfer und fragt seine Lehrerin: „Was ist das für ein Holzstab, der oben so komisch geschwungen ist.“ Die Lehrerin kennt natürlich die Antwort und erklärt geduldig, wozu man den früher einmal gebraucht hat. Doch neugierige Kinderfragen werden im Puppenmuseum am Falkenstein in Hamburg selten gestellt. Denn Kinder, die beim Anblick der rund 60 historischen Puppenhäuser, -küchen, -stuben sowie der gut 500 Puppen aus zwei Jahrhunderten das Alltagsleben ihrer Vorfahren entdecken, sind inzwischen eher die Ausnahme.

Elke Dröscher, die seit 1985 ihre Puppensammlung an diesem Ort präsentiert, bedauert, dass kaum noch Schulklassen in ihr privates Museum kommen. Stattdessen hat sie meistens Seniorengruppen zu Besuch, die dann in Erinnerungen schwelgen. Die Möglichkeiten des spielerischen Lernens, die das Museum auch bietet, liegen hingegen fast brach.

Dabei erzählen alleine die verschiedenen Puppen viel über den Geist ihrer Zeit und die technischen Möglichkeiten der Puppenherstellung. Die Porzellanköpfe aus dem Biedermeier, die goldgelockten Kindfraupuppen der Jahrhundertwende, natürliche, kindergerechtere Käthe-Kruse-Puppen und natürlich Barbies der ersten Stunden: Sie alle sind ein Spiegel ihrer Zeit und geben Kindern der Gegenwart die Chance, ein Stück weit zu erfahren, wie ihre Großeltern und Ur-Großeltern als Kind gespielt haben. Die historischen Gebrauchsgegenstände, Möbel und Dekors der Puppenstuben und -häuser geben hier einen sehr guten Einblick in das Alltagsleben damals.



Ordnung muss sein im Puppenheim Bild: Bel

Allerdings weiß Museumsbesitzerin Elke Dröscher, die von 1968 an als Galeristin arbeitete, dass Geschichtsvergessenheit keine Erfindung der Gegenwart ist. Das Gebäude, in dem sich die Ausstellung befindet, ist der beste Beleg dafür. In den 1920er Jahren entwarf Karl Rudolf Schneider, der als Mitarbeiter des Bauhaus-Begründers Walter Gropius zu den Wegbereitern des neuen Bauens zählte, das Gebäude für Elise Michaelsen, die in dem modernen Landhaus mit riesigem Park und Blick auf die Elbe als Künstlerin arbeitete und es 1927 an einen Maler vermietete. 1955, kurz vor ihrem Tod, wurde das Anwesen an den Verleger Axel C. Springer verkauft, der jedoch eher den Elbblick und den Park schätzte, als das in der Architektenszene als Meisterwerk gepriesene nüchterne weiße Bauwerk. 1970 beantragte Springer eine Abbruchgenehmigung, die ihm ohne Veto des Denkmalschutzamtes gewährt wurde. Doch er entsann sich erst wieder seiner Abrisspläne, als die Genehmigung ausgelaufen war, und eine neue gab es nicht. Daraufhin ließ Springer Veränderungen vornehmen, die jedoch nicht über das Herausreißen von Fenstern und Türen hinausgingen. Diese Ruine überschrieb er in einer für ihn steuerrechtlich erträglichen Schenkung der Stadt, die nicht wusste, was sie mit dem baufälligen Gebäude anfangen sollte.

Als Elke Dröscher in den 80er Jahren im Gespräch mit Hamburgs damaligen Ersten Bürgermeister Klaus von Dohnanyi erwähnte, dass sie mit ihrer bereits beachtlichen Puppensammlung, die sie sporadisch in Ausstellungen präsentierte, die Stadt verlassen wollte, fiel das Gespräch auf die Ruine an der Elbe. Für diese erhielt Dröscher ein Nutzungsrecht für 75 Jahre, musste aber auch einen beachtlichen Betrag investieren, um das Architekturjuwel zu sanieren. Was danach mit dem Haus und der Puppensammlung geschieht – man weiß es nicht, aber da sich mit den Zeiten auch immer wieder die Menschen und ihre Werte ändern, wissen dann vielleicht die Kinder von morgen dieses Erbe besser zu schätzen.

Rebecca Bellano

Puppenmuseum Falkenstein Sammlung Elke Dröscher, Grotiusweg 79, 22587 Hamburg, Telefon (040) 810582. Internet: www.elke-droescher.de.

Mensch Heinrich – Neues zu Kleist

Als 2011 ein Wettbewerb ausgeschrieben wurde, sich einmal mit Kleist auseinanderzusetzen, haben über 100 Autoren aus aller Welt die Stifte gespitzt. Die besten Ideen zum tragischen Dichter, der seiner Zeit in Vielem voraus war, finden sich in der Anthologie „Kleist & ich. Annäherung und Begegnung“ versammelt (Edition Märkische Lebensart, 240 Seiten, 14,95 Euro). Passend zum 201. Todestag des Dichters am 21. November ist es in diesem Jahr erschienen.

Das Buch macht neugierig und regt an, mehr über den Autor des „Zerbrochenen Krugs“ zu erfahren. Wer war das, zu dem sich so viele Menschen – sogar freiwillig – Gedanken machten in ihren Geschichten? Sprachexperimente finden sich ebenso darin wie sehr nahegehende Texte, die einen fast traurig machen. Humorig nahmen es wieder andere, eröffnen neue Blickwinkel auf einen modernen Geist, der auch in unsere Zeit gepasst hätte.

Ein kostbar ausgestattetes Buch mit sehr viel Bildmaterial, das jedem Kleist-Liebhaber wärmstens zu empfehlen ist. Ach ja, und ein tolles Geschenk für Schüler, die sich mit Kleist in der Schule „abquälen“. Hier finden sie einen nie gekannten Zugang. Das war ja ein mit Händen greifbarer Mensch, der Heinrich. Und was für einer! *Silvia Friedrich*

Wie die Nofretete nach Berlin kam

Vor 100 Jahren wurde das wohl berühmteste altägyptische Kunstwerk von einem Grabungsteam um Ludwig Borchardt entdeckt

Am Nikolaustag des Jahres 1912 förderte eine Grabungsmannschaft der Deutschen Orient-Gesellschaft unter der Leitung von Ludwig Borchardt das wohl berühmteste altägyptische Kunstwerk überhaupt zutage: die Büste der Nofretete. Allerdings boten die Fundumstände und der weitere Umgang mit dem Artefakt Anlass zu einigen Spekulationen beziehungsweise Vorwürfen.

Am 6. Dezember 1912 herrschte wie schon seit Wochen ein lebhaftes Treiben im mittelägyptischen Tell el-Amarna. Hier, am Ort der ehemaligen Hauptstadt des Pharaos Amenophis IV. Echnaton, grub eine Mannschaft der Deutschen Orient-Gesellschaft (DOG) unter der Leitung des Direktors des Kaiserlich Deutschen Instituts für Ägyptische Altertumskunde, Ludwig Borchardt, nach Überbleibseln aus der Zeit des berühmten „Ketzerkönigs“, dessen Ziel die Etablierung einer monotheistischen Sonnenreligion gewesen war. Dabei konzentrierte sich die Aufmerksamkeit an diesem Nikolaustag auf die Reste des Objektes P 47.2, die ehemalige Werkstatt des Oberbildhauers Thutmosis, in deren Raum 19 man schon einige kleinere Kunstwerke zutage gefördert hatte.

Hat Borchardt bei ihrer Ausreise aus Ägypten getrickst?

Gegen 13 Uhr beschloss Borchardt dann, eine kurze Mittagsruhe einzulegen. Diese fand allerdings bald ihr abruptes Ende, als ein Bote ins Zelt stürmte und folgende Nachricht des stellvertretenden Grabungsleiters Hermann Ranke übermittelte: „Dringend! Lebensgroße, bunte Büste im Haus P 47.“ Damit war der Heidelberger Ägyptologe Ranke eigentlich der wahre Entdecker des Artefakts, aber da Borchardt bei der weiteren Freilegung des immerhin 20 Kilogramm schweren Kopfes persönlich mit Hand anlegte, konnte er den Ruhm letztlich doch für sich beanspruchen. Außerdem stand für ihn trotz des Fehlens jedweder Beschriftung sofort fest, dass man ein Bildnis der Nofretete, also der Hauptfrau von Echnaton, geborgen hatte. Damit datierte Borchardt den Fund auf die Zeit der 18. Dynastie beziehungsweise um 1340 vor Christus. In seinem Tagebuch notierte er darüber hinaus: „Farben wie eben aufgelegt. Arbeit ganz hervorragend. Beschreiben nützt nichts, ansehen!“

Doch mit dem Betrachten war das so eine Sache, denn zunächst galt es erst einmal, das Stück zu behalten und nach Deutschland zu bringen. Immerhin hatte der ägyptische Staat ja die Möglichkeit, die Hälfte des Ausgrabungsgutes aus Tell el-Amarna – und somit im Prinzip auch die Nofretete – für sich zu beanspruchen. Doch der mit der Teilungsverhandlung beauftragte Mitarbeiter des damals französisch kontrollierten Service d'Antiquités Égyptiennes, Gustave Lefebvre, entschied sich am 20. Januar 1913 für einen Klappaltar mit den Bildnissen von Echnaton und Nofretete. Böse Zungen behaupten, dass Borchardt hier kräftig nachgeholfen habe, indem er die Büste durch eine Schlammauflage unattraktiv machte, allerdings finden sich an der empfindlichen Gipsoberfläche keinerlei Spuren einer solch brachialen „Tarnung“.

Ist sie wirklich echt oder stellt sie Borchardts Frau dar?

In Berlin angekommen, wanderte das einmalige Kunstwerk dann sofort und ohne jedes Aufsehen in die Privatsammlung des jüdischen Textilindustriellen und Mäzens Henry James Simon. Dieser hatte alle bisherigen Grabungskampagnen Borchardts in Tell el-Amarna mit jeweils 30000 Mark pro Jahr finanziert und zudem auch schon 1906 einen Vertrag mit der ägyptischen Regierung abgeschlossen, gemäß dem eventuelle Funde nach der üblichen Teilung in sein Privateigentum übergingen. Nichtsdestotrotz war ihm die faszinierende Büste noch einen zusätzlichen Bonus von 36000 Goldmark wert – die mit Abstand höchste Summe, die bis dahin für einen einzelnen Gegenstand aus dem alten Ägypten gezahlt wurde. (Heute liegt der Versicherungswert des Abbildes von Echnatons Gattin bei 400 Millionen Euro.)

Während alle anderen Funde aus dem Jahre 1912 schon bald in Berlin öffentlich gezeigt wurden, verblieb die Nofretete in Simons Haus in der Tiergartenstraße 15a, wo sie nur ausgewählten Gästen, wie zum Beispiel dem orientbegeisterten Kaiser Wilhelm II. sowie Vertretern der Königlich-Preußischen Akademie der Wissenschaften und der DOG zugänglich war. Das freilich ging nicht auf Simon zurück, sondern auf Borchardt, der immer wieder um Geheimhaltung bat und selbst 1918 noch Einspruch erhob, als eine Sachverständigenkommission darauf drängte, den Fund der Büste endlich publik zu machen.


Bild: Michael Gottschalk/dapd

Mittlerweile im Ägyptischen Museum auf der Museumsinsel: Die Nofretete

Dieses Verhalten des Ausgräbers führte natürlich zu Gerüchten, dass es sich bei der Nofretete um eine vorsätzlich in Thutmosis' Atelier platzierte „Sonderanfertigung“ handele, welche die Gesichtszüge von Borchardts Frau Emilie aufweise. Und in der Tat besaß Borchardt, der von seiner Ausbildung her Architekt und kein Ägyptologe war, gute Verbindungen zur Fälscherszene in Kairo, die ihn nachweislich in mindestens einem Fall beliefert hatte. Wie wir heute wissen, handelt es sich bei der Stele der Pharaonin Hatschepsut, die der Ausgräber 1912 an das Ägyptische Museum in Berlin verkaufte, definitiv um eine Fälschung. Nicht vergessen werden sollte auch, dass der führende deutsche Altertumswissenschaftler Eduard Meyer bereits 1908 die Abberufung Borchardts gefordert hatte, weil er dessen „unseriöse Methoden“ während einer Grabung im Bereich der Pyramiden von Abusir missbilligte.

Ebenso ist zu guter Letzt noch höchst merkwürdig, dass die dekorative Büste der Nofretete haargenau in dem Moment aus dem Schutt auftauchte, als Herzog Johann Georg von Sachsen Tell el-Amarna besuchte. Immerhin stand dieser leidenschaftliche Kunstsammler in enger Verbindung mit Borchardts Hauptsponsor Simon und spendete auch selbst größere Summen an die Deutsche Orient-Gesellschaft. Sollte Johann Georg durch den Ausgrabungserfolg vom Nikolaustag manipuliert werden? Nun, auf jeden Fall erhöhte der Bruder des sächsischen Königs kurz darauf seine Unterstützungszahlungen an die DOG ...

Wurde sie per Zufall zum passendsten Zeitpunkt entdeckt?

Interessanterweise verstummten die Kritiker Borchardts genau in dem Moment, in dem die Nofretete im Rahmen der Tell-el-Amarna-Ausstellung auf der Berliner Museumsinsel dann 1924 doch erstmals öffentlich präsentiert wurde; dem vorausgegangen war eine Schenkung von Seiten Simons an den Freistaat Preußen, die zum 11. Juni 1920 Wirksamkeit erlangt hatte. Jetzt nämlich konzentrierte sich die Diskussion auf die Rückgabeforderungen Ägyptens, die von Borchardt vehement zurückgewiesen wurden, was schließlich dazu führte, dass die ägyptischen Behörden dem Entdecker der Nofretete keine weiteren Grabungslizenzen mehr erteilten. *Wolfgang Kaufmann*

Der Mann, der Rommel entzauberte

Englands bekanntester Soldat des Zweiten Weltkrieges, Bernard Law Montgomery, wurde vor 125 Jahren geboren

Es gab kaum etwas, was die Briten im Jahre 1942 so fürchteten, wie den deutschen Generalfeldmarschall Erwin Rommel. Das änderte sich erst, als ein drahtiger und energischer Offizier das Kommando über die britischen Streitkräfte in Nordafrika übernahm und den Mythos vom unbesiegbaren deutschen Wüstenfuchs zerstörte – Bernard L. Montgomery, der vor 125 Jahren, am 17. November 1887, geboren wurde.


Führte wie Rommel von vorne: Montgomery Bild: Archiv

Bernard Law Montgomery, 1. Viscount Montgomery of Alamein, Spitzname „Monty“ und später auch der „spartanische General“, begann seine militärische Karriere an der Militärakademie Sandhurst. Hier fiel er als unbeherrscht und gewalttätig auf und wurde 1908 nach Indien versetzt, wo er den Glanz kolonialer Machtentfaltung kennen und schätzen lernte. Mit Ausbruch des Ersten Weltkrieges jedoch musste er das dortige Wohlleben gegen den harten Alltag des Frontoffiziers tauschen. In Nordfrankreich schwer verwundet und wegen Tapferkeit ausgezeichnet, erlebte er das Kriegsende als Generalstabsoffizier. Zwischen den Kriegen machte Montgomery auf Posten in der Heimat und im Nahen Osten unauffällig Karriere.

Die ersten Monate des Zweiten Weltkrieges erlebte er zunächst als Divisionskommandeur und dann als Kommandierender General eines Armeekorps. Nach dem von ihm als schmachvoll empfundenen Rückzug der britischen Expeditionsstreitkräfte vom europäischen Festland übte er harsche Kritik an der militärischen Führung. Die Quittung dafür folgte auf dem Fuße. Montgomery wurde in die Heimatverteidigung abgeschoben. Seine große Stunde kam erst, als im August 1942 ein neuer Oberbefehlshaber im Nahen Osten gesucht wurde und man sich in London des energischen Montgomery erinnerte. Als er von seiner Ernennung erfuhr, meinte Montgomery, nach dem einfachen Krieg würden die Dinge nun schwieriger werden. Schnell fügte er hinzu, er meine nicht sich, sondern Rommel. Dieser hatte die britische Nordafrika-Armee in die Defensive gezwungen und bereitete sich gerade auf die Einnahme Kairos vor, als „Monty“ den afrikanischen Kriegsschauplatz betrat. Montgomery erkannte sofort, dass die drohende Niederlage in erster Linie die Folge mangelhafter Führung war. Während seine Vorgänger die 8. Armee vom fernen Kairo aus mit Funk und Kurier geführt hatten, zog er statt in einen Kolonialpalast in einen Wohnwagen und richtete sein Hauptquartier dicht hinter der Front ein. So konnte er schnell auf Lageänderungen reagieren, ein Faktor, der auch einer der Schlüssel zu Rommels Erfolg war. Montgomery gliederte seine Kräfte um und ersetzte Kommandeure, die er für unfähig oder nicht energisch genug hielt. Mit ihm erwachte ein neuer Offensivgeist in der Truppe. Für Rommel wurden die Dinge in der Tat schwierig, denn im Gegensatz zu ihm konnte Montgomery über nahezu unbegrenzten Ersatz an Kräften und Material verfügen. Mochte Rommel auch noch so geschickt, gewagt und wendig führen, Montgomery drängte ihn unaufhaltsam nach Westen zurück, bis Afrika für die Achsenmächte im Frühjahr 1943 verloren war.

Nun wartete die nächste Aufgabe auf Montgomery, der Sprung nach Europa. Bei der Eroberung Siziliens lieferte er sich mit dem von ihm verachteten US-amerikanischen General George S. Patton einen Wettlauf, der unnötig hohe Verluste kostete. Nach der Landung auf dem italienischen Festland wurde Montgomery nach England zurückgerufen, zum Feldmarschall befördert und mit der Planung der Invasion in der Normandie betraut. Am 6. Juni 1944, dem D-Day, kommandierte er die alliierten Bodentruppen und übernahm im weiteren Verlauf des Feldzuges den Oberbefehl über die britisch-kanadische 21. Armee. Nach den Erfahrungen auf Sizilien vorsichtig geworden, vermied er verlustreiche Operationen und hielt seine Truppen so lange zurück, bis er mit weit überlegenen Kräften angreifen und einen sicheren Sieg erzielen konnte. Nicht nur in diesem Punkt geriet er immer wieder mit dem alliierten Oberkommandierenden, dem US-General Dwight D. Eisenhower, aneinander, den er für einen „zweitklassigen Soldaten“ und strategisch unbegabt hielt. Beim Vormarsch ins Reich bedrängte er Eisenhower, gleich weiter nach Osten bis Berlin vorstoßen zu dürfen, um die Reichshauptstadt nicht den Russen zu überlassen. Eisenhower versagte jedoch seine Genehmigung und Montgomery schwenkte missmutig mit seiner Armee nach Norden. Am 2. Mai 1945 erreichten seine Truppen die Ostsee. Damit war sein letzter Auftrag in diesem Krieg erfüllt. An dessen Ende stand ein Triumph, den Montgomery in vollen Zügen auszukosten gedachte. Mit einer die deutschen Parlamentäre bewusst demütigenden Überheblichkeit nahm er am 4. Mai die Kapitulation der Wehrmacht im Nordraum entgegen.

Am Ende war der Feldmarschall nur noch eine belächelte Karikatur seiner selbst

Als militärischer Oberbefehlshaber in der britischen Besatzungszone stellte Montgomery immer wieder klar, dass Deutschland kein befreites, sondern ein besetztes Land und jede Fraternisation mit den Besiegten unerwünscht sei. Anfang 1946 wurde er in den Adelsstand erhoben und als Generalstabschef der höchsten militärischen Position des Empire betraut. Zwei Jahre später wurde er zum Oberbefehlshaber der Landstreitkräfte der Nato und 1951 zum stellvertretenden Oberbefehlshaber des Bündnisses ernannt. Als gefeierter Kriegsheld konnte er es sich erlauben, eine bewusst zur Schau gestellte Originalität zu pflegen. Obwohl er das Pensionsalter längst erreicht hatte, wehrte er sich mit allen Mitteln gegen eine Zurruhesetzung. Montgomery merkte nicht, wie er als Repräsentant der längst untergegangenen imperialen Epoche mit der Zeit zu einer belächelten Karikatur seiner selbst wurde. Erst, als sein Wunsch, ältester aktiver britischer Soldat zu sein, in Erfüllung gegangen war, schied er 1958 im Alter von 71 Jahren aus dem Dienst. Im Ruhestand schrieb er mehrere Bücher über den Zweiten Weltkrieg, die er nutzte, um mit seinem alten Widersacher Eisenhower abzurechnen. Montgomery starb am 26. März 1976, von seinen Landsleuten als lebende Legende verehrt. *Jan Heitmann*

Wie Friedrich II. wirklich aussah

Der Preußenkönig hat nur für ein Bild Modell gesessen, aber es existieren diverse plastische Schilderungen

Zahlreiche Porträts zeigen den Alten Fritz, aber nur für eines hat er Modell gegessen, alle anderen sind Mutmaßungen über das Aussehen des großen Königs. Das einzig authentische Gemälde stammt von Johann Georg Ziesenis. Der Künstler malte Friedrich vom 17. bis zum 20. Juni 1763 auf Schloss Salzdahlum im Auftrag von dessen Schwester Herzogin Philippine Charlotte von Braunschweig-Wolfenbüttel.

Auf dem Ölgemälde, von dem außer der Auftraggeberin der englische König und die Nichten des Dargestellten je eine Ausfertigung erhielten, blickt Friedrich ernst, aber nicht streng, das Gesicht scheint in die Länge gezogen, lang die Nase, lang das Kinn, der Mund als schmaler Strich. Die Magie der großen blauen Augen, deren scharfer Blick Zeitgenossen fasziniert und verwirrt hat, erahnt man nicht. Friedrich war, als das Bild entstand, 50 Jahre alt und auf dem Höhepunkt seiner Macht.

Anspruchslosigkeit bei Äußerlichkeiten prägte sein Image

Der junge Fritz wird als kaum mittelgroß, zierlich und graziös beschrieben. Seine Eitelkeit und Putzsucht ärgerten den Vater. So oft der Kronprinz konnte – er war ab seinem 13. Lebensjahr Hauptmann des Königlichen Leibregiments in Potsdam – zog er die verhasste Uniform aus und schlüpfte in einen Schlafrock aus Goldbrokat. Er löste den vorgeschriebenen Zopf auf und drapierte die Haare unter einem Haarbeutel, ein modischer Firlefanz, den Friedrich Wilhelm schon gar nicht leiden konnte. Wurde Fritz der überraschende Besuch seines Vaters gemeldet, zog er schnell wieder seine Uniform (das „Sterbehemd") an, um dem Zorn des Königs zu entgehen.

„Der Kronprinz trägt Spitzenhemden, kräuselt sein Haar mit der Brennschere, verkleidet sich gern bei Maskeraden; er tanzt mit Adel und Grazie", berichtet Jacob Friedrich Bielfeld (1717–1770), ein Hamburger Freimaurer, den Fritz auf Schloss Rheinsberg eingeladen hatte.

Wie sehr änderte sich sein Erscheinungsbild in den späteren Lebensjahren. Der König, gezeichnet von der Gicht, hielt den Körper weit nach vorn und den Kopf nach rechts geneigt, vermutlich eine Folge des Musizierens auf der Flöte. Sein Gesicht war von Sonne und Kälte braunrot gefärbt. Die Vorderzähne fehlten. Er trug geflickte Hemden und abgeschabte Hosen, auf dem Kopf einen speckigen Dreispitz. Luxuriös waren nur seine goldenen, mit Brillanten besetzten Schnupftabakdosen. Der Tabak hinterließ unappetitliche Spuren auf seiner Kleidung. Friedrich war sich seiner so wenig königlichen Erscheinung wohl bewusst. „Sehe ich nicht ein bisschen wie ein Schwein aus?", fragte er seinen Vorleser und Privatsekretär Henri de Catt. "Ich muss gestehen", antwortete de Catt, „dass Ihr Gesicht ebenso wie Ihre Uniform recht voll Tabak sind." "Das eben, mein Herr", sagte darauf der König, „nenne ich eben ein bisschen Schwein". Der Sarkasmus des Königs machte vor seiner eigenen Person nicht halt. Zum Marquis d'Argens bemerkte er: „Man spricht so viel darüber, dass wir Könige das Ebenbild Gottes auf Erden sind. Darauf habe ich mich im Spiegel besehen und muss sagen: Desto schlimmer für Gott!"

Je älter er wurde, desto mehr nahm seine Nachlässigkeit bizarre Züge an. Aber gerade diese völlige Anspruchslosigkeit trug zu seiner großen Popularität im Volk bei. Ein Besucher, der von einem Lakai in das königliche Schlafgemach von Sanssouci geführt wurde, fiel auf, dass sich kein Schrank und keine Truhe darin befanden. „Wo bewahrt der König denn seine Kleider auf", fragte er. Der Lakai antwortete: „An seinem Leibe."

Tatsächlich hatte der mächtigste Mann Europas kaum etwas anzuziehen. Für täglich genügte ihm die einfache Uniform seines Garderegiments, bei offiziellen Anlässen erschien er in der immer selben Galauniform. War der Stoff schon zu abgetragen, ließ er ihn wenden. Auf den vorsichtigen Einspruch seines Schneiders sagte er: „Ihr wisst nicht, was für ein gutes Tuch das ist, ich bekomme so leicht nichts dergleichen wieder." Er besaß weder einen Schlafrock noch Pantoffeln, und statt einer Nachtmütze schützte ihn ein dünnes Kopfkissen vor der winterlichen Kälte, dessen Zipfel er unter dem Kinn zusammenband.



Friedrich II.: Gemälde von Johann Georg Ziesenis aus dem Jahre 1763

Für die Verwahrlosung seiner Kleidung gab er eine Begründung, die fast kindlich klingt und die seine Vereinsamung widerspiegelt. „Solange meine gute Mutter (die von ihm verehrte Frau von Camas) lebte, war ich reinlicher, oder, um mich genauer auszudrücken, weniger unreinlich. Diese zärtlich besorgte Mutter ließ mir alljährlich ein Dutzend neuer Hemden mit hübschen Manschetten machen, die sie mir überall nachschickte, wo ich war. Seit dem unersetzlichen Verlust, den ich durch ihren Tod erlitten habe, kümmert sich niemand mehr um mich – aber rühren wir nicht an diese Saite."

Neue Stiefel befahl der König nur, wenn die Sohlen der alten durchgelaufen waren. Damit die neuen nicht drückten, ließ er sie von einem Lakaien einlaufen. Als er einmal sechs weiße Manschetten geschenkt bekam, schnitt er jede in der Mitte durch und sagte zu seinem Vorleser: „Jetzt hätte ich also zwölf Paar Manschetten! Sehen Sie, welch kluger Haushalter ich bin ... Was brauche ich so lange Manschetten? Ich kann ebenso wenig lange wie schöne Manschetten brauchen, denn wie Sie vielleicht schon bemerkt haben werden, habe ich die üble Angewohnheit, mit der Feder über die Manschetten zu streichen."

Der König spottete über die Herrenmode des Rokoko. Die großen Schuhschnallen, die kleinen, runden Hüte und die Muffs empfand er als weibisch. Bei einem Ausritt sah er einen elegant gekleideten jungen Stutzer, der solch einen Hut vor ihm zog. Friedrich fragte scheinheilig, was das für ein Ding sei, das der Mann in der Hand hielte. Der antwortete: „Oh, Majestät, es ist nur ein Hut." „Pfui, werfe Er das Ding weg", befahl Friedrich. Verschreckt ließ der Mann den Hut in den Staub der Straße fallen.

Auch aufwändige Frisuren waren ihm ein Gräuel. Er selbst trug eine Perücke mit Zopf, der die mangelnde Pflege nur zu deutlich anzusehen war.

Als Friedrich starb, besaß er kein heiles Hemd. Er wurde im Hochzeitshemd seines Leibhusaren aufgebahrt. *Gisela Groth*

Soldat und Diplomat

Karl Ernst Wilhelm Freiherr von Canitz und Dallwitz wird als tief religiös, idealistisch und konservativ, aber nicht reaktionär beschrieben. Von daher wundert es nicht, dass der „Romantiker auf dem Königsthron" ihn sehr schätzte. Und unter Friedrich Wilhelm IV. erlebte der am 17. November 1787 in Kassel geborene Preuße ab 1845 als Außenminister seines Landes auch den Höhepunkt seiner diplomatischen Karriere.

Der Freiherr diente Preußen jedoch nicht nur als Diplomat, sondern auch als Soldat, seinem eigentlichen Wunschberuf. Wie seine Großväter zog es auch ihn zum Militär. Allerdings war sein Vater weniger begeistert und so musste er erst Rechtswissenschaften studieren. Nach absolviertem Studium und des Vaters Tod trat der Jungakademiker in die preußische Armee ein.



Wie viele Konservative empfand der Freiherr starke Sympathien für die beiden anderen Ostmächte im Allgemeinen und Russland im Besonderen, eine Sympathie, die insbesondere hinsichtlich des Zarenreiches auf Gegenseitigkeit beruhte. So wurde der Freiherr des Öfteren als preußischer Verbindungsmann zur russischen Seite eingesetzt.

Der Freiherr trug auch zur preußisch-russischen Verständigung in der Konvention von Tauroggen bei. Er schilderte Ludwig Yorck von Wartenburg im Dezember 1812 die Auflösung der französischen Armee und bestärkte seinen Vorgesetzten damit in dessen Entschluss, das Unerhörte, den Seitenwechsel ohne Befehl von oben, zu wagen.

Da der Freiherr wie Friedrich Wilhelm III. nicht Reformen, aber Revolutionen abgeneigt war, war es konsequent, dass er nach Ausbruch der anfänglich erfolgreich scheinenden 48er Revolution sein Ministeramt zur Verfügung stellte. Nach diversen weiteren militärischen und diplomatischen Verwendungen starb er am 25. April 1850 in Frankfurt an der Oder. *M.R.*

Gibt es eine spezifisch preußische Musik?

Die Preußische Historische Kommission geht der Frage nach, inwieweit der Hohenzollernstaat eine eigene Kunst hervorbrachte

Gibt es eine „preußische Musik"? Oder sollte man sich darauf beschränken, lediglich von „Musik in Preußen" zu sprechen? Mit diesen Fragen eröffnete Frank-Lothar Kroll, Vorsitzender der Preußischen Historischen Kommission, die dreitägige Jahrestagung, die diesen Monat im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz in Berlin stattfand. Es handelte sich um die zweite von insgesamt drei Tagungen der Kommission, die dem Problem der Existenz einer genuin preußischen Kunst gewidmet sind. Ambivalent war das Urteil bei der vorhergehenden Tagung über die bildende Kunst ausgefallen, klar abgrenzbar „Preußisches" vermochten viele der Referenten hier nicht zu erkennen.

Dieses Jahr nun war die Musik Gegenstand. In einem Einführungsvortrag, der das gesamte 18. und 19. Jahrhundert umspannte, variierte der Berliner Professor Hartmut Grimm die Leitfrage, indem er von „Musikkultur in Preußen" sprach. In den folgenden Beiträgen beschäftigten sich weitere 15 Musikwissenschaftler jeweils mit einem Spezialaspekt und stellten sich der Diskussion mit den anwesenden Preußen-Experten. Etwas bedauerlich ist, dass der zeitliche Rahmen der Existenz des Königreichs Preußen nicht verlassen wurde. Nur sporadisch fanden sich Hinweise auf frühere Epochen, etwa darauf, dass der brandenburgische Kurfürst Joachim II. die Kirchenmusik im 16. Jahrhundert reformierte oder dass der Große Kurfürst ein „begnadeter Gambenspieler" war.

Friedrich der Große hatte – allen Legenden zum Trotz – kein sonderliches Interesse an Schlachten huldigender Marschmusik

Panja Mücke fragte in ihrem Vortrag, ob sich das mit der (Selbst-)Erhebung Friedrichs III. zum ersten preußischen König Friedrich I. gesteigerte Repräsentationsbedürfnis auch im Bereich der Musik widerspiegelte. Zunächst sei bei diesem Monarchen eine Aufwertung der Hofmusik zu konstatieren. Weiterhin spiele die Königin Sophie Charlotte, selbst eine gute Cembalistin, eine große Rolle. Als einmalig im frühneuzeitlichen Europa konstatierte Mücke, dass sich zwei kulturelle und damit auch zwei musikalische Zentren ausbildeten: im Berliner Schloss um den König sowie in Lietzenburg, dem späteren Charlottenburg, um die Königin. Friedrich I. verpflichtete, entgegen der an anderen Höfen üblichen Praxis, keine italienischen Musiker, das deutsche Singspiel gewann an Bedeutung. Umstritten war die These der Referentin, dass dahinter eine programmatische Absicht zu erkennen sei.

Jürgen Kloosterhuis, Direktor des Geheimen Staatsarchivs, brach mehrfach in der Diskussion eine Lanze für Friedrich Wilhelm I., den „Soldatenkönig". Zwar sei er im Gegensatz zu seinem Vorgänger alles andere als ein Förderer der Künste und Freund von prunkvoller Repräsentation gewesen. Dennoch sei auch er im Bereich „Musik" durchaus einer Betrachtung wert, wenn auch auf gänzlich andere Weise. Durch seine tief verwurzelte Religiosität und durch die von ihm veranlassten Kirchenbauten, die auch mit einer Orgel ausgestattet waren, komme ihm durchaus eine Rolle bei der Verbreitung von kirchenmusikalischer Praxis zu.

An Friedrich dem Großen ist beim Thema Musik natürlich kein Vorbeikommen. Nicht zuletzt Adolph Menzels Gemälde „Das Flötenkonzert von Sanssouci" hat dies im allgemeinen Bewusstsein verankert. Dass Friedrich selbst ein begnadeter Virtuose war, unterstrichen gleich mehrere Vortragende. Sein Rang als Komponist ist nicht bestreitbar, allein 121 Flötensonaten sollen von ihm stammen. Auch als Librettist hat sich der König betätigt. Zu relativieren ist aber der Anteil, den er letztlich an verschiedenen Werken hatte, mitunter dürfte er lediglich Ideengeber gewesen sei. Andererseits widerlegte Sabine Henze-Döhring die gängige These von der „trostlosen Gestrigkeit der friderizianischen Hofmusik" nach dem Siebenjährigen Krieg.

Bei der Musik fanden die Wissenschaftler diesmal mehr Anhaltspunkte als vor einem Jahr bei der bildenden Kunst

Christoph Huntgeburth, selbst als Flötist tätig, wies darauf hin, dass eine adäquate Aufführung der im 18. Jahrhundert komponierten Stücke allein mit historischen Instrumenten möglich sei.

Aber nicht nur die Hofmusik kam zur Sprache. Christoph Henzel konnte zeigen, dass im Berlin des 18. Jahrhunderts das bürgerliche Emanzipationsstreben eben nicht – wie vielfach angenommen – im Konzertleben seinen Niederschlag fand. Vielmehr waren hier Patriotismus und Königstreue sichtbar. Der Militärmusik widmete sich Achim Hofer. Enthielt die ab 1817 zusammengestellte „Königlich-Preußische Armeemarschsammlung" zunächst noch eine Reihe von Opernmärschen, so ist später eine Zunahme von Märschen zu erkennen, die preußischen Schlachten huldigen. Friedrich der Große hatte übrigens – allen Legenden zum Trotz – kein sonderliches Interesse an dieser Art Musik. Der ihm oft zugeschriebene „Hohenfriedberger Marsch" stammt nicht aus seiner Feder.

Mehrfach stand der Komponist und Musikschriftsteller Johann Friedrich Reichardt im Mittelpunkt der Betrachtung. Reichardts Urteil über die Musik des 18. Jahrhunderts wirkt bis heute nach. Untersucht wurde zudem die Frage, warum die Oper „Agnes von Hohenstaufen" von Gaspare Spontini die angestrebte Rezeption nahezu völlig verfehlte, während Carl Maria von Webers „Der Freischütz" bis heute als deutsche Nationaloper gilt. Hier bewegte sich die Diskussion aber schon eher auf „gesamtdeutschem" Feld. Eindeutig positiv im Sinne der Leitfrage der Tagung konnte Andreas Sieling den Organisten und Komponisten August Wilhelm Bach als „preußischen Kirchenmusiker par excellence" präsentieren.

Giacomo Meyerbeers 1844 uraufgeführte Oper „Ein Feldlager in Schlesien" dürfte König Friedrich Wilhelm IV. zugesagt haben. Kaiser Wilhelm II. hingegen konnte sich mehr als ein halbes Jahrhundert später nicht so recht für die Kompositionen seines Hofkapellmeisters Richard Strauss begeistern. Gefördert hat er ihn dennoch.

Eindeutig entschieden wurde die Frage nach der Existenz einer preußischen Musik letztendlich nicht. Vergleicht man das Ergebnis mit dem der Tagung zur bildenden Kunst, so bleibt der Eindruck, dass es zumindest im weiteren Bereich der „Musikkultur" wesentlich mehr Ansatzpunkte gibt, um das „Preußische" herauszustellen. Im nächsten Jahr wird die Literatur im Mittelpunkt stehen, auf das Ergebnis darf man gespannt sein. *Erik Lommatzsch*

Propaganda-TV à la ARD und ZDF

Zu: „Teurer journalistischer Einheitsbrei“ (Nr. 44)

Seit Anfang der 70er Jahre sieht sich meine Familie regelmäßig die Abend-Nachrichtensendung des ZDF an. Auch meine Kinder waren dazu angehalten, da wir Eltern meinten, diesen sollten Grundlagen zur eigenen Meinungsbildung gegeben werden. Grundlagen, welche die schulischen Angebote nicht oder nur unzureichend gaben. Bis vor Kurzem hielt ich mit meiner Gewohnheit durch. Wobei ich sagen muss, dass ich schon seit Jahren lauthals schimpfte, dass diese immer noch „Nachrichten“ genannte Sendung immer mehr zu einer Unterhaltungs-Sendung degradiert wurde. Jetzt rufe ich lieber im Internet reichlich angebotene Pressestimmen ab, um auf diesem Wege zu erfahren, welche innerpolitischen Probleme von Bedeutung sein könnten. Denn leider finde ich auch in führenden deutschen Druckmedien kaum noch wirklich kritische, frei meinungsäußernde Journalisten. Dank Ihres Beitrags in der *PAZ* finde ich bestätigt, was ich seit langem vermutete: Es gibt keine freie journalistische Berichterstattung im deutschen TV mehr! Wenn die Besetzungen der leitenden Redakteurs-Positionen per Aufsichtsräten, welche von Politprofis besetzt sind, entschieden werden, kann ja nur das verbreitet (sprich: „berichtet“) werden, was den Auftragsgebern nützt. Womit dann im Wählervolke die Stimmung erzeugt wird: „Es geht uns ja so gut in Deutschland“. Zwar haben wir heute kein Propaganda-Ministerium wie 1933 ff. mehr. Aber die Wirkungsweise der heute tätigen Politprofis per Aufsichtsratsfunktion in TV und Bundespressezentren erscheint fast noch wirkungsvoller als vor 75 Jahren. Gut, dass ich zurzeit noch die *PAZ* als Lackmus-Prüfung anwenden kann. Falls Sie mal unter Druck geraten sollten, sollten Ihre noch frei erscheinenden Berichterstatter ins Internet ausweichen – ich möchte sie jedenfalls nicht mehr missen!

Manfred Laufer, Meppen

Kultur- statt Küchen-Fernsehen!

Zu: „Bitte benebelt uns!“ (Nr. 44)

Dem Kommentar zum öffentlich-rechtlichen Fernsehen kann man nur beipflichten. Persönlich meine ich, das allgemeine Fernsehprogramm ist längst zu einer „KKB-Show“ mutiert: Kriminalität, Kochen, Bumsen! Den Sendeanstalten fällt wohl trotz hoch dotierter Mitarbeiter nichts anderes ein, als bereits bestehende Modelle zu kopieren, wobei das ZDF soweit geht, sich gleich zwei oberbayrische Sokos (Rosenheim und den nicht gelungenen Abklatsch davon mit Garmisch) zu leisten. Und damit nicht genug, mit Krimi, egal in welcher Form, geht es dann am Abend weiter. Kochen ist zwar eine nützliche Sache. Aber wenn ich mir den finanziellen Aufwand vor Augen führe, wenn man in einer Woche die großen Meisterköche durch die Gegend fliegen lässt, sich die Unterbringungskosten der Show-Teilnehmer vorstellt, dann weiß ich nicht, wie das alles in richtiger Relation stehen soll.

Zum Buchstaben „B“ bei der „KKB-Show“ möchte ich mich nicht explizit äußern, aber ich meine, selbst die Pilcherin kommt ohne Bettszenen nicht aus und man fragt sich, ob nicht angedeutete Dinge netter sein könnten als platt dargestellte Realität. Die Kosten, die Sie mit 7,3 Milliarden Euro benennen, sind exorbitant hoch. Vielleicht sollte man einmal in Erfahrung bringen können, was man im Dienste unserer Fernsehanstalten verdienen kann. Im Rahmen der aktuellen „Transparenz-Bestrebungen“ wäre das doch eine sinnvolle Aufgabe. Wenn ich an die wenigen, aber doch recht guten Übertragungen einiger Sommer-Konzerte im Rahmen regionaler Kulturveranstaltungen denke, dann frage ich mich, warum gibt es nicht einen festen Abend, an dem man im TV eine Oper, ein Musical oder ein schönes Konzert sehen kann? Bestimmt wären die Kosten für derartige Übertragungen weit niedriger als der Dreh einer erneuten Krimi-Schnulze mit falschen Vorbildern für die Jugend.

Walter Boecker, Schwelm

Weg vom Panik-TV

Zu: „Teurer journalistischer Einheitsbrei“ (Nr. 44)

Sie sprechen mir aus der Seele. Konkretes Beispiel: Herabstufung Deutschlands durch irgendeine US-amerikanische Ratingagentur. Statt uns Verknüpfungen und Geschäftsfelder der „seriösen Agentur“ vorzustellen beziehungsweise offenzulegen, machen ZDF und ARD einen Kniefall und beschwören die Katastrophe herauf. Das Füllhorn mit Angstszenarien und Katastrophenbildern wird über uns ausgeschüttet. Viel interessanter wäre es doch zu wissen, was ist eigentlich eine Rating-Agentur und wer hat die „Fäden“ in der Hand und verdient dabei? Fakt ist: Mit der duckmäuserischen Haltung der Öffentlich-Rechtlichen liefert man den Zockern zusätzlich ausreichend Futter für neue Milliardendeals. Panik- und Angstmache – die neue gewollte Tugend von ARD und ZDF.

Florian Simon Eiler, Holzkirchen



Die Parteien scheinen die ARD- und ZDF-Nachrichten in der Hand zu haben: Ist das der Grund für den medialen Einheitsbrei, den wir teilweise per Zwangsgebühren finanzieren? Bild: Axel Heimken/dapd

Zweckentfremdet

Zu: „Wie viel Gold ist noch da?“ (Nr. 43)

Die von einigen Bundestagsabgeordneten geforderte Überprüfung der deutschen Goldreserven in den USA durch die Bundesbank ist mehr als berechtigt. Wie die Vereinigten Staaten und Großbritannien mit fremden Goldbeständen umgehen, zeigt ein zurückliegender Vorgang aus dem Jahr 1976.

Die dort seit der Vorkriegszeit lagernden Goldbestände der Freien Stadt Danzig wurden nicht etwa an die zwischenzeitlich von Polen in alle Welt vertriebenen und entrechteten Staatsbürger des Freistaats übergeben, nein, im Gegenteil, man benutzte das Gold der Vertriebenen dazu, die kommunistische Diktatur in Polen weiter zu unterstützen.

Einwände oder Proteste der damaligen deutschen Bundesregierung sind mir nicht bekannt.

Jürgen Zauner, Viersen

Unkritisches TV 1

Zu: „Teurer journalistischer Einheitsbrei“ (Nr. 44)

In einem Online-Kommentar zum Artikel heißt es: „Es ist doch kein Wunder: Wenn Kleber und Konsorten den Mund aufmachen, kommt nur noch Lüge. Die Bevölkerung merkt das so langsam.“ Im Prinzip richtig. Die Öffentlich-Rechtlichen sollten nicht mehr von der Politik kontrolliert werden. Außerdem sollten sie sich auf die mediale Grundversorgung beschränken. Und das schließt ein adäquates Internetangebot nicht aus, sondern ein. Und zwar nicht nur für ein paar Tage.

Die Öffentlich-Rechtlichen sollten als vom Bürger kontrollierte Stiftung tätig sein mit einem ganz neuen Beteiligungsmodell mit breiten Umfragen. Warum nicht jedem Bürger zum Beispiel einen aufgemotzten Reader zur Verfügung stellen, der gegebenenfalls auch mehr als nur „readen“ kann? Es sollte endlich eine objektive Berichterstattung möglich werden zum Wohl der Bürger. Weg mit dem ganzen Talk-Schwachsinn à la Jauch & Co., „Wetten dass,...?“, Hansi Hinterseer und dem ganzem Müll, alles nur Ablenkung. Grundversorgung ja, die aber kritisch und wahrhaftig. Ein Angriffskrieg in Libyen muss auch so benannt werden.

Peter Schmitz, Berlin

Vortragshonorare von Steuerzahlern finanziert?

Zu: „Reicher Sozi“ (Nr. 44)

Der Text Ihrer Kolumne bringt die Dinge mit Steinbrück mit knappen Worten auf den Punkt. Steinbrück ist nicht nur ein reicher Sozi, sondern schwimmt auf der Welle mit, die die sogenannte SPD – einst eine Kampfgemeinschaft gegen unternehmerische Ausbeutung – von heute prägt. Hier sollte mal eine echte Diskussion einsetzen, mit der zu beweisen wäre, was Parteinamen (beziehungsweise „Parteinahmen“) heute noch wert sind.

Wer wie Steinbrück Gelder für Vorträge kassiert, der beutet letzten Endes auch den Steuerzahler aus, denn diese Vorträge werden von Werbetats der Unternehmer bezahlt, die als Kosten von der Steuer abgesetzt werden können. Hierfür fallen also keine Steuern an und damit ist der Tatbestand der (legalen) Steuerhinterziehung erfüllt. Warum müssen für Werbung eigentlich keine Steuern gezahlt werden? Das ist doch eine einseitige Förderung der Unternehmerklasse.

Als Pensionär, der 40 Jahre für den Staat gearbeitet hat, werden auch mir noch Steuern abgezogen. Denken wir nur an die Tricks, mit denen Großunternehmen Steuern „sparen“, indem sie bankrotte Unternehmen aufkaufen. Oder die Tricks mit dem „Aufbau Ost“, wo zum Beispiel ein Herr „Müllermilch“ mit solchen Mitteln ein Werk baut, Arbeitsplätze schafft und deswegen steuerlich belohnt wird. Auf der anderen Seite wird aber ein Müllermilchwerk dafür geschlossen und in gleicher Höhe gehen Arbeitsplätze verloren. Er darf das Geld aber behalten, weil er ja einer von denen ist.

Es ist eine Begünstigung und Kapitalvettern-Wirtschaft, die von der EU gefördert wird. Die Ermahnung, doch bitte die Antikorruptionsrichtlinie der UN umzusetzen, bringt auf die Dauer nichts, wenn hier nichts Konkretes zusammengetragen wird und entsprechende Straftatbestände aufgedeckt werden.

Vor allen Dingen muss aber die verlogene „political correctness“ („Politische Korrektheit“) beseitigt werden, die nur den Interessen der jeweils herrschenden, fälschlich „Eliten“ genannten Drahtzieher dient, und stattdessen brauchen wir eine echte Korrektheit im Sinne der Kantschen Grundprinzipien. Beispiel: Ausländer bleiben Ausländer und keine „Migranten“ (übersetzt: Wanderer). Wanderer wären Nomaden.

Ulrich F. Sackstedt, Verden

Gebildete Bürger sind unerwünscht

Zu: „Nichts dazugelernt“ (Nr. 42)

Es ist gut, dass Brandenburg im unteren Segment des Schulerfolgs in den Grundschulen rangiert. Man stelle sich vor, was wäre, wenn Brandenburg, Berlin oder Bremen anders dastehen würden. Man stelle sich vor, es gäbe eine „geheime Kommandosache Schule“. Die Curricula für die Schulen wären dermaßen „entkernt“, dass Schüler einen Schulabschluss erlangten, ohne dass sie die Grundfertigkeiten wie Lesen, Schreiben und Rechnen beherrschten. Diese jungen Menschen wären darüber hinaus auch weder politisch noch geschichtlich (aus-)gebildet. Ein Idealzustand für jedwede politische Machtoligarchie, die je nachdem nur ein Schräubchen im medialen Blätterwald zu verändern bräuchte und schon träte die angesteuerte Wirkung in der Öffentlichkeit ein. Es wäre geradezu wunderbar! Gesetzt den Fall, es würde ein anderer Prozess einsetzen: Es gäbe Curricula, die wieder das Kerngeschäft des Vermittelns von Wissen und Fertigkeiten beinhalteten. Und gesetzt den Fall, Schüler verließen die Schulen wieder kulturell gebildet. Was wäre dann wohl mit den Positionen der Funktionäre? Diese machten den Schulerfolg zur Chefsache, indem sie das Lernen an Schulen schlechthin zum „Nichtsdazulernen“ degradierten. Wäre es anders, ständen plötzlich Spitzenpositionen politisch links orientierter Parteien zur Disposition, weil eben jene ihre Hausaufgaben nicht ordentlich gemacht hätten. Wo kämen wir denn hin, wenn es im Land plötzlich kulturell intelligente Bürger gäbe? Ja, was dann?

Ilona Dubalski-Westhof, Radevormwald

Unkritisches TV 2

Zu: „Teurer journalistischer Einheitsbrei“ (Nr. 44)

Genau so ist es! Auch ich habe jahrzehntelang die „Tagesschau“ und „heute“ geguckt. Der Politik nicht genehme Themen wie zum Beispiel der Klimaschwindel werden nicht thematisiert oder nur einseitig dargestellt. Für mich sind die *PAZ* und das Internet inzwischen die bevorzugtesten Informationsquellen.

Helmut Bargel, Oer-Erkenschwick

Auf nach Russland

Zu: „„Neukölln ist näher, als du denkst““ (Nr. 41)

Vielleicht wird Russland, Polen oder eine der baltischen Republiken für intelligente Deutsche mal in fünf, zehn oder 20 Jahren das Ziel aller Träume? Extrem-Multikulti auf Kosten der Steuern zahlenden Allgemeinheit gibt es dort überhaupt nicht und wirkliche Demokratie oder Rechtsstaatlichkeit findet man mittlerweile auch hier nur in den Propaganda-Medien – in der Praxis eher selten. Mit den sprichwörtlichen „deutschen Tugenden“ kann man sicher überall sein Auskommen finden. Erst recht, wenn sich Deutschland eines Tages dann wirklich abgeschafft hat.

Henry Bleckert, Berlin

Kronen statt Euro

Zu: „Dreiste Täuschung“ (Nr. 43)

Wer eine harte Währung sucht, der sollte seine Euro in Schwedenkronen wechseln. Denn diese Währung hat gegen den immer schwächer werdenden Euro um 29,5 Prozent zugelegt. Aber auch der Australische Dollar ist eine super Währung!

Ich hoffe, jetzt weiß jeder, wo man das Geld platzieren muss, um es zu sichern. Schäuble, Merkel und Co. reden den Euro stark und setzen dazu den Vergleich mit dem US Dollar, der, wie jeder weiß, auch eine schwache Währung ist. Deshalb lasse sich niemand mehr von unserer getürkten Presse und den Politikern für dumm verkaufen!

Johann Gärtner, Kissing

Es driftet auseinander, was nicht zusammenpasst

Zu: „Ein deutsches Jahrhundert“ (Nr. 44)

Selten hört man Deutschland loben. Vor allem in den Medien wird ein klammes Europa gefeiert und die sogenannten Rettungsschirme zur Euro-Rettung werden als der Weisheit letzter Schluss dargestellt. Andauernd wird dem Steuerzahler eingehämmert, dass insolvente europäische Staaten gerettet werden müssen, denn sonst bräche das künstlich geschaffene Haus zusammen.

Hier wächst offensichtlich nicht zusammen, was zusammen gehört. Hier driftet eher auseinander, was nicht zusammenpasst.

„Freuen wir uns über unser Land und die Leistungen unserer Vorfahren“, schreibt Autor Röhl. So ist es. In meinem literarischen Reisebegleiter „Auf dem Königin-Luise-Weg“ habe ich angemerkt: „Unsere Vorfahren können uns sehr zur Ehre gereichen, viel besser noch ist es, wenn wir Ihnen zur Ehre gereichen.“ Sicher war das 19. Jahrhundert ein Jahrhundert der Deutschen. Noch leben die Brüder Grimm, Humboldt, Hufeland, Fontane und auch Otto von Bismarck im Gedächtnis unseres Volkes. So ist das Buch „Die Vermessung der Welt“ von Daniel Kehlmann mehr als nur Erinnerung. Im Januar 2010 wollten Geschichts- und Heimatlose den Namen der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald für immer löschen. In einer Gegenaktion haben wir um Stimmen auch im Ausland geworben, denn: „Der Gott, der Eisen wachsen ließ, der wollte keine Knechte“ (Arndt). Am 17. März 2010 stimmten 22 von 36 Senatoren der Universität für die Beibehaltung des Namens.

Es lohnt sich zu kämpfen, denn wer resigniert, hat bereits verloren. Wir brauchen auch keine zusätzliche Bevormundung aus Brüssel, denn die Debatten und Beschlüsse des Deutschen Bundestages sind antideutsch genug. „Lieber ein aufrechter Preuße, als ein kriechender Europäer.“ Das 19. Jahrhundert war durch Preußens Ab- und Aufstieg gekennzeichnet. Es war die Zeit der Dichter und Denker, die Zeit der Architektur und des Forschergeistes. Sicher eine sehr bewegte Zeit, auch der Reformen und der Findung der deutschen Nation. Insofern tut es gut, daran zu erinnern. Es ist doch angenehmer, darüber zu schreiben, als sich über den König der Nebenverdienste und Kanzlerkandidaten Steinbrück aufzuregen, welcher ein absolut charakteristisches Bild der heutigen Politikerkaste offenbart. Erwarten und Fordern darf und muss man allerdings, dass die Rechte des deutschen Volkes entsprechend den Bestimmungen des Grundgesetzes eingehalten und seine Interessen geschützt werden, wie es in anderen europäischen Ländern auch der Fall ist.

Hans-Joachim Nehring, Neubrandenburg

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Das Ostpreußenblatt

Nr. 46 – 17. November 2012

MELDUNGEN

Wunder der Ostsee

Zoppot – Masuren ist eines der sechs Wunder der Ostsee. Das ist das Ergebnis eines Wettbewerbes, bei der Internetnutzer und Experten die attraktivsten Stätten an der Ostsee auswählen sollten. Die Ergebnisse wurden auf einer Gala-Veranstaltung in Zoppot bekannt gegeben. Neben Masuren befinden sich unter den Sechs auch Danzig, Rügen, die zwischen der Südspitze Seelands und der Ostspitze Falsters gelegene dänische Insel Møn, die Kurische Nehrung sowie die Altstädte von Wilna und Reval. 65 Stätten waren für den Wettbewerb nominiert worden. In der ersten Runde flogen 32 raus und nach der zweiten waren nur noch 16 übrig. Aus ihnen wurden dann die sechs Wunder der Ostsee ausgewählt. *PAZ*

Erinnerungstafel an Synagoge

Rastenburg – In Rastenburg ist an der Stelle, an der bis zur sogenannten Reichskristallnacht die Synagoge stand, eine Erinnerungstafel aufgestellt worden. Die Initiative hierzu kam von deutschen Vertriebenen aus Rastenburg. Der Pastor der evangelisch-lutherischen Gemeinde, Pawel Haus, sprach in diesem Zusammenhang von einem Zeugnis der Verständigung zwischen den Völkern. Auf der Tafel steht in polnischer und deutscher Sprache der Psalm 26.8: „Herr, ich habe lieb die Stätte deines Hauses und den Ort, da deine Ehre wohnt.“ und der Hinweis: „Hier stand die von den deutschen Nationalsozialisten 1938 niedergebrannte Synagoge, der Versammlungsort der jüdischen Gemeinde und das Zentrum ihres religiösen Lebens.“ Verantwortlich zeichnen für diesen Akt der Erinnerung die Arno-Holz-Gesellschaft für deutsch-polnische Verständigung, die evangelisch-lutherische Gemeinde von Rastenburg und die Stadt Rastenburg. *PAZ*

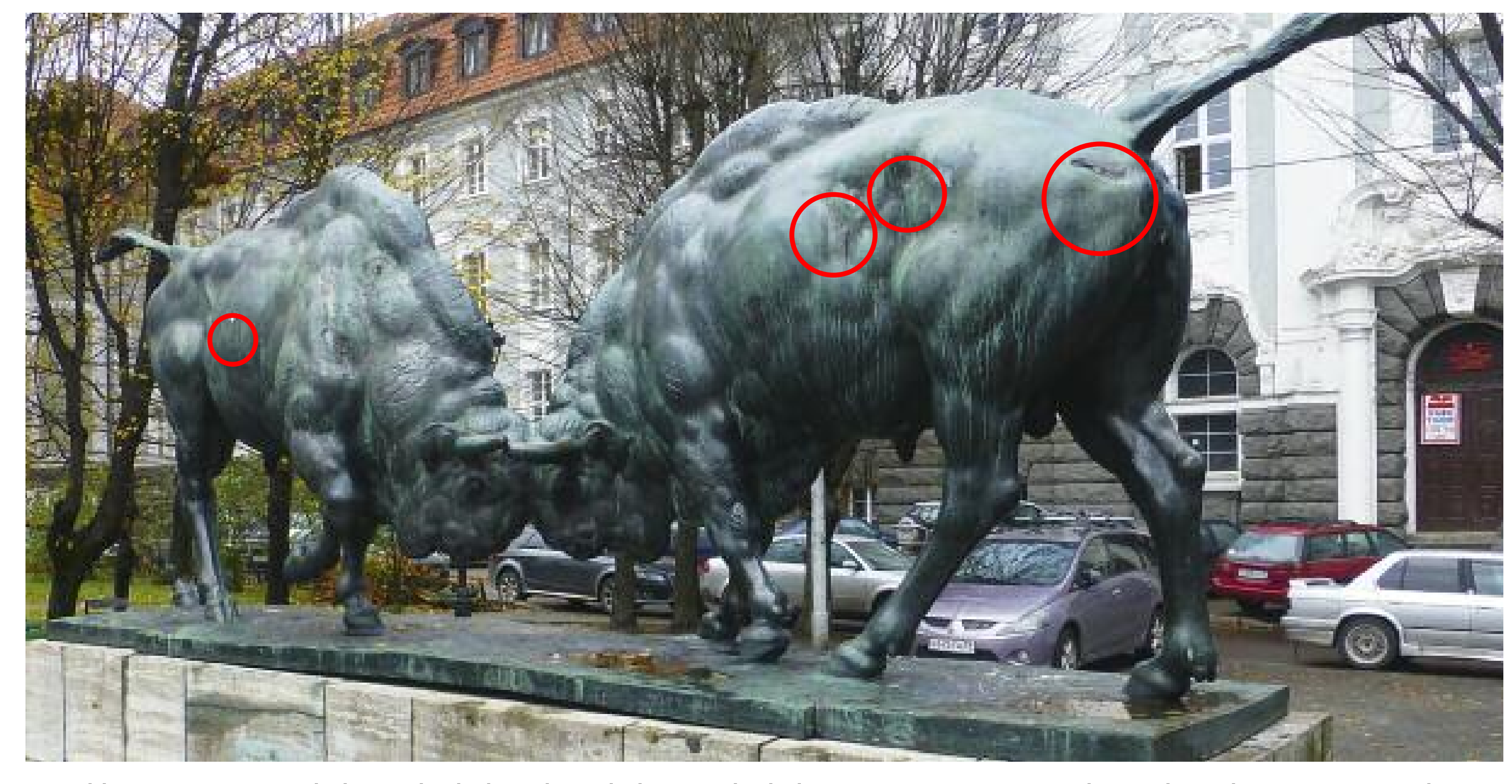
Statt Kalinin lieber Dmowski

Danzig – In Danzig haben Bürger dagegen demonstriert, dass bei Elbing ein Autobahnkreuz den Namen „Kaliningrad“ trägt. Die „Liga zum Schutz der Souveränität“, die zu der Kundgebung aufgerufen hatte, begründete den Protest mit Michail Iwanowitsch Kalinins Mitschuld am Massaker von Katyn, dem große Teile der polnischen Intelligenz zum Opfer gefallen sind. Stattdessen solle das Kreuz lieber den Namen des antideutschen Nationalisten Roman Dmowski tragen. Von den Demonstranten zur Rede gestellt, erklärte die Stadtverwaltung in Person der Pressesekretärin Anna Klein, dass das Autobahnkreuz nur deshalb den Namen „Kaliningrad“ trage, weil seinerzeit alle Autobahnkreuze in beziehungsweise um Elbing nach Partnerstädten benannt worden seien. *PAZ*

Geburtstag in traurigem Zustand

Die Skulptur »Kämpfende Auerochsen« in Königsberg wurde 100 – Notwendige Sanierung unterbleibt

Vor 100 Jahren wurde die bekannte Skulptur „Kämpfende Auerochsen“ des deutschen Bildhauers August Gaul (1869–1921) eingeweiht. Doch obwohl das Kunstwerk auch heute noch zu den beliebtesten Monumenten zählt, fühlt sich offenbar niemand berufen, etwas für dessen Erhalt zu tun. Weil vorhandene Beschädigungen schon seit Jahren nicht mehr repariert werden, droht dem Kunstwerk der allmähliche Verfall.



Ungeklärte Eigentumsverhältnisse bedrohen den Erhalt eines der bekanntesten Monumente der Stadt: In den roten Umrandungen sind die Beschädigungen an der Skulptur zu erkennen Bild: Tschernyschew

Vergangenen Montag wurde die bekannte Großskulptur „Kämpfende Auerochsen“ des der Berliner Secession angehörenden Akademieprofessors August Gaul, die vor dem ehemaligen Land- und Amtsgericht in Königsberg steht, 100 Jahre alt. Von den heute dort lebenden Bewohnern wird das äußerst beliebte Kunstwerk verkürzt „Ochsen“ genannt. 1912 wurde die in Bronzeguss ausgeführte Skulptur, die als Kampf eines Verteidigers mit dem Staatsanwalt während eines Prozesses interpretiert wurde, feierlich eingeweiht. Allerdings ist das Gebäude des Landgerichts hinter dem Kunstwerk, in dem sich heute die Königsberger Technische Universität befindet, erst zwei Jahre später entstanden, was vermuten lässt, dass der Künstler sein Kunstwerk etwas anders interpretiert wissen wollte, zumal es ursprünglich für das Fürstbischöfliche Schloss in Münster gedacht war. Erst nachdem es dort abgelehnt worden war, schenkte der preußische Kultusminister das Monument der Stadt Königsberg.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden die Auerochsen von ihrem alten Platz entfernt und standen für fast zwei Jahrzehnte im Königsberger Tiergarten. Dann kehrten die „Kämpfenden Auerochsen“ an ihren historischen Platz zurück und seitdem sind sie zum beliebten Treffpunkt für Jugendliche geworden.

Trotz ihres großen Bekanntheitsgrads, ihrer Bedeutung für die kulturelle und historische Landschaft der Stadt sowie ihrer Einstufung als Architekturdenkmal mit regionaler Bedeutung befindet sich die Skulptur nicht im besten Zustand. Schon seit über einem Jahr hat der Rumpf Löcher, durch die Feuchtigkeit eindringt, was das Kunstwerk allmählich zu zerstören droht.

Die Leiterin der Staatlichen Denkmal- und Kulturschutzbehörde, Larissa Kopzewa, begründet diesen beklagenswerten Zustand mit ungeklärten Eigentumsverhältnissen. Das hat zur Folge, dass aus rein rechtlicher Sicht nicht klar ist, wer sich um den Erhalt der Skulptur zu kümmern hat. Weder die Gebietsverwaltung noch die Stadt oder die Technische Universität, in deren Nähe das Kunstwerk steht, fühlen sich als Eigentümer der „Kämpfenden Auerochsen“. Daran, dass die Skulptur dringend eine Restaurierung benötigt, hat die zuständige Behörde keinen Zweifel. Die Skulptur hat einige eingedrückte Stellen, Löcher gehen quer durch sie hindurch und auch das Grundgerüst ist bereits deformiert.

Bürger sorgen sich um den Erhalt

Engagierte Bürger, die sich für den Erhalt des Kunstwerks einsetzen, haben damit begonnen, ortsansässige Unternehmer zu Geld- oder Sachspenden in Form von für die Restaurierung benötigter Materialien zu animieren. In der Zwischenzeit wollen die Behörden auf allen Ebenen danach forschen, wem die Skulptur gehört. Wünschenswert wäre es, wenn die Vertreter der Privatwirtschaft, besonders des Baugewerbes, nicht nur Profite mit der Errichtung von Parks oder Plätzen im öffentlichen Auftrag machten, sondern dem Beispiel ihrer Kollegen aus dem Vorkriegs-Königsberg folgten, die der Stadt gemeinnützige Einrichtungen schenkten, wie seinerzeit Max Aschmann, welcher der Stadt einen großen Park zum Geschenk machte, oder Walter Simon, der den Bau eines Stadions im Stadtzentrum finanzierte, das heute den Namen „Baltika“ trägt, und für die Finanzierung des Bismarck-Denkmals aufkam.

Leider hat sich bislang niemand gefunden, der sich an der Restaurierung der „Kämpfenden Auerochsen“ beteiligen möchte. Deshalb mussten „Rechtsanwalt und Staatsanwalt“ ihren 100. Geburtstag in dem traurigen Zustand feiern, in dem sie sich schon zu lange befinden.

Jurij Tschernyschew

Zwei Fliegen auf einen Streich

Weussuhnen: Dankgottesdienst für Kirchenrenovierung und Einführung des neuen Probstes in sein Amt

Weissuhnen am Warnoldsee ist ein kleines Dorf im Landkreis Johannisburg, das zur Gemeinde Rudczanny-Nieden gehört. Nach Johannisburg sind es immerhin 14 Kilometer zu fahren. Dennoch ist Weissuhnen eng mit seiner Kreisstadt verbunden, denn es gehört zur dortigen evangelisch-augsburgischen Gemeinde und verfügt mit seiner neugotischen Kirche von 1910 über das einzige Gotteshaus der evangelischen Kirche im Landkreis. Ihre Renovierung konnte unlängst abgeschlossen werden. Und auf dem aus diesem Anlass abgehaltenen Dankgottesdienst wurde auch gleich der neue Probst Marcin Pysz in sein Amt eingeführt.

Die Kirche in Weissuhnen war bis vor wenigen Jahren in einem schlechten Zustand, insbesondere das Dach hatte eine Renovierung dringend nötig. Zum 100-jährigen Bestehen der Kirche 2010 konnten, auch durch die professionelle Unterstützung des Marschallamtes der Woiwodschaft Ermland-Masuren bei der Antragstellung, Mittel der Europäischen Union im Rahmen des Programms „Entwicklung des Ländlichen Raumes“ gewonnen werden. Diese Gelder deckten schon einmal drei Viertel der Kosten der Investition ab, das restliche Viertel brachte die Gemeinde selber auf, vor allem über Spenden. Wie Pysz zu berichten weiß, trugen dazu ehemalige Einwohner des Kreises Pisz, die Kreisgemeinschaft Johannisburg und die Gemeinschaft evangelischer Ostpreußen sowie sieben Landeskirchen in der Bundesrepublik Deutschland bei.

Am Anfang der Arbeiten stand die Renovierung des Kirchendaches. Anschließend wurden die Kirchenwände gesäubert, die Kirchenuhr, die seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr lief, repariert und in Gang gesetzt, Glockenspiel zum Stundenschlag installiert, der Gartenzaun erneuert, ein kleiner Parkplatz errichtet sowie der Garten um die Kirche neu gestaltet. An der Orgel wird noch bis Frühjahr 2013 gearbeitet und der Austausch der elektrischen Leitungen ist in Planung.



Probst Marcin Pysz Bild: Elzbieta Zywczyk

Die bisher abgeschlossenen Arbeiten kosteten nach Angabe von Pysz 600 000 Zloty (etwa 144 000 Euro). Da er selber durch seinen familiären Hintergrund ein Faible für den Bau hat, konnte er die Qualität der Bauarbeiten kontrollieren und selber mit Hand anlegen. Auch die Gemeindemitglieder arbeiteten ehrenamtlich mit, vor allem bei der Bauvorbereitung und den Putzarbeiten.

Die Kirche in Weissuhnen, Visitenkarte des Dorfes und der evangelisch-augsburgischen Gemeinde in Johannisburg, erstrahlt also in neuem Glanz, und mit ihr strahlte ihr neuer Probst Marcin Pysz, der als Pfarrer so viel für sie getan hat. Am 19. August dieses Jahres war er für zehn Jahre zum Probst gewählt worden. Im Rahmen des Dankgottesdienstes aus Anlass der Kirchenrekonstruktion führten ihn der Bischof der Diözese Masuren, Rudolf Bazanowski, und der Bischof der evangelisch-augsburgischen Kirche in Polen, Jerzy Samiec, in sein neues Amt ein.

Die Gemeinde zählt etwa 150 Mitglieder in den Kreisen Lyck und Johannisburg. Angesichts dieser geringen Zahl stellt sich die Frage, wie die Kirchengemeinde den Unterhalt des Gotteshauses und ihres Probstes finanziell tragen kann. Pysz gibt zu, dass bei seiner Ankunft in Johannisburg die Gemeinde noch von Warschau subventioniert wurde, und fügt stolz hinzu: „2012, zur Europameisterschaft, wollte ich die Gemeinde selbstständig haben, und das ist mir gelungen.“ Ganz ohne Unterstützung geht das aber nicht. Neben Spenden kommt der Gemeinde zugute, dass zwei ihrer Gebäude für soziale Hilfseinrichtungen genutzt und von der Woiwodschaft unterhalten werden. Außerdem belastet Pysz selbst die Gemeindekasse nicht sehr, da er auch evangelischer Kaplan des polnischen Grenzschutzes in Nordpolen ist.

Die Gemeindemitglieder wissen das zu schätzen. Und auch als Probst kann sich Pysz weiterer Unterstützung der Johannisburger sicher sein; zu seiner Einführung waren sie jedenfalls zahlreich erschienen.

Uwe Hahnkamp



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

Volkstrauertag – die Gedanken gehen an die Gräber, in denen die Gefallenen zweier Weltkriege liegen. Viele davon im Königsberger Gebiet, wo die Soldatenfriedhöfe jahrzehntelang verkamen, bis das Kriegsgräberabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Russischen Föderation im Dezember 1992 eine ungehinderte Pflegearbeit von deutschen Helfern ermöglichte. Seitdem stellen sich auch die Mitglieder der Kreisgruppe Emsland/Grafschaft Bentheim im Verband der Reservisten der Deutschem Bundeswehr e.V. dieser Aufgabe, die für sie eine moralische Verpflichtung gegenüber den Kriegstoten bedeutet. Beauftragt vom Volksbund Deutscher Kriegsgräberfürsorge, haben die Helfer aus dem Emsland in bisher 17 Pflegeeinsätzen 21 Soldatenfriedhöfe aus dem Ersten Weltkrieg dem Urwald entrissen. An ihrem letzten Einsatz in diesem Sommer im nordöstlichen Raum, bei dem fünf Soldatenfriedhöfe aus dem Ersten Weltkrieg betreut wurden, nahmen acht Reservisten und zwei Förderer unter Leitung von Stabsbootsmann a. D. **Horst Richardt**, Ehrenvorsitzender der Gruppe und Beauftragter des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge, teil. Er schrieb für unsere Zeitung einen ausführlichen Bericht über den zweiwöchigen Einsatz, aus dem wir entnehmen können, was da an freiwilliger Instandsetzungsarbeit geleistet wurde.

Die ostpreußische Familie



Ruth Geede Bild: Pawlik

Und das ist viel, sehr viel. Denn von den fünf Friedhöfen, auf denen insgesamt 740 Soldaten aus dem Ersten Weltkrieg liegen, Deutsche wie Russen, befinden sich vier in verödeten Gebieten. Die deutschen Dörfer Edern, Husarenberg, Lengfriede und Malissen sind in der Geschichte untergegangen, allein Bilderweiten/Bilderwietschen hat überlebt. Deshalb konzentrierte sich die Arbeit der Helfer aus dem Emsland auf diesen Soldatenfriedhof, auf dem auch ein vor der Stadt Meppen gestifteter Friedensbaum gepflanzt wurde. Auf den fünf Soldatenfriedhöfen wurden insgesamt sieben Hochkreuze und 14 Symbolkreuzgruppen gesetzt und alte Grabfragmente entfernt. In Edern wurde des Weiteren die Friedhofmauer instand gesetzt und verfugt. Als die Helfer ihre Pflegearbeit abgeschlossen hatten, fand in Bilderweiten eine Gedenkfeier statt, an der auch der deutsche Vizekonsul, Herr **Daniel Lissner**, und Frau **Slawa Norgonow** von der russischen Kriegsgräberfürsorge teilnahmen. Unter den weiteren Gästen sah man Vertreter der Russisch-Orthodoxen Kirche (ROK), der evangelischen Gemeinde der Salzburger Kirche aus Gumbinnen – in der die Teilnehmer wie immer Unterkunft und Verpflegung fanden – sowie Vertreter der Administration.

Auf dieser Gedenkfeier in Bilderweiten wurde der Opfer von Krieg und Gewalt sowie der Soldaten gedacht, die in den beiden Weltkriegen ihr Leben verloren, aber auch der Opfer von Terrorismus und politischer Verfolgung in heutiger Zeit. Soldatenfriedhöfe sind mit ihren Gräbern und Kreuzen ein Ort der Begegnung, der stillen Trauer und des Gedenkens. Die Hochkreuze sollen weit bis in die Feldmark ragen, den Lebenden zur Mahnung, den Frieden zu bewahren. Hervorgehoben wurde die gemeinsame Verantwortung für den Frieden im eigenen Land wie in der Welt sowie die Hoffnung auf Versöhnung unter den Völkern. Kommandoführer Horst Richardt sagte: „Es waren ausschließlich die jungen Soldaten, die zu den schönen Dingen des Lebens immer zu spät gekommen sind!“ Zu ihrem Gedenken erfolgten Kranzniederlegungen an den errichteten Hochkreuzen. Die ehrenamtliche Arbeit der deutschen Helfer wurde durch Mithilfe der Bevölkerung in vielfältiger Weise unterstützt, teilweise mit Maschineneinsätzen. So waren auf dem Soldatenfriedhof in Malissen 20 Studentinnen und Studenten der „Russian State University of Humanities“ aktiv. „Die große Unterstützung bei der Pflege der Soldatenfriedhöfe durch die russische Bevölkerung und Vertreter der Administration zeigt die hohe Akzeptanz unserer langjährigen Arbeit im ehemaligen nördlichen Ostpreußen“, schreibt Horst Richardt. „Arbeit für den Frieden und Versöhnung über den Gräbern ist auch unser Motto.“

Und diese Arbeit soll weitergehen, denn „nach dem Kriegsgräbereinsatz ist vor dem Kriegsgräbereinsatz“ für die Helfer der Kreisgruppe Emsland/Grafschaft Bentheim des Reservistenverbandes. 32 Symbolkreisgruppen aus Douglasienholz, die in der Bundesrepublik Deutschland vorgefertigt werden, sind bereits gesponsert. Die Instandsetzungsarbeiten werden in der Zeit vom 22. Juni bis 7. Juli 2013 auf folgenden Soldatenfriedhöfen durchgeführt: Habichtsau – Birkenried – Herzogsrode – Adlermark – Klein Sobrost – Kleinguden – Frankenhof – Kleeschauen – Jodehnen – Weidengrund – Edern und Mattischkehmen. (Die Anschrift von Herrn Horst Richardt: Kruppstraße 17 in 49716 Meppen, Telefon 05931/7674.)

Ob und gegebenenfalls wo ihr Großvater in ostpreußischer Erde seine letzte Ruhe fand, weiß Frau **Dagmar Haubrock** aus Gütersloh nicht. Und deshalb wendet sie sich an uns, weil sie hofft, vielleicht irgendeinen Hinweis zu bekommen. Auch nach so langer Zeit, denn die letzte Nachricht, die seine Familie von ihm erhalten hat, trägt das Datum vom 4. April 1945 und kommt aus dem Raum Mehlsack. Sein Name: **Robert Marcus Dachsel**, *26 August 1908. Wann der damals etwa 40-Jährige zur Wehrmacht eingezogen wurde, ist nicht bekannt, der erste nachweisbare Einsatz war der als Filmvorführer im Rahmen der Truppenbetreuung im Dezember 1942 im Kriegslazarett II Rostow. Am 16. Juni 1943 war Dachsel bei der motorisierten Schützengeschütz-Ersatz-Kompanie, Standort Dresden (Erkennungsmarke: 970-I.G.Ers.Kp.4). Wenige Tage später erfolgte der Abgang zur 25. Panzer-Division, Norwegen. Er gehörte zum Stab II des Panzer Grenadier Regimentes, bis die Division am 1. Juli 1944 aufgelöst wurde. Im Januar/Februar 1944 war Dachsel im Kriegs-Lazarett 1/509 Oslo. Als weitere Einheiten werden genannt: Stabskompanie Panzer-Brigade 103, 18. Panzer Grenadier Division, Panzer Grenadier Regiment 51, wo er sich am 17. November 1944 befand (Feldpostnummer: 03133A). Von da an gibt es außer der angeblich letzten Nachricht vom 4. April 1945 aus Mehlsack keine Angaben. Robert Dachsel schrieb damals, dass sie von den Russen eingekesselt seien, und er dürfte auch dort gefallen oder verwundet worden sein. Es ist also durchaus möglich, dass sich in dieser Gegend sein Grab befindet, wenn es überhaupt eines gibt. Bekannt sind noch die Namen von zwei Kameraden, mit denen er wahrscheinlich enger verbunden war, weil er sie immer wieder erwähnte: **Rudolf Zimmler** und **Wolfram Zipfel**. Auf diese Angaben setzt Frau Haubrock ihre Hoffnung, doch noch irgendwelche Informationen über die letzten Tage ihres Großvaters zu bekommen. (Dagmar Haubrock, Egerländer Straße A 7 in 33332 Gütersloh, Telefon 05241/5058411, E-Mail: dag.haubrock@web.de)

Feldpostbriefe! Da hatten wir in Folge 16 von einem Feldpostbrief berichtet, der nie seine Adressatin erreichte. Er war in einem Nachlass gefunden worden und Frau **Werner** hatte ihn uns übersandt, weil sie meinte, der in der Adresse angegebene Ort Schnorrenberg könnte in Ostpreußen liegen. Lag er aber nie, sondern in der Eifel, wie sich aus Leserzuschriften ergab. Leider hat sich bis heute kein Hinweis auf die Adressatin, Frau **Susi Thomas**, ergeben, was nach fast 70 Jahren auch kaum möglich ist, zumal die Familie nicht zu unserem Leserkreis gehören dürfte. Aber wir haben die Hoffnung noch nicht aufgegeben, zumal wir jetzt zweigleisig fahren müssen beziehungsweise können: Es ist nämlich ein zweiter Feldpostbrief des Absenders **Karl Thomas** aufgetaucht, der fast identisch mit dem ersten ist. Aus ihm geht aber noch stärker hervor, dass der Schreiber kaum mehr glaubt, lebend aus dem Stalingrader Kessel herauszukommen. Vielleicht ist er wirklich dort geblieben, und dieser Brief ist nicht nur ein letzter Gruß an seine geliebte Frau und seine „Kerlchen“, wie er seine Kinder nennt, sondern auch eine Art Vermächtnis, das er in klare Worte fasst: „Wenn Du nun nichts mehr von mir hören solltest als vielleicht das Wort ‚vermisst‘ oder ‚gefallen‘, dann sei stark durch unsere Liebe. Sei den Kerlchen eine tapfere Mutter und glaube an eine bessere Zukunft!“ Anscheinend hat Karl Thomas versucht, die Briefe einigen Kameraden mitzugeben, vielleicht als letztes Lebenszeichen: „Ob Dich der Brief erreicht, ist ebenso fraglich wie hier unser Freikommen.“ Auch dieser Brief hat seine Frau nicht erreicht. Die heute 91-jährige Besitzerin meint, dass einer ihrer bereits verstorbenen Brüder ihn von ihrem Fronteinsatz mitgebracht habe. Wie auch immer, wir suchen weiter. Vorerst aber geht an Frau **Annette Umlauf** aus Attendorn unser Dank für die Übersendung.

Ehrenwache bei den Feierlichkeiten mit Kranzniederlegung Bild: privat

Auch wenn Mahn- und Denkmale zerstört werden, sie können wieder errichtet werden – und so soll es ja mit dem Schenkendorf-Denkmal in Koblenz geschehen. Wir hatten über die Entwendung des Bronzekopfes des Freiheitsdichters **Maximilian von Schenkendorf** in Folge 40 berichtet und auf die Anregung unserer Leserin **Sylvia Becker** hingewiesen, für die Wiederherstellung des Denkmals zu spenden. Herr **Ditmar Hinz**, Berlin, schrieb daraufhin an die Pressestelle der Stadt Koblenz, weil er auch durch eine Spende zu der Restaurierung beitragen wollte. Er erhielt zwei Schreiben, die er an uns weiterleitete, weil sie nicht nur für alle Spendenwilligen wichtig sind, sondern auch eine Suchfrage nach bisher fehlendem Bildmaterial enthalten, zu dem eventuell unsere Leser ihm verhelfen könnten. Es ist zwar unwahrscheinlich, aber es könnte doch sein, dass jemand aus unserem Leserkreis das Denkmal vor der Zerstörung fotografiert hat, vielleicht anlässlich der Bundesgartenschau 2011. Die Wiederherstellung des Denkmals liegt in den Händen des „Eigenbetrieb der Stadt Koblenz Grünflächen- und Bestattungswesen“, das Herrn Hinz über den aktuellen Stand der Arbeiten informierte. Die Büste Schenkendorfs wurde im Frühjahr dieses Jahres durch Unbekannte vom Sockel gerissen und der Kopf entwendet. Trotz eingeleiteter polizeilicher Ermittlungen konnte er nicht wieder gefunden werden. Weitgehend unbeschädigt wurde jedoch der Torso bis zum Halsansatz sichergestellt. Er ist die Grundlage für die Wiederherstellung des Denkmals, welches die Stadt Koblenz in Abstimmung mit der Denkmalspflege in die Wege geleitet hat. Die Sanierung des Kalksteinsockels ist bereits in Auftrag gegeben worden. Für die nun anstehende Rekonstruktion sammelt der zuständige Betrieb Bildmaterial über den Denkmal-Kopf. Besonders schwierig gestaltet sich dabei die Suche nach Ansichten von hinten. Man wäre dankbar für jede Abbildung aus dieser Perspektive, so teilt Herr Michael Karkosch vom Eigenbetrieb der Stadt Koblenz Grün- und Bestattungswesen mit. Er gibt Auskunft über das Projekt unter der Telefonnummer (0261) 129-4234. Für den Fall einer persönlichen Spendenbereitschaft kann man sich direkt an die Rufnummer (0261) 129-4202 oder -4235 wenden, dort werden die Daten der Spendenwilligen und der zu spendende Betrag zwecks Ausstellung einer Zuwendungsbescheinigung aufgenommen. Wie die Pressestelle mitteilt, sei ein separates Spendenkonto nicht nötig. Die Überweisung kann an ein städtisches Konto erfolgen, so an die Sparkasse Koblenz, Konto 240/BLZ 57050120 oder an die Volksbank Koblenz Mittelrhein eG, Konto 1015001000/BLZ 57090000. Wir danken Herrn Ditmar Hinz für diese Übermittlung der aktuellen Informationen, die vor allem für Spendenbereite unter unsern Lesern wichtig sind.

Eure

Ruth Geede

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Ottfried Graf Finckenstein starb vor 25 Jahren

Ein Brief der Tochter des großen Erzählers

Es ist eigenartig, wie gerade in der letzten Zeit die ostpreußischen Schriftsteller, mit denen ich in sehr jungen Jahren auf kollegiale Weise verbunden war, in den Fokus meiner Erinnerungen rücken. Der Zusammenhalt der literarisch Tätigen war damals, bedingt durch den Inselcharakter der Provinz Ostpreußen, sehr groß und belebte das deutsche Kulturschaffen ungemein. Durch Leseranfragen konnte ich schon auf **Katarina Botsky** und **Martin Borrmann** aufmerksam machen. Kürzlich meldete sich bei mir die Tochter des Schriftstellerehepaares **Margarete** und **Fritz Kudnig** und bat mich, das reiche literarische Erbe ihrer Eltern an eine Stätte zu vermitteln, die es in ihrem Sinne bewahren würde. Das ist inzwischen geschehen, die Bücher, Schriften und Manuskripte erhalten im Kulturzentrum Ellingen ihren adäquaten Platz. Dort befindet sich bereits die literarische Hinterlassenschaft ihres engsten Freundes, des Königsberger Dichters **Walter Scheffler**.

Und nun kommt der Schriftsteller **Ottfried Graf Finckenstein** ins Spiel. Seine Tochter **Maria** von Finckenstein meldete sich aus Kanada, wo ihr Vater seine letzten Lebensjahrzehnte verbrachte. Er verstarb am 23. November 1987 im Alter von 86 Jahren in Ottawa und liegt auch dort begraben. Diesen Jahrestag nimmt Maria von Finckenstein zum Anlass, sich an uns zu wenden mit der Bitte, ehemalige Bekannte, Freunde und Verehrer seines reichen Schaffens zu finden, denn sie möchte eine Biographie ihres Vaters erstellen. Da ich mit diesem großartigen Erzähler beruflich verbunden war – bereits in den 30er Jahren, aber auch nach dem Krieg –, kann ich aus meinen Erinnerungen und meinem Archivmaterial viel Wissenswertes beisteuern. Ihr Brief ist aber an unsere Leserinnen und Leser gerichtet, und so wollen wir ihn – bis auf einige Stellen, die ich persönlich mit Maria von Finckenstein besprechen will – hier bringen.



Der Schriftsteller Graf Finckenstein Bild: privat

„Mein Vater begann im Alter von 32 zu schreiben und erwarb während der 30er Jahre einen gewissen literarischen Ruhm, da seine Romane Heimverbundenheit und auch Opferbereitschaft für die Familie und die Volksgemeinschaft widerspiegelten, was gut in die damalige Weltanschauung passte. Er bekam auch mehrere Preise und wurde zu den Weimarer Dichtertagen eingeladen. Ich habe es mir nun zur Aufgabe gemacht, Recherchen über sein Werk zu machen, wobei ich auf einen Roman gestoßen bin, der im Dezember 1933 in der ‚Deutschen Allgemeinen Zeitung‘ in 45 Folgen als Vorabdruck erschien, aber nie als Buch veröffentlicht worden ist. Der Roman wird nun in diesem Winter im Finckenstein & Samuth Verlag unter dem Titel ‚Möven über dem Bruch‘ herausgegeben.

Da meine Familie Westpreußen im Januar 1945 in Eile verlassen musste, sind seine Unterlagen und Briefe von vor dem Krieg alle verbrannt. Auch Korrespondenz nach dem Krieg ist kaum in seinem Nachlass erhalten. Finkkenstein hat nach dem Krieg noch einen großen Roman ‚Schwanengesang‘ geschrieben, und posthum sind seine Memoiren ‚Nur die Störche sind geblieben‘ 1994 beim Langen Müller Verlag erschienen. Sie enden allerdings Anfang der 30er Jahre. Ich hoffe nun, das Bild in einer Biographie zu vervollständigen, auch indem ich zeige, wie andere ihn gesehen haben. Ich bitte die Leser der *Preußischen Allgemeinen Zeitung*, welche Briefe, Fotos, Begegnungen mit ihm oder ähnliches besitzen, sich über den Verlag der *PAZ* an mich zu wenden. Auch Reaktionen oder Kommentare zu seinem Werk würden mich interessieren. Er hat in der *PAZ* bis kurz vor seinem Tode ‚Erzählchen‘, wie er sie nannte, herausgegeben. Nun ist er bedauerlicherweise etwas in Vergessenheit geraten, obwohl seine Werke wertvolle historische Dokumente sind, die das ehemalige Leben auf den westpreußischen Gütern in eindringlicher und anschaulicher Weise darstellen, so, wie er es selber noch erlebt hat.“

Soweit der Brief von Maria von Finckenstein. Es ist nun die Frage, wie unsere Leserinnen und Leser die Suchende erreichen. Ein erster Kontakt kann über ihre E-Mail-Adresse erfolgen (maria.vonfinckenstein@gmail.com). Im Dezember kommt die in Kanada Lebende für ein halbes Jahr nach Berlin. Es wäre ratsam, solange zu warten, bis ich ihre Berliner Anschrift veröffentlichen kann. Eine Weiterleitung über unsere Redaktion, wie Frau von Finckenstein vorschlägt, ist möglich, könnte aber zu Verzögerungen führen. So ist der heutige Beitrag als erste Information zu verstehen, zugleich aber auch als ein Gedenken an den ostdeutschen Romancier und sein reiches Schaffen zu seinem 25. Todestag. *R.G.*

Wir gratulieren ...



ZUM 100. GEBURTSTAG

Busch, Olga, geb. **Pfeffer**, aus Lyck, am 23. November

ZUM 99. GEBURTSTAG

Klockenhoff, Gertrud, geb. **Sachs**, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 23. November

ZUM 98. GEBURTSTAG

Brandt, Ida, geb. **Kaleyta**, aus Stosnau, Kreis Treuburg, am 24. November

Ott, Grete, geb. **Rosengart**, aus Prostken, Hauptstraße 45, Kreis Lyck, am 25. November

Scheffler, Erna, geb. **Ehrenhardt**, aus Alexbrück, Kreis Ebenrode, am 22. November



ZUM 95. GEBURTSTAG

Eutebach, Hiltrud, geb. **Szelepusa**, aus Garbassen, Kreis Treuburg, am 23. November

Mett, Elsbeth, aus Groß Degesen, Kreis Ebenrode, am 21. November

ZUM 94. GEBURTSTAG

Schelinski, Ursula, geb. **Gehrmann**, aus Rehfeld, Kreis Heiligenbeil, am 18. November

ZUM 93. GEBURTSTAG

Boeck, Marianne, aus Neidenburg, am 20. November

Chmielewski, Ilse, geb. **Orlowski**, aus Groß Schiemanen, Kreis Ortelsburg, am 22. November

Domscheit, Christel, aus Försterei Ostau, Kreis Ortelsburg, am 24. November

Lebrecht, Erna, geb. **Zeise**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 24. November

Kotzenski, Erna, geb. **Labusch**, aus Freudengrund, Kreis Ortelsburg, am 20. November

Scheike, Christel, geb. **Sokolowski**, aus Ortelsburg, am 19. November

Strusch, Herta, geb. **Willuda**, aus Freiort, Kreis Lötzen, am 23. November

Trojanzik, Ernst, aus Gordeiken, Kreis Treuburg, am 25. November

Völklein, Margarete, geb. **Gliemann**, aus Lyck, Hindenburgstraße 32, am 24. November

Wernikowski, Gertrud, geb. **Zemke**, aus Soldau, Kreis Neidenburg, am 25. November

ZUM 92. GEBURTSTAG

Borchardt, Frieda, geb. **Christochowitz**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 23. November

Ebeling, Margarete, geb. **Nieswandt**, aus Moritzruhe, Kreis Ortelsburg, am 23. November

Götze, Hildegard, geb. **Lasarzik**, aus Krupinnen, Kreis Treuburg, am 25. November

Hebestreit, Lieselotte, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 23. November

Hinz, Eva, geb. **Wöllmann**, aus Amalienhof, Kreis Preußisch Eylau, am 21. November

Kieckebusch, Ernst von, aus Hoof, Kreis Preußisch Eylau, am 19. November

Klein, Waltraud, geb. **Littek**, aus Weißengrund, Kreis Ortelsburg, am 25. November

Metzner, Hildegard, geb. **Passargus**, aus Ruckenfeld, Kreis Elchniederung, am 19. November

Noetzel, Ella, geb. **Kämereit**, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 25. November

Pangritz, Gerhard, aus Korschen, Kreis Rastenburg, am 19. November

Salomon, Dr. Günter, aus Ebenrode, am 21. November

Sindermann, Martha, geb. **Wottke**, aus Schulstein, Kreis Samland am 24. November

ZUM 91. GEBURTSTAG

Gorny, Gertrud, geb. **Eberwein**, aus Widminnen, Kreis Lötzen, am 23. November

Kafka, Lisbeth, geb. **Konetzka**, aus Ortelsburg, am 22. November

Littwin, Fritz, aus Kalgendorf, Kreis Lyck, am 22. November

Meyer, Hildegard, geb. **Kutz**, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 20. November

Schönland, Gertrud, geb. **Schories**, aus Klemenswalde, Kreis Elchniederung, am 25. November

Tuttas, Anna, geb. **Chmielewski**, aus Wittenwalde, Kreis Lyck

Viehöfer, Ursula, geb. **Leber**, aus Königsberg, Deutsch Ordensring 84, am 22. November

ZUM 90. GEBURTSTAG

Berg, Ella, geb. **Krebs**, aus Binien, Kreis Lyck, am 19. November

Ehmke, Erna, aus Ehrenwalde, Kreis Lyck, am 20. November

Geschwandtner, Inge, geb. **Metschies**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 22. November

Haak, Elly, geb. **Germuhl**, aus Grünau, Kreis Tilsit-Ragnit, am 23. November

Hardt, Waltraut, geb. **Willumeit-Schwark**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 24. November

Klein, Hans, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 20. November

Kloss, Kurt, aus Treuburg und Arys, Kreis Johannisburg, am 18. November

Krüger, Gertrud, geb. Szech, aus Milussen, Kreis Lyck, am 22. November

Nissen, Ursula, geb. **Pieper**, aus Fischhausen, Kreis Samland, am 21. November

Skiendzeil, Paul, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 25. November

Tessen, Lilly, aus Adlersdorf, Kreis Treuburg, am 23. November

ZUM 85. GEBURTSTAG

Becker, Herbert, aus Wilhelmsbruch, Kreis Elchniederung, am 23. November

Gayk, Hebert, aus Ortelsburg, am 21. November

Hellbusch, Klaus, aus Rostken, Kreis Lötzen, am 25. November

Just, Christel, geb. **Feuersenger**, aus Ehrenwalde, Kreis Lyck, am 20. November

Krämer, Else, geb. **Rade**, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 20. November

Krink, Eugen, aus Heybutten, Kreis Lötzen, am 19. November

Letkow, Siegfried, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 134, am 19. November

Lorenzen, Erika, geb. **Schmalz**, aus Flammberg, Kreis Ortelsburg, am 22. November

Nibler, Hildegard, geb. **Erdt**, aus Milussen, Kreis Lyck, am 25. November

Osygus, Edith, geb. **Schwittay**, aus Borken, Kreis Ortelsburg, am 23. November

Reinhartz, Anna, geb. **Hein**, aus Bredauen, Kreis Ebenrode, am 25. november

Roese, Heinz, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 23. November

Schöffel, Charlotte, geb. **Saparautzki**, aus Tawellenbruch, Kreis Elchniederung, am 20. November

Somplatzki, Elfriede, aus Gedwangen, Kreis Neidenburg, am 19. November

Sperzel, Waltraut, geb. **Erzberger**, aus Lindental, Kreis Elchniederung, am 21. November

Titel, Klaus, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 20. November

Waschk, Reinhold, aus Martinshagen, Kreis Lötzen, am 23. November

Wrege, Max, aus Kornau, Kreis Ortelsburg, am 21. November

ZUM 80. GEBURTSTAG

Adams, Christel, geb. **Schippling**, aus Pobethen, Kreis Samland, am 22. November

Ahlgrimm, Hanna, geb. **Lunau**, aus Plautwehnen, Kreis Samland, am 25. November

Blaurock, Heinz, aus Hansbruch, Kreis Lyck, am 25. November

Breidenbach, Helga, geb. **Warda**, aus Lyck, Kaiser Wilhelm Str.138, am 25. November

Bukowski, Reinhold, aus Kandien, Kreis Neidenburg, am 23. November

Chilenski, Friedrich, aus Skottau, Kreis Neidenburg, am 21. November

Dankel, Gertrud, geb. **Steinert**, aus Treuburg, am 22. November

Dörk, Ingeborg, geb. **Mondry**, Kreis Ortelsburg, am 20. November

Ebeling, Edith, geb. **Pehl**, aus Gedwangen, Kreis Neidenburg, am 19. November

Elmenthaler, Günther, aus Burgkampen, Kreis Ebenrode, am 20. November

Fuchs, Edith, geb. **Nitschkowski**, aus Herzogskirchen, Kreis Treuburg, am 24. November

Godzieba, Hans-Helmut, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 23. November

Iwohn, Gerhard, aus Pillau, Kreis Samland, am 24. November

Klesz, Erhard, aus Borken, Kreis Ortelsburg, am 22. November

Klos, Irmgard, geb. **Schönfeld**, aus Gusken, Kreis Lyck, am 24. November

Kowalczik, Erich, aus Radegrund, Kreis Ortelsburg, am 23. November

Kurt, Horst, aus Lyck, Yorkstraße 26, am 23. November

Noack, Christa, geb. **Vogel**, aus Diewens, Kreis Samland, am 22. November

Paul, Ingeborg, geb. **Hirschfeld**, aus Seehausen, Kreis Ebenrode, am 20. November

Petscheleit, Ernst, aus Pillau, Kreis Samland, am 22. November

Preuss, Wanda Hildegard, geb. **Böhnke**, aus Birkenheim, Kreis Elchniederung, am 24. November

Roehr, Helmut, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 23. November

Kreisgemeinschaften erteilen Auskunft:

Die Rechtslage schreibt vor, dass Adressen nur veröffentlicht werden dürfen, wenn in jedem Einzelfall das Einverständnis der Betroffenen vorliegt. Diese Vorgabe zu erfüllen würde einen Arbeitsaufwand erfordern, den die Redaktion nicht bewältigen könnte. Um rechtlich auf der sicheren Seite zu stehen, haben wir uns daher entschlossen, die aktuellen Anschriften der Jubilare nicht mehr zu veröffentlichen.

Damit Glückwunsch- und Grußkarten die Jubilare doch noch erreichen können, haben die Vertreter der Kreisgemeinschaften bei der diesjährigen Ostpreußischen Landesvertretung (OLV) sich dazu bereit erklärt, bei der Adressenvermittlung behilflich zu sein. Wer also einem Jubilar persönlich gratulieren möchte, wende sich bitte an die angegebene Kreisgemeinschaft. Ihre *PAZ*

Runde, Klaus, aus Kornau, Kreis Ortelsburg, am 23. November

Sarzio, Hildegard, geb. **Lasl**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 20. November

Solka, Jost, aus Steintal, Kreis Lötzen, am 25. November

Stacklies, Heinz-Günter, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 25. November

Stölten, Erika, geb. **Malone**, aus Galbrasten/Dreifurt, Kreis Tilsit-Ragnit, am 21. November

Strelitz, Erika, geb. **Domahs**, aus Krupinnen, Kreis Treuburg, am 20. November

Walter, Hans, aus Neidenburg, am 24. November

Wissuwa, Irmgard, aus Birkenwalde, Kreis Lyck, am 20. November

Zerrath, Heinrich, aus Trumpenau, Kreis Elchniederung, am 24. November

ZUM 75. GEBURTSTAG

Ademeit, Ruth, geb. **Warich**, aus Lilienfelde, Kreis Ortelsburg, am 21. November

Blake, Irmgard, geb. **Birth**, aus Schwengels, Ortsteil Dothen, Kreis Heiligenbeil, am 19. November

Bolm, Klaus-Eberhard, aus Neidenburg, am 23. November

Jaacks, Erika, geb. **Segendorf**, aus Preußenwall, Kreis Ebenrode, am 19. November

Jurkschat, Gerhard, aus Hochmühlen, Kreis Ebenrode, am 23. November

Mikolaiczyk, Christel, geb. **Reschatzki**, aus Streitswalde, Kreis Heiligenbeil, am 24. November

Ottenberg, Dr. Horst, aus Sinnhöfen, Kreis Ebenrode, am 20. November

Pogodda, Karl, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 19. November

Thiede, Felicitas, geb. **Schauk**, aus Schönfelde, Kreis Allenstein, am 20. November

Walter, Renate, geb. **Lück**, aus Schiemanen, Kreis Neidenburg, am 23. November

Wittek, Ulrich, aus Rohmanen, Kreis Ortelsburg, am 25. November

Neuer online-Auftritt

Die **Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung** hat eine neue Website. Ab sofort informiert die Bundesstiftung, deren Stiftungsrat LO-Sprecher Stephan Grigat angehört, unter www.sfvv.de umfassend über ihre Arbeit.

Alle Angebote sind in deutscher und englischer Sprache verfügbar. Unter den Menüpunkten „Stiftung“, „Ausstellungen“, „Forschung und Sammlung“, „Veranstaltungen“ und „Presse“ finden Internetnutzer Informationen zur Institution und ihren verschiedenen Arbeitsbereichen. Dazu zählen zum Beispiel Informationen über das Profil des geplanten Ausstellungs-, Dokumentations- und Informationszentrums, die Gremien und Publikationen. Außerdem stehen verschiedene Serviceangebote zur Verfügung. Technik und Gestaltung der neuen Internetpräsenz entsprechen den neuesten Standards. Das zentrale gestalterische Element bildet eine Galerie von Fotos, die auf den verschiedenen Unterseiten automatisch wechselnd als Hintergrundbild angezeigt werden. *PAZ*

Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung, Mauerstraße 83/84, 10117 Berlin. Telefon (030) 206 29 98-0, Fax (030) 206 29 98-99, E-Mail: info@sfvv.de

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

TERMINE DER LO

Jahr 2013

9./10. März 2013: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Bad Pyrmont.

16./17. März 2013: Arbeitstagung der Vorsitzenden der Deutschen Vereine in Sensburg (Ostpreußen).

15. Juni 2013: Sommerfest der Deutschen Vereine in Osterode (Ostpreußen).

27. bis 29. September 2013: 9. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein. Geschlossener Teilnehmerkreis.

18. bis 20. Oktober 2013: 6. Deutsch-Russisches Forum. Geschlossener Teilnehmerkreis.

Auskünfte bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-0.

HÖRFUNK & FERNSEHEN

SONNABEND, 17. November, 17.40 Uhr, Arte: Verschollene Filmschätze – 1967: Präsident de Gaulle in Quebec.

SONNABEND, 17. November, 20.15 Uhr, Vox: Leben mit der Pleite: Ende oder Wende?

SONNABEND, 17. November, 20.15 Uhr, 3sat: Rommel. D 2012.

SONNABEND, 17. November, 21.45 Uhr, Phoenix: ZDF-History – Auf der Flucht – Verfolgt in Hitlers Reich.

SONNABEND, 17. November, 22.25 Uhr, 3sat: Der Fall von Jakob von Metzler. TV-Justiztragödie.

SONNTAG, 18. November, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat.

SONNTAG, 18. November, 16 Uhr, ZDF: Feierstunde des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge. Festakt in Berlin.

SONNTAG, 18. November, 20.15 Uhr, HR: Schätze auf vier Rädern. Vergnüglicher Rückblick auf mehr als hundert Jahre „Chromglanz und Automobilgeschichte“.

MONTAG, 19. November, 15.15 Uhr, HR: Deutschlands älteste Bäume.

MONTAG, 19. November, 20.15 Uhr, ARD: Sie bringen den Tod. „Sterbehelfer in Deutschland“.

MONTAG, 19. November, 21.45 Uhr, BR: Lebenslinien. Wenn ein Kind ermordet wird – 17 Jahre später.

DIENSTAG, 20. November, 20.15 Uhr, RBB: Geheimnisvolle Orte. „Das Kernkraftwerk Rheinsberg“.

DIENSTAG, 20. November, 20.15 Uhr, ZDF: Geheimnisse des Zweiten Weltkriegs. „Die Krankenakte Hitlers“.

DIENSTAG, 20. November, 20.45 Uhr, MDR: Der Osten – Entdecke wie du lebst. Orte der Erinnerung – Elias- und Johannisfriedhof in Dresden.

DIENSTAG, 20. November, 22.45 Uhr, RBB: Schätze Brandenburgs. Schloss Rheinsberg.

MITTWOCH, 21. November, 14.10 Uhr, Arte: Verschollene Filmschätze. 1955: Die Tragödie von Le Mans.

MITTWOCH, 21. November, 21.45 Uhr, HR: Verarmt, verstorben, verscharrt – Wenn der Tod zu teuer ist.

MITTWOCH, 21. November, 22.03 Uhr, N-TV: Erdbeben – Die vernichtende Naturgewalt.

DONNERSTAG, 22. November, 22.10 Uhr, Vox: Wenn Kinder Kinder kriegen.

FREITAG, 23. November, 11.30 Uhr, NDR: Marderhunde – Vom Amur bis zur Elbe.

FREITAG, 23. November, 20.15 Uhr, 3sat: Vergrabene Schicksale. Umbetter Joachim Kozlowski sucht und identifiziert gefallene Soldaten des Zweiten Weltkriegs, um sie in heimischer Erde zu bestatten.

FREITAG, 23. November, 21.15 Uhr, N24: Kampf gegen „Krokodil“ – Russlands neue Todesdroge.

Landsmannschaftliche Arbeit Landesgruppen

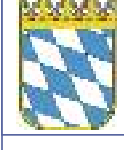


BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Reutlingen – Sonnabend, 17. November, 14 Uhr, Treffpunkt für Ältere, Gustav-Werner-Straße 6a: Die Gruppe trifft sich zum **Herbstfest.** Nach der geselligen Kaffeerunde wird der Bild- und Wortvortrag von Herrn Jermann gezeigt mit dem Titel: „Reise nach Südostpreußen im Juni 2012 mit Bezug auf diese unsere Heimat vor 1945“. Die musikalische Umrahmung übernimmt die Senioren-Mundharmonikagruppe der Volkshochschule Pfullingen. Es werden bekannte Weisen erklingen und auch Lieder zum Mitsingen gespielt. Zwischendurch wird Herbstliches von Hildegard Zeiss rezitiert. Alle Landsleute und alle die unsere Heimat lieben sind herzlich eingeladen.

Stuttgart – Mittwoch, 21. November, 18 Uhr, Haus der Heimat, Schlossstraße 92, Stuttgart, Bibliothek, 4. OG: „Ich habe keine Zeit gehabt, zu Ende zu schreiben“: **Soirée mit Gedichten von Selma Meerbaum-Eisinger** im Haus der Heimat. Der früh verstorbenen Dichterin Selma Meerbaum-Eisinger widmet das Haus der Heimat des Landes Baden-Württemberg eine literarisch-musikalische Soirée. Mit eingangs genanntem Satz enden die handschriftlichen Aufzeichnungen Selma Meerbaum-Eisingers, die lange als verschollen galten. Die Schauspielerin Jutta Menzel erzählt die außergewöhnliche Biografie des begabten jüdischen Mädchens und rezitiert ihre Gedichte. Begleitet wird sie von Dominik Keller auf der Klarinette. Die Veranstaltung beginnt um 18 Uhr, der Eintritt ist frei. Selma Meerbaum-Eisinger starb 1942 in einem rumänischen Arbeitslager, gerade einmal 18 Jahre alt. Einen Monat zuvor war der Tenor Joseph Schmidt in einem Internierungslager für Flüchtlinge in der Schweiz gestorben. Beide sind in Tschernowitz aufgewachsen, einer Stadt in der Bukowina, bekannt für ihre Kunst und Architektur und ihre große Vielfalt an Kulturen. Die Veranstaltung gehört zum Begleitprogramm der Ausstellung „Sein Lied ging um die Welt. Auf den Spuren des Tenors Joseph Schmidt“ des Hauses der Heimat des Landes Baden-Württemberg. Nähere Informationen im Internet: www.hdhbw.de

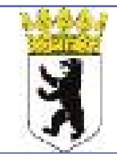


BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

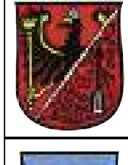
Hof – Bericht über die Monatszusammenkunft im Oktober – Die Landsleute mit Gästen der Kreisgruppe Hof trafen sich in ihrem Vereinslokal zu ihrer monatlichen Zusammenkunft. Nach der Begrüßung durch den 1. Vorsitzenden Christian Joachim und Gratulation der gewesenen Geburtstagskinder gedachten die Anwesenden in ehrendem heimatlichen Gedenken an das treue verstorbene Mitglied Helmut Marx. Der Vorsitzende hielt einen dankbaren Rückblick auf den Tag der Heimat, zur Festansprache konnte der Bundesinnenminister Dr. Hans-Peter Friedrich gewonnen werden. Die Stadt Hof bezeichnete der Redner als „erste Bastion der Freiheit“. In Moschendorf habe sich nach dem Zweiten Weltkrieg das größte bayerische Flüchtlingslager befunden: Über zwei Millionen Flüchtlinge kamen nach dem Krieg zuerst nach Hof. 15 000 Vertriebene blieben nach dem Krieg in der Stadt. Mit Volkstänzen und Kurzporträts „Komponisten aus den Vertreibungsgebieten“ gab die Volkstanzgruppe im BdV Hof unter Leitung von Jutta Starosta einen einfühlsamen Beitrag zu dieser Gedenkfeier. Als Prominenten des Nachmittags gedachte Bernd Hüttner des deutschen Meteorologen Wolfgang Thüne, der am 4. März 1943 in Rastenburg/Ostpreußen geboren wurde. Von 1971 bis 1986 war er Fernsehmeteorologe beim ZDF. Seit 2006 ist Thüne neben seinen diversen wissenschaftlichen Tätigkeiten Präsidiumsmitglied im Bund der Vertriebenen. Als Beitrag zum Erntedankfest las Bernd Hüttner aus alten Überlieferungen Bräuche und Gewohnheiten vor. Mit christlichen Worten dankte Klaus-Dieter Napromski für die reichen Gaben der Ernte. Traditionsgemäß, wie in allen Jahren, verteilte Erich Kiutra selbst gelesene, verschiedene Ähren, gebunden für jeden Anwesenden als Symbol für Korn und Brot. An den auf den Tischen ausgelegten Früchten konnte man sich bedienen. Mit gemeinsam gesungenen Liedern und kleinen Vorträgen saß man noch lange zusammen. Christian Joachim dankte für die Ausgestaltung und Mitwirkung dieses schönen Erntedanknachmittags.

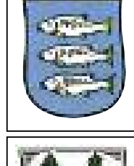
München – Sonnabend, 24. November, 14.30 Uhr, Haus des deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München: Filmvorführung „Romantisches Masuren“. Zu Beginn gemeinsame Kaffeetafel.

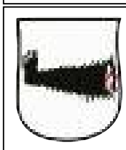


BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.







Gumbinnen / Johannisburg / Lötzen / Sensburg – Mittwoch, 7. Dezember, 14 Uhr, Oma Brink's Kartoffelhaus, Clubraum, Gradeschützenweg 139, 12203 Berlin: Treffen der Gruppen. Anfragen für Gumbinnen bei Joseph Lirche, Telefon (030) 4032681, für Johannisburg und Sensburg bei Andreas Maziul, Telefon (030) 5429917, für Lötzen bei Gabriele Reiß, Telefon (030) 75635633.



BRANDENBURG

Vors.: Elard v. Gottberg, Zarnekauer Siedlung 8a, 23701 Süsel, Telefon (04521) 4094-830, Fax (04521) 4094-831, Mobil (0173) 6254277, E-Mail: elard.gottberg@gottberg-logistik.de.

Brandenburg/Havel – Sonnabend, 17. November, 11 Uhr, **Kranzniederlegung in Marienberg.** Anfragen bei Jürgen Rasztuttis, Telefon (03381) 300703. – Donnerstag, 22. November, 14 Uhr. Landsmannschaftlicher Nachmittag: Lustiges und Besinnliches aus der Heimat Ostpreußen mit Herrn Edwin Teichert aus Potsdam. Anfragen bei Jürgen Rasztuttis, Telefon (03381) 300703. – Dienstag, 27. November, 14 Uhr, **Frauengruppe:** Plätzchen backen und Adventsgestekke anfertigen für die Heimatstube und Weihnachtsfeiern. Gäste sind herzlich willkommen. Anfragen bei Jürgen Rasztuttis, Telefon (03381) 300703.

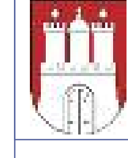
Oranienburg – Sonnabend, 1. Dezember, ab 13 Uhr, Gaststätte Nieckisch: **Weihnachtsfeier** der Ostpreußen aus Oranienburg in Schmachtenhagen. Die Gruppe begrüßt wieder Mitglieder und Gäste. Die musikalische Umrahmung gestaltet der örtliche gemischte Chor bei Kaffee und Kuchen. Abends wird ein warmes Essen mit Entenbraten Klößen, Kartoffeln, Rot- und Grünkohl gereicht. Musik und Tanz organisiert ein Alleinunterhalter. Weitere Überraschungen durch ein buntes Programm sorgen für kurzweilige Abwechslung. Der Weihnachtsmann ist auch dabei. Nähere Informationen bei Dora Opitz, Telefon (03303) 501774



BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 25 09 29, Fax (0421) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Geschäftsführer: Günter Högemann, Am Heidberg 32, 28865 Lilienthal Telefon (04298) 3712, Fax (04298) 4682 22, E-Mail: g.hoegemann@t-online.de

Bremerhaven – Freitag, 14. Dezember, Barlachhaus: **Adventsfeier.** Nur mit Anmeldung bis zum 5. Dezember. – **86. Stiftungsfest der Gruppe** – Am 26. Oktober wurde im Seniorentreffpunkt Ernst-Barlach-Haus das Jubiläum gefeiert. Als Gast konnte der Seniorenbeauftragte des Magistrats, Dietmar Kamel, begrüßt werden. Dieser informierte über die Situation und Umstrukturierung des Seniorentreffpunkts in Bremerhaven, unter anderem betrifft es auch das Vereinslokal der Gruppe, das Barlach-Haus. Die Gruppe kann vorerst weiterhin dort zusammenkommen. Die Feierstunde fiel allgemein etwas bescheidener aus als das große Jubiläum im letzten Jahr. Die Vorsitzende Marita Jachens-Paul informierte die 45 Mitglieder und Gäste über die Entstehung 1926 und den weiteren Werdegang der Gruppe. Die Barlach-Haus-Musikanten umrahmten die Feierstunde musikalisch und begleiteten die Teilnehmer bei den Heimatliedern. – **Trauer um Ehrenmitglied Paul Baumgardt** – Leider musste die Gruppe erfahren, dass der Stifter der Ostpreußenhalle mit Elchschaufel in Bremerhaven-Wulsdorf, geboren am 26. Oktober 1926 in Elbing, am 3. November verstorben ist. Zum Stiftungsfest und seinem Geburtstag ließ er Grüße ausrichten. Er wird der Gruppe fehlen. Sie wird ihn in guter Erinnerung behalten.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Hans Günter Schattling, Helgolandstr. 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

LANDESGRUPPE

Sonntag, 18. November, 11 Uhr, Haus der Heimat, Teilfeld 8: **Stunde der Begegnung** – Prof. Dr. Peter Klein erinnert in einem Vortrag und einer Ausstellung an den 150. Geburtstag des Dichters und Nobelpreisträgers für Literatur, Gerhart Hauptmann. Insbesondere würde sich die Lm. Berlin-Mark Brandenburg, Weichsel-Warthe und Schlesien freuen, viele Gäste begrüßen zu dürfen. Im Anschluss kleiner Imbiss. Telefonische Anmeldung unter (04152) 9161392 oder (040) 76980781. Der Eintritt ist frei

Referat Kultur: Sonnabend, 8. Dezember, 14 bis 17.30 Uhr (Einlass 13 Uhr) Hotel Tomfort, Langenhorner Chaussee 579, 22419 Hamburg, Telefon (040) 5278081: „Adventsfeier Landesgruppe“. Die Veranstaltung wird nach der Begrüßung mit dem gemeinsamen Singen des Heimatliedes „Land der dunklen Wälder“ beginnen. Dann folgt ein kulturelles Weihnachtsprogramm mit dem Ostpreußen-Chor (Vorsitzende Ilse Schmidt) und dem aus dem Memelland stammenden Schauspieler Herbert Tennigkeit. Den Chor dirigiert Hanna Guzinski und sie wird die Gruppe musikalisch in festliche Stimmung bringen. Aber auch das Mitsingen ist angesagt. Herbert Tennigkeit, geboren am 28. Februar 1937 in Gröszpelken, Kreis Tilsit/Ragnit, ein erfahrener Schauspieler, wird literarisch ein lebendes Ostpreußen in voller Poesie und Humor demonstrieren. Auch Nachdenkliches über die Worte unserer Denker und Dichter wird den Teilnehmern nahegebracht werden. Die Veranstaltung leitet Kulturreferent Siegfried Grawitter, 22089 Hamburg, Evastraße 3b, Telefon (040) 205784. Das Hotel ist zu erreichen mit U1 bis Ochsenzoll, dann zirka 400 Meter Fußweg oder Bus 292 bis AK-Ochsenzoll. Übernachtungen sind möglich. DZ 70 Euro, EZ 50 Euro Die Gruppe freut sich auf ein Wiedersehen! Gäste sind herzlich willkommen. *H.G.S.*

BEZIRKSGRUPPE

Hamburg-Bergedorf – Freitag, 23. November, 15 Uhr, Haus des Begleiters, Ludwig-Rosenberg-Ring 47: Lesung zum Thema „Ostpreußen – so sind wir – lache on griene en einem Sack“. Gäste sind willkommen.

Hamburg-Billstedt – Die Gruppe trifft sich jeden ersten Dienstag im Monat um 14.30 Uhr im Vereinshaus Billstedt-Horn, Möllner Landstraße 197, 22117 Hamburg (Nähe U-Bahn-Station Steinfurter Allee). Gäste sind willkommen. Informationen bei Anneliese Papiz, Telefon (040) 73926017.

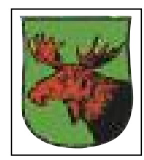
Harburg/Wilhelmsburg – Montag, 26. November um 15 Uhr, Heimatnachmittag im Gasthaus „Waldquelle“, Meckelfeld, Höpenstraße 88 (mit Bus 443 bis Waldquelle). Manfred Samel zeigt einen Film neueren Datums „Flug über Nord-Ostpreußen (Elchniederungen). – Montag, 10. Dezember, 15 Uhr, Gasthaus „Waldquel-

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17

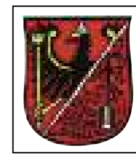
Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

le“, Meckelfeld, Höpenstraße 88 (mit Bus 443 bis Waldquelle): Heimatnachmittag. Vorweihnachtliche Feier nach ostpreußischer Art.

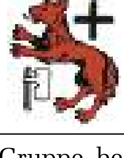
KREISGRUPPE



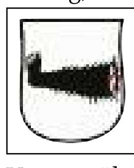
Elchniederung – Mittwoch, 5. Dezember, 14 Uhr, Café Prinzess, Alsterdorfer Straße 572, U- und S-Bahn-Haltestelle Ohlsdorf, dann in wenigen Gehminuten zu erreichen: Treffen der Gruppe zu einem **Adventsnachmittag** mit heimatlichem Schabbern, weihnachtlichem Singen und Julklapp (bitte Päckchen mitbringen). Gäste sind herzlich willkommen.



Gumbinnen – Sonnabend, 24. November, 14 bis 17 Uhr. Haus der Heimat, Teilfeld 8: **Kulturelles Programm in Erinnerung an die Weihnachtsabende in der Heimat.** Gegen 15 Uhr gibt es eine gemütliche Kaffeepause. Gäste sind herzlich willkommen. Zu erreichen mit der S-Bahn bis Stadthausbrücke oder mit der U-Bahn bis Rödingsmarkt. Dann Fußweg von zirka sechs Minuten in Richtung Michaeliskirche. Ein Fahrstuhl ist im Haus vorhanden. Leitung: Hans Günter Schattling, Helgolandstraße 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379



Heiligenbeil – Sonntag, 2. Dezember, 14 Uhr, Seniorentreff der AWO, Bauerbergweg 7: Die Gruppe begeht ihre **Weihnachtsfeier.** Mitglieder und Freunde sind herzlich eingeladen, natürlich auch die Mitglieder der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil, die in und um Hamburg wohnen. Die Gruppe will gemeinsam am Sonntag, dem ersten Advent, mit Gedichten, Liedern, Geschichten und Bildern aus dem „Schätzkästchen Ostpreußen“, auf die Adventszeit und das Weihnachtsfest einstimmen. Der Seniorentreff ist erreichbar mit der Bus-Linie 116 ab U-Bahnhof Billstedt, U-Bahnhof Wandsbek-Markt und U-Bahnhof Hammer Kirche bis Bauerberg. Von hier sind es noch zwei Minuten Fußweg. Kostenbeitrag für Kaffee und Kuchen fünf Euro. Anmeldung bei Lm. Konrad Wien, Telefon (040) 53254980 bis Freitag, 30. November.



Sensburg – Sonntag, 18. November, 14 Uhr, Polizeisportheim, Sternschanze 4, 20357 Hamburg: Vortrag über die Insel Bornholm von G. Kröger. Im Anschluss an den Vortrag Besprechung über die Zukunft der Gruppe. Gäste sind herzlich willkommen.



HESSEN

Vorsitzender: Wolfgang Warnat, Robert-Koch-Weg 5, 35578 Wetzlar, Telefon (06441) 204 39 99.

Darmstadt – Außergewöhnlicher musikalischer Nachmittag im Kranichsteiner Bürgerhaus am See – Der Vorsitzende Gerhard Schröder begrüßte besonders die Musikstudentin Meike Bohn aus Mainz. Danach schilderte er noch einige Begebenheiten, die sich in Königsberg und Ostpreußen ereignet hatten. Dieter Leitner berichtete von einem Seminar in Travemünde, bei dem er im Rahmen der Thematik „Integration und Versöhnung“ einen Vortrag gehalten hatte. Auf einem Tisch hatte er Fotos vom „Tag der Danziger“ ausgebreitet, der zum 62. Mal im Gedenken an die Heimat stattfand. Gerhard Turowski sprach ein geistliches Wort; Anni Oest grüßte alle, die Geburtstag hatten, mit einem besinnlichen Gedicht. Es folgte meisterliches Musizieren von Meike Bohn. Auf dem Piano, der Violine und Gitarre sowie gesanglich gab sie ein buntes Potpourri von Melodien. Ihre musikalische und technische Souveränität löste bei den Zuhörern Begeisterung aus. Alles griff nahtlos ineinander, nicht nur im äußeren Ablauf. Sie sang auch im Duett mit Gisela Keller und manchmal konnte das Publikum mitsingen. Lohnt es sich in unserer Gesellschaft überhaupt noch, das selbsttätige Musizieren mit Tonleitern und Gehörübungen, wenn es CD und Radio viel besser können? Meike Bohn suchte die Beglükkung mit der Musik, der Kunst, die zu den Ohren redet. Offensichtlich hat sie sich ein Wort von Carl Orff zu eigen gemacht: „Lieber die Geige in der Hand als die Antenne auf dem Dach.“

Dillenburg – Mittwoch, 28. November, 15 Uhr, Cafe Eckstein, Königsberger Straße: **Monatsversammlung.** Lothar und Gundborg Hoffmann sowie Dietmar Balschun werden auf die Adventszeit einstimmen mit der Betrachtung des Altarbildes von Emil Nolde unter dem Motto „Mit den Hirten will ich gehen, meinen Heiland zu besehen“.

Frankfurt am Main – Mitglieder der Kreisgruppe unternahmen eine **Reise in den goldenen Oktober**. Das Unternehmen stand unter dem Motto: „Auf den Spuren unserer Salzburger Vorfahren“ und führte nach Altenmarkt im Pongau ins Salzburger Land. Bei bereits schneebedeckten Bergspitzen, strahlendem Sonnenschein und herrlich klarer Sicht wurde die Gruppe in der Heimat der Vorfahren begrüßt. Jeder fünfte Ostpreuße hat seine Wurzeln in diesem Land. In sehr eindrucksvoller Umgebung lag das neu hergerichtete Hotel, ein ehemaliger Gutshof, inmitten einer großen Wiese. Vom Eigentümer erfuhren die Teilnehmer, dass seine Familie aus Bayern stamme und 1731 in den Pongau eingewandert war, da hier leerstehende Bauernhöfe und Land sehr günstig zu erwerben waren. In Gesprächen mit Einheimischen konnte die Gruppe feststellen, dass sie über das schwarze Kapitel aus dieser Zeit der Verfolgungen und Vertreibungen protestantischer Christen in ihrer Geschichte bestens Kenntnis hatten. Selbst nach 280 Jahren sparten sie nicht an Kritik an der Vorgehensweise der damaligen Kirchenvertreter. So entdeckten die Teilnehmer Plakate, die auf eine viertägige Vortragsreihe des Schriftstellers Walter Mauerhofer aufmerksam machten. Fast jedes Geschäft im Ort hatte dieses Plakat in den Schaufenstern oder als Aufsteller neben der Warenauslage. Die dazu gehörenden Faltblätter waren komplett vergriffen. Unter dem Thema: „Weil sie der Bibel glaubten – Die Vertreibung von beinahe 20 000 Pongauern im 18. Jahrhundert“, wurde diese dunkle Geschichte näher betrachtet. Fast die Hälfte der Bevölkerung wurde des Landes verwiesen, hunderte Bauernhöfe verwaisten, tausende Kleinkinder wurden den Eltern entrissen. Es folgten wirtschaftlicher und kultureller Niedergang im ganzen Land. Folterungen waren an der Tagesordnung. Diese aufwendig durchgeführte Auseinandersetzung mit der Vergangenheit machte die Gäste nachdenklich. Was würde wohl bei uns geschehen, wenn sie in ähnlicher Art auf ihre Vertreibung vor 67 Jahren hinwiesen. Vermutlich würden die Plakate nicht einmal einen Tag die Öffentlichkeit unbeschadet überleben. Dass die ostpreußischen Nachkommen den Kontakt zu ihrer ursprünglichen Heimat im Pongau nicht verloren haben, wurde auch über den Deutschen Alpenverein deutlich. 1927/28 wurde zum Gedenken der Salzburger Exulanten von der Königsberger Sektion des Alpenvereins in der Nähe von Werfen in 1630 Metern Höhe die Ostpreußenhütte erbaut. In der Hütte erinnern noch heute Karten, Wappen und Bilder zahlreicher Städte an die ostpreußische Heimat der Gründerväter. Neben Bildern von Königsberg, Allenstein, Insterburg und weiteren ostpreußischen Städten hängen echte Kurenwimpel von Haffkuttern in der Hütte. Auch ein Bild von Immanuel Kant fehlt nicht. Am Ende ihrer Reise mussten die Teilnehmer feststellen, dass die Zeit nicht ausreicht, alle Facetten dieses Teils ihrer Geschichte aufzunehmen.

Wetzlar – Auf Antrag des heimatvertriebenen Musikpädagogen und Volkskundlers Edgar Hobinka übernahm die Stadt Wetzlar durch Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 29. März 1962 die **Patenschaft für das Ostdeutsche Lied**, mit der die Aufgabe gestellt war, das Liedgut der deutschen Siedlungsgebiete in Mittel- und Osteuropa vor der Vergessenheit zu bewahren und mit seiner Pflege einen Beitrag zur europäischen Verständigung zu leisten. Unter der ehrenamtlichen Leitung von Edgar Hobinka entstand eine zentrale Sammel- und Auskunftsstelle für das ostdeutsche Liedgut. Nach dem Tode Edgar Hobinkas im Jahre 1989 wurde der in Wetzlar wohnhafte Ludwig-Erk-Forscher Prof. Dr. Ernst Schade mit der ehrenamtlichen Leitung beauftragt. Ihm folgte 1993 der Wetzlarer Lehrer Ewald Loh. Seit 2003 betreut Gerhard König die Liedpatenschaft, die sich schon längst nicht mehr auf die früheren deutschen Siedlungsgebiete im Osten beschränkt, sondern den gesamten deutschen Sprachraum umfasst. Die Patenschaftsstelle hat inzwischen über 1700 Liederbücher und eine Vielzahl von Liederblättern gesammelt. Die elektronische Lieddatei enthält nunmehr zirka 65 000 Einträge, wobei ein Teil der Lieder mit unterschiedlicher Bearbeitung mehrfach eingetragen ist. Auch steht eine Fachbibliothek zur Verfügung. Von der Patenschaftsstelle wurden mehrere Liederbücher und Broschüren herausgegeben, die sich einer konstanten Nachfrage erfreuen. Außerdem veranstaltet die Patenschaftsstelle regelmäßig Liederabende und Ausstellungen, die das ostdeutsche Lied zum Inhalt haben. Der letzte Lieder-abend fand zum 50-jährigen Bestehen am 7. Oktober statt. Das Programm gestaltete der Sing- und Spielkreis Heidelberg. Die finanziellen Aufwendungen der Patenschaftsarbeit trägt die Stadt Wetzlar. Nach 50 Jahren seit Übernahme der Patenschaft kann festgestellt werden, dass diese mit Leben erfüllt ist und im Sinne des Initiators Edgar Hobinka gepflegt wird. Kontaktadresse: Patenschaft der Stadt Wetzlar für das Ostdeutsche Lied, Hauser Gasse 17, 35573 Wetzlar, Telefon (06441) 991031, Fax (06441) 991034, E-Mail: ostdeutscheslied@wetzlar.de

Wiesbaden – Donnerstag, 22. November, 18 Uhr, Gaststätte Haus Waldlust, Ostpreußenstraße 46 Rambach: **Festliches Wildessen.** Der Heimatnachmittag im September war verbunden mit einer außerordentlichen Mitgliederversammlung. Einziger Tagesordnungspunkt war die Beschlussfassung zur Änderung der Satzung, die den derzeitigen Gegebenheiten angepasst wurde. Der Vorschlag des Vorstandes wurde von den Mitgliedern einstimmig angenommen und genehmigt. Vor dem offiziellen Teil gedachten die Landsleute ihres am 9. September im Alter von 92 Jahren verstorbenen Ehrenmitglieds Anneliese Franz. Bei der Trauerfeier in Mutterstadt hatten Vertreter des Wiesbadener Kreisverbandes Abschied von der einstigen Landesvorsitzenden und späteren Ehrenvorsitzenden der LOW-Hessen genommen. Mit bewegten Worten erinnerte der Vorsitzende, Dieter Schetat, an Stationen im Leben und Wirken der Verstorbenen. „Mit unserer Landsmannschaft fühlte sich Anneliese Franz eng verbunden, und wir freuten uns, wenn sie zu den Veranstaltungen nach Wiesbaden kam“, sagte Schetat. Ihr Kommen wussten alle umso mehr zu schätzen, da ihr die Zugfahrten von Mutterstadt in letzter Zeit zunehmend beschwerlicher wurden. Doch die „Landesmutter“ – wie sie liebevoll genannt wurde – nahm das gern in Kauf und meinte, „ich gehöre doch zu der Wiesbadener Familie und möchte an den heimatlichen Zusammenkünften teilnehmen, solange es noch geht“. Obwohl Anneliese Franz eher klein und zierlich von Gestalt, war sie dennoch eine herausragende Persönlichkeit. So ist nicht verwunderlich, dass Sie im Jahre 1985 einstimmig an die Spitze der Landesgruppe Hessen, gewählt wurde – und das wiederholt über 20 Jahre hindurch. „Durch ihr Engagement hat sich die Anneliese Franz Respekt und Anerkennung erworben. Zahlreiche Auszeichnungen haben ihr Engagement gewürdigt“, resümierte Dieter Schetat und nannte als Beispiel die Ehrung mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande, den Ehrenbrief des Landes Hessen und die Verdienstmedaille des Bundes der Vertriebenen, Landesverband Hessen. „Die Wiesbadener Landsmannschaft wird sich gerne an Anneliese Franz erinnern“, schloss der Vorsitzende. Mit der Rezitationen zum „Erntedank in der Heimat“ begann die anschließende besinnliche Feierstunde im festlich geschmückten Saal des Hauses der Heimat. Helga Kukwa, Leiterin der Frauengruppe, und Lieselotte Paul hatten ein harmonisches Programm zusammengestellt, in dessen Mittelpunkt die „heimatliche Kartoffelernte“ und das „tägliche Brot“ standen. Zum Schmunzeln regte das Gedicht des inzwischen verstorbenen Mitglieds Heinz Adomat an: „Der Kardel und das „Liebe Gottche“. Zwischen den Textteilen erfreute der Frauenchor unter Leitung von Liesl Zekert die Gäste mit stimmigem Gesang: Unter anderem erklangen „Wir pflügen und wir streuen“ und „ Ist wohl eine schöne Zeit“. Den Abschluss bildete das gemeinsam gesungene Lied „Kein schöner Land in dieser Zeit“.

Regeln für Einsendungen

Liebe Landsleute, Kreisvertreter und Mitarbeiter der Landes- und Kreisgruppen,

aufgrund vieler Vorschläge möchte die Redaktion Ihren Anregungen nachkommen und einmal die Regeln und die Form für Berichte für die Rubriken „Aus den Heimatkreisen“ und „Landsmannschaftliche Arbeit“ abdrucken.

Die Mitteilungen der Termine sollten sich nur auf allgemeine Ankündigungen beschränken in der **Reihenfolge Wochentag, Datum, Zeitpunkt, Ort und Art der Veranstaltung** . Über der Meldung sollte deutlich das Bundesland und der Ort, beziehungsweise die Kreisgemeinschaft stehen, unter der der Beitrag erscheinen soll. Einsendeschluss ist jeweils **Freitag der Vorwoche, 12 Uhr.**

Berichte sollten nicht länger als eine Din-A4-Seite lang sein. Da es in der Regel bei jedem Treffen leckeren Kuchen und Kaffee gibt, sowie das Absingen des Ostpreußenliedes ebenso dazu gehört, bitten wir, dies in den Beiträgen nicht zu erwähnen. Die Anregung, zu Berichten gelegentlich auch Fotos zu veröffentlichen, nehmen wir gerne auf, jedoch unter der Voraussetzung, dass die Fotos in einer druckfähigen Qualität sind. Sie erleichtern uns die Arbeit erheblich, wenn Sie Texte und Fotos auf elektronischem Wege übermitteln, am besten direkt an die zuständige Redakteurin, Manuela Rosenthal-Kappi, E-Mail: rosenthal@preussische-allgemeine.de. Vielen Dank im Voraus

Ihr *PAZ*-Team



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Braunschweig – Mittwoch, 28. November, 15 Uhr, Stadtparkrestaurant (Eingang Seniorenclub), Jasperallee 42: Treffen der Gruppe. Burkhard von Henninges hält einen Lichtbildervortrag über „Eine Wanderung durch Trakehnen um 1939 in Bildern über die Jahre bis 2012“. Gäste sind herzlich willkommen. – Mittwoch, 5. Dezember, 15 Uhr, Stadtparkrestaurant: Vorweihnachtliches Beisammensein mit einer gemeinsamen Kaffeetafel, Liedern, Gedichten und kleinen Geschichten sowie musikalischer Umrahmung.

Göttingen – Sonntag, 2. Dezember, 15 Uhr, Gemeindesaal der Kirchengemeinde Marai-Frieden, Göttingen-Geismar: Die Gruppe lädt alle Mitglieder und Freunde zur Adventsfeier ein. Anmeldungen bis zum 25. November bei Werner Erdmann, Holtenser Landstraße 75, 37079 Göttingen.

Osnabrück – Donnerstag, 6. Dezember, 15 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43: Literaturkreis.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Landesgruppe – Kulturtagung im Zeichen Friedrichs des Großen – Zum Abschluss des Preußenjahres 2012 stellte die Landesgruppe NRW Friedrich II. in den Mittelpunkt ihrer Herbstkulturtagung in Oberhausen, die gleich mit ihrem Höhepunkt begann: Friedrich der Große erschien höchstpersönlich. Begleitet von einem Offizier vom Regiment Nr. 15, dem Leibregiment des Königs, und von einem Musketier des Regiments von Winterfeld zog er unter den Klängen des „Fridericus Rex“ in den Saal ein, angetan mit einem gewöhnlichen Offiziersrock ohne Schmuck, nur mit dem Adlerorden versehen, mit Perücke und Dreispitz und huldvoll grüßend. Das Volk war begeistert. Majestät blieb den ganzen Tag über da und stand den unermüdlich Fotografierenden zur Verfügung. Er geruhte die Königsberger Klopse sichtlich zu genießen und rauchte Zigarillos, obwohl er die Schnupftabakdose bei sich trug. Der unter Geheimhaltung vorbereitete Auftritt wurde durchgeführt von der „Interessengemeinschaft 18. Jahrhundert Leben zur Zeit Friedrichs des Großen“. Der Historiker Michael Weigand schilderte in seinem Vortrag „Friedrich der Große“ das Preußen des 18. Jahrhunderts, seine Entwicklung zur Großmacht und die Spuren Preußens bis heute. Er struk-

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

turierte seinen Vortrag nach zentralen Gesichtspunkten, unter anderem Friedrich als Politiker, als Preuße, als Künstler, als Feldherr und als Philosoph. Er stellte Widersprüchlichkeiten im Wesen Friedrichs gerade bei diesen beiden letzten Punkten fest: er war beides, zeitbedingt und bedingt durch sein königliches Amt. Der Referent hob hervor, dass Friedrich Schlesien gewonnen und dadurch die Landbrücke zwischen Brandenburg und Ostpreußen geschlossen habe. Er sei ein genialer Feldherr gewesen und habe den modernen Rechtsstaat begründet, aber die Frage: „Friedrich II. oder Friedrich der Große“, polarisiere bis heute. Das Publikum in Oberhausen hatte das schon entschieden, als Kulturreferentin Dr. Bärbel Beutner die Volksnähe des „Alten Fritz“ anhand der zahlreichen Anekdoten über ihn vor Augen führte. Die meisten sind sicherlich Märchen und finden sich ähnlich in „Grimms Märchen“ wieder, aber auch das zeigt das kollektive Bewusstsein über einen großen König. Am Nachmittag bekam der Souverän Konkurrenz: der Sprecher Stephan Grigat besuchte die Landesgruppe. Er appellierte an die Landsleute, mehr an die Öffentlichkeit zu treten und die modernen Medien zu nutzen. Die Eigentumsfrage, Zwangsarbeiterentschädigung für verschleppte Frauen, die Stärkung der deutschen Volksgruppen in Ostpreußen und die Einführung eines Gedenktages am 5. August für die Vertriebenen bleiben zentrale Aufgaben der Landsmannschaft. Ferner stellte er die verschiedenen Stiftungen vor und beantwortete zahlreiche Fragen der Landsleute. Mit dem Schlusswort des Landesvorsitzenden Jürgen Zauner und dem gemeinsamen Singen des Ostpreußenliedes endete die Tagung. Draußen aber ging das „Foto-Shooting“ mit den Gästen aus dem 18. Jahrhundert noch eine Weile weiter.

Bad Godesberg – Mittwoch, 5. Dezember, 15 Uhr, Stadthalle: Treffen der Frauengruppe.

Bielefeld – Sonntag, 2. Dezember, 15 Uhr, Wohnstift Salzburg, Memeler Straße 35, 33605 Bielefeld: **Advent-Heimatnachmittag.** – Montag, 3. Dezember, 14.30 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock, 33602 Bielefeld: Zusammenkunft der Frauengruppe Ost- und Westpreußen.

Bonn – Sonntag, 9. Dezember, 15 Uhr, Haus am Rhein, Elsa-Brandström-Straße 74: **Adventliche Stunde** der Gruppe. Kaffeetrinken, gemeinsames Singen, Besuch des Weihnachtsmannes, Gespräche. – Dienstag, 11. Dezember, 14 Uhr, Nachbarschaftszentrum Brüser Berg, Fahrenheitstraße 49: Weihnachtsfeier im Frauenkreis.

Düsseldorf – Mittwoch, 5. Dezember, 15 Uhr: Ostdeutsche Stikkerei mit Helga Lehmann und Christel Knackstädt. – Donnerstag, 6. Dezember, 19.30 Uhr, GHH/Raum 312: Offenes Singen mit Barbara Schoch. – Sonntag, 9. Dezember, 10 bis 16 Uhr: Ost- und mitteldeutscher Weihnachtsmarkt. Ostpreußenstand, 4. Etage (Aufzug vorhanden).

Duisburg – Sonnabend, 24. November, ab 10 Uhr, „Museum Stadt Königsberg“, Johannes-Corputius-Platz 1, Eingang Karmelplatz 5, 47051 Duisburg: Der Vorstand der **Prussia**, Gesellschaft für Geschichte und Landeskunde Ost- und Westpreußens e.V. lädt für zu einer **Vortragsveranstaltung** ein. Die Teilnahme ist kostenfrei, Gäste sind herzlich willkommen. Ab 10 Uhr besteht die Möglichkeit die Ausstellung des Museums zu besichtigen, eine Führung findet um 10.15 Uhr statt. Ab 11 Uhr wird Dr. Bertram Faensen zum Thema „Antikensammlungen in Ostpreußen – Darstellung im regionalen wie auch überregionalen Kontext“ referieren. Ein interessanter Vortrag als Ergebnis einer akribischen Recherche mit zahlreichen Fakten und Erkenntnissen. Um 14 Uhr referiert Prof. Dr. Manfred Alexander über das Thema „Polen-Litauen und Brandenburg-Preußen bis Friedrich II. – zwei gegensätzliche Nachbarn“. Den Teilnehmern wird ein fundierter Einblick in historische Zusammenhänge, welche teilweise Auswirkungen bis heute haben, gegeben. Nach den Vorträgen besteht die Möglichkeit zur Diskussion/Aussprache zum Thema. Ende der Veranstaltung gegen 16 Uhr.



Im Mittelpunkt der Herbstkulturtagung der Landesgruppe NRW: Kulturreferentin Bärbel Beutner (2. v.r.) mit Offizier, Friedrich II. und Musketier Bild:privat

Essen – Freitag, 7. Dezember, 15 Uhr, Gastronomie St. Elisabeth, Dollendorfstraße 51, 45144 Essen-Frohnhausen: **Advents- und Weihnachtsfeier.**

Gütersloh – Jeden Montag, 15 bis 17 Uhr, Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13, 33330 Gütersloh: Ostpreußischer Singkreis. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343.

Neuss – Sonntag, 2. Dezember, 15 Uhr, Marienhaus, Kapitelstraße 36: **Adventsfeier** mit besinnlichen Liedern, Gedichten und Chorgesang, Kaffee und Kuchen mit ostpreußischen Spezialitäten.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Kaiserslautern – Sonnabend, 1. Dezember, 14.30 Uhr, Heimatstube, Lutzerstraße 20: Weihnachtsfeier.

Mainz – Sonnabend, 1. Dezember, 15 Uhr, Mundus Residenz, Große Bleiche 44, 55116 Mainz: Adventsfeier. Die Gruppe bittet um Gaben für die Tombola.

Weiden – Heimatnachmittag – Im Heimgarten kam die Landsmannschaft zu ihrem monatlichen Treffen zusammen. Der erste Vorsitzende Norbert Uschald begrüßte die zahlreich anwesenden Mitglieder und Gäste. Gemeinsam wurden die Lieder „Land der dunklen Wälder“ und „Westpreußen mein lieb Heimatland“ gesungen. Danach gratulierte die Kassiererin Ingrid Uschald den Geburtstagskindern des Monats November. Eine nachträgliche Gratulation galt dem Ehepaar Renate und Hans Poweleit zum 60-jährigen Ehejubiläum. Die Kinder Barbara und Katharina Uschald unterhielten die Mitglieder mit Flötenspiel und einem lustigen Lied. Der erste Vorsitzende lud alle Anwesenden zur Gedenkfeier des BdV-Kreisverbandes zum Thema „Dietrich Bonhoeffer – einer von uns“ ein. Diese Veranstaltung fand am Sonnabend, 10. November um 15 Uhr im Gustav-von-Schlör-Saal statt. Ebenso lud er ein zur Bezirksversammlung der UdV Oberpfalz mit dem Europaabgeordneten Bernd Posselt am Sonntag, 11. November. um 15 Uhr im Schützenheim in Schwandorf. Außerdem lud Uschald zu einem Totengedenken am Totensonntag, dem 25. November um 10.45 Uhr in den Weidener Stadtfriedhof ein und zur Gedenkveranstaltung der Stadt am Volkstrauertag, dem 18. November, um 10.50 Uhr in der Konrad-Adenauer-Anlage. Das Ehepaar Anita und Norbert Uschald spielte danach noch ein Herbstlied mit Flöte und Melodika. Mit dem Lied „Kein schöner Land“ und guten Wünschen verabschiedete man sich bis zur nächsten Zusammenkunft, der Vorweihnachtsfeier am 2. Dezember um 14.30 Uhr im Heimgarten.

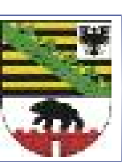


SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Chemnitz – Sonntag, 8. Dezember, 14 Uhr, Platner Hof: **Ostpreußische Weihnacht und die Schimmelreiter.**

Limbach-Oberfrohna – Sonnabend, 1. Dezember, 14 Uhr, Esche-Museum, Sachsenstraße 3: Heimatnachmittag mit dem Thema **„Heimatliche Weihnacht“**. Das Programm wird durch den Auftritt des gemischten Chors aus Langenberg ergänzt. Hausmacherwurst ist im Angebot. Wichtige Informationen zum Jahr 2013 werden kundgetan. Die Veranstaltung ist öffentlich. Sie wird vom sächsischen Innenministerium gefördert. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Siegmund Bartsch (komm.), Lepsiusstraße 14, 06618 Naumburg, Telefon (03445) 774278.

Landesgruppe – Tagung und Neuwahl des Vorstands – Am 27. Oktober fand in Magdeburg die Jahresversammlung der Landesgruppe Sachsen-Anhalt statt. Delegierte der Orts- beziehungsweise Kreisgruppen Schönebeck, Stendal, Gardelegen, Aschersleben, Dessau, Magdeburg, Weißenfels und Halle nahmen daran teil. Die Ortsgruppen Osterburg und Salzwedel konnten nicht erscheinen. Der amtierende Vorsitzende Siegmund Bartsch eröffnete die Versammlung und begrüßte die Teilnehmer. Als Versammlungsleiter wählten die Delegierten Michael Gründling, als Wahlleiter Rudi Fieberg und als Protokollführer Steffen Schönrock. Mit dem geistlichen Wort von Siegmund Bartsch, das sich mit dem Thema Heimat befasste, und mit Liedern und Gedichten vom Singekreis „Marjells und Lorbasse“ aus Magdeburg wurden die Anwesenden auf wunderbare Weise in die ost- und westpreußische Heimat entführt. Der Singkreis unter der Leitung von Rudi Fieberg hatte schon bei zahlreichen Veranstaltungen für heimatliche Stimmung gesorgt. Für seinen Rechenschaftsbericht und seinen Einsatz als amtierender Vorsitzender nach dem Tod von Bruno Trimkowski wurde Siegmund Bartsch herzlich gedankt. Die Schatzmeisterin Dorothea Fieberg konnte eine ordnungsgemäße Kassenführung nachweisen, welche auch von den gewählten Kassenprüfern bestätigt wurde. In der anschließenden Diskussionsrunde

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 19

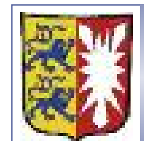
Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 18

konnten alle Ortsgruppen einen kurzen Lagebericht ihrer Gruppe geben und über ihre Aktivitäten berichten. Obwohl die Zahl der Landsleute in den Gruppen gesunken ist, wird nach wie vor ein reichhaltiges heimatliches Programm bei den oft monatlich veranstalteten Treffen der Gruppen angeboten. Nach dem Mittagessen wurde der Vorstand der Landesgruppe neu gewählt. Wahlleiter Rudi Fieberg erläuterte den Delegierten das Prozedere und führte souverän die Wahl durch. Zum neuen Vorsitzenden der Landesgruppe wurde Michael Gründling gewählt. Zu seinen beiden Stellvertretern wurden Siegmund Bartsch und Udo Nistripke gewählt. Dorothea Fieberg wurde als Schatzmeisterin das Vertrauen erneut ausgesprochen. Neben Ernst Wehler gehört Steffen Schönrock erstmals dem neuen Vorstand an.

Dessau – Montag, 10. Dezember, 14 Uhr, Krötenhof: Weihnachtsfeier.

Gardelegen – Freitag, 30. November, 14 Uhr, Begegnungsstätte VS Gardelegen: Gemütlicher Adventsnachmittag und Basteln.

Magdeburg – Freitag, 7. Dezember, 16 Uhr, Sportgaststätte des TUS Fortschritt, Zielitzer Straße: Singproben des Singekreises. – Sonntag, 9. Dezember, 12 Uhr, Sportgaststätte Post, Spielhagenstraße: Weihnachtsfeier. – Dienstag, 11. Dezember, 13.30 Uhr, Immermannstraße: Treffen der Stickerchen.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Bad Schwartau – Am Donnerstag, 8. November trafen sich die Ostpreußen in der AWO-Begegnungsstätte, Auguststraße 34a, 23611 Bad Schwartau, Telefon (0451) 25243, um dann erst am 14. März 2013 dort wieder mit interessanten Vorträgen zu beginnen. Manfred Lietzow schloss den Vortragskreis 2012 mit einem Diavortrag über eine Studienreise **„Zwischen Königsberg und Kurischer Nehrung“**. – Wie jedes Jahr war die Ortsgruppe auch wieder beim **Martinsmarkt** zu Gunsten des Weihnachtshilfswerks der Stadt Bad Schwartau am 10. November in der „Neuen Mensa“ in der Schulstraße mit dabei und sorgte mit umfangreichem Angebot für viele Möglichkeiten zum gemütlichen Plachandern. Wer sich noch einmal so richtig verwöhnen lassen will, sollte sich Sonntag, 2. Dezember, im Kalender rot ankreuzen, da geht es nach Kutenholz. Ein **„Adventszauber“ mit Margot Hellwig und dem Kutenholzer Chor** erwartet die Gäste. „Weihnachten in den Bergen“ ist ein Teil ihres Programms. Mit einem Glas Sekt werden die Teilnehmer um 11 Uhr empfangen dann folgt ein großes Schlemmerbuffet. Rückfahrt zirka 17 Uhr ab Kutenholz. Abfahrt ZOB Bad Schwartau um 8 Uhr. Mit 50 Euro inklusive allem sind Sie dabei! – Donnerstag, 13. Dezember: „Adventsnachmittag“ um 16 Uhr in der „Neuen Mensa“ in der Schulstraße – wie immer mit den „Glöckchen“, den Kindern vom Samovar Lübeck von 1996 e.V, Deutsch-Russischer Verein unter der Leitung der Vorsitzenden Gajane Gotenova, Musikpädagogin. Weitere Überraschungen sind nicht ausgeschlossen! Baldige Anmeldungen für den 2. und 13. Dezember bitte bei Gisela Rowedder, Telefon (04504) 3435 oder Regina Gronau, Telefon (0451) 26706.

Flensburg – Donnerstag, 13. Dezember, 15 Uhr, Treffpunkt Mürwik: **Gemütliche Weihnachtsfeier** bei Kaffee, Tee und Kuchen. Zu den geplanten Vorträgen bittet die Gruppe um Eintrittsgeld, um die Vortragenden bezahlen zu können. Die Kasse kann nicht belastet werden. Je mehr Besucher, desto günstiger der Eintritt. Es werden zirka 3,50 Euro erhoben. Bitte um Voranmeldung, Pommern nur bei Herrn Pollack, Telefon (0461) 56485, Ostpreußen nur bei Winfried Brandes, Telefon (0461) 74816. Gäste sind willkommen.

Malente – Sonntag, 2. Dezember, 15 Uhr, Lenter Kate, Bahnhofstraße 13 A: Adventsfeier. Zum Abschluss der Jahresarbeit lädt die Gruppe zu einer besinnlichen Feierstunde bei Kaffee und Kuchen in froher heimatlicher Runde ein. Jeder kann mit Beiträgen auf die Weihnachtszeit einstimmen. Angehörige der Landsmannschaften sind herzlich eingeladen. Anmeldungen bis 28. November im Blumenhaus Franck (Inhaber R. Dluzak), Malente, Bahnhofstraße 26. Telefonische Anmeldungen unter (04523) 2659 nur in dringenden Fällen. Gäste und Mitglieder, die keine Fahrmöglichkeit habe, melden sich bitte unter Telefon 2659.

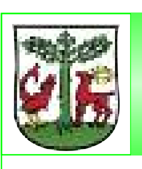
Mölln – Sonnabend, 1. Dezember, 15 Uhr, Quellenhof: **Adventsfeier mit Basar.** Die Gruppe möchte ein paar besinnliche vorweihnachtliche Stunden verleben. Probst Erwin Horning wird über die Bedeutung der vorweihnachtlichen Advent- und Weihnachtszeit sprechen. Außerdem tritt das Kinderballett unter der Leitung von Frau Schurer auf. Zwischen den Darbietungen gibt es Kaffee,, Torte, Advents- und Weihnachtslieder. Musikalisch umrahmt wird die Veranstaltung durch den Posaunenchor aus Mustin unter der Leitung von Herrn Vogel. Der Basar wird 30 Minuten früher eröffnet und lädt zum Einkaufen von Weihnachtsgeschenken und selbstgebackenen Plätzchen ein. Der Erlös aus dem Verkauf ist für Hilfsmaßnahmen in Königsberg bestimmt. Zu diesem Nachmittag sind alle Landsleute aus Pommern, Danzig, Schlesien und Mölln sehr herzlich eingeladen.

Schönwalde – Sonnabend, 1. Dezember, 15 Uhr, Landhaus Schönwalde: Ostdeutsche Adventsfeier unter Mitwirkung des ehemaligen Gesangvereins von 1872 Schönwalde a.B., des Posaunenchors der evangelisch-lutherischen Kirche Schönwalde a.B., des Flötenkreises und Herrn Engel an der Zitter. Besinnliche Worte zum Advent spricht der Pastor. Kostenbeitrag für Kaffee/Tee und Kuchen 10 Euro.

Auch im Internet: »Glückwünsche und Heimatarbeit«

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



BRAUNSBERG

Kreisvertreter: Manfred Ruhnau, Tel.: (02241) 311395, Fax (02241) 311080, Bahnhofstraße 35 b, 53757 Sankt Augustin. Geschäftsstelle: Stadtverwaltung Münster, Patenstelle Braunsberg, 48127 Münster, Tel.: (0251) 4926051.

Sonnabend, den 1. Dezember, 14 Uhr, „Handelshof“, Mülheim / Ruhr: Die Kreisgemeinschaft lädt die Braunsberger und Ermländer zum vorweihnachtlichen Treffen herzlich ein. Über eine rege Beteiligung würde sich die Kreisgemeinschft sehr freuen.

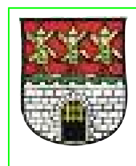


RÖSSEL

Kreisvertreter: Reinhard Plehn, Georg-Büchner-Straße 66, 40699 Erkrath, Tel. (0211) 253274 Reinhard.Plehn@online.de. Redaktion Rößeler Heimatbote: Gisela Heese-Greve, 23562 Lübeck, Tel. (0451) 58249090.

Donnerstag, 6. Dezember, 14 Uhr, Ostdeutsche Heimatstube, Oberstraße 17, 41460 Neuss: Tag der Offenen Tür





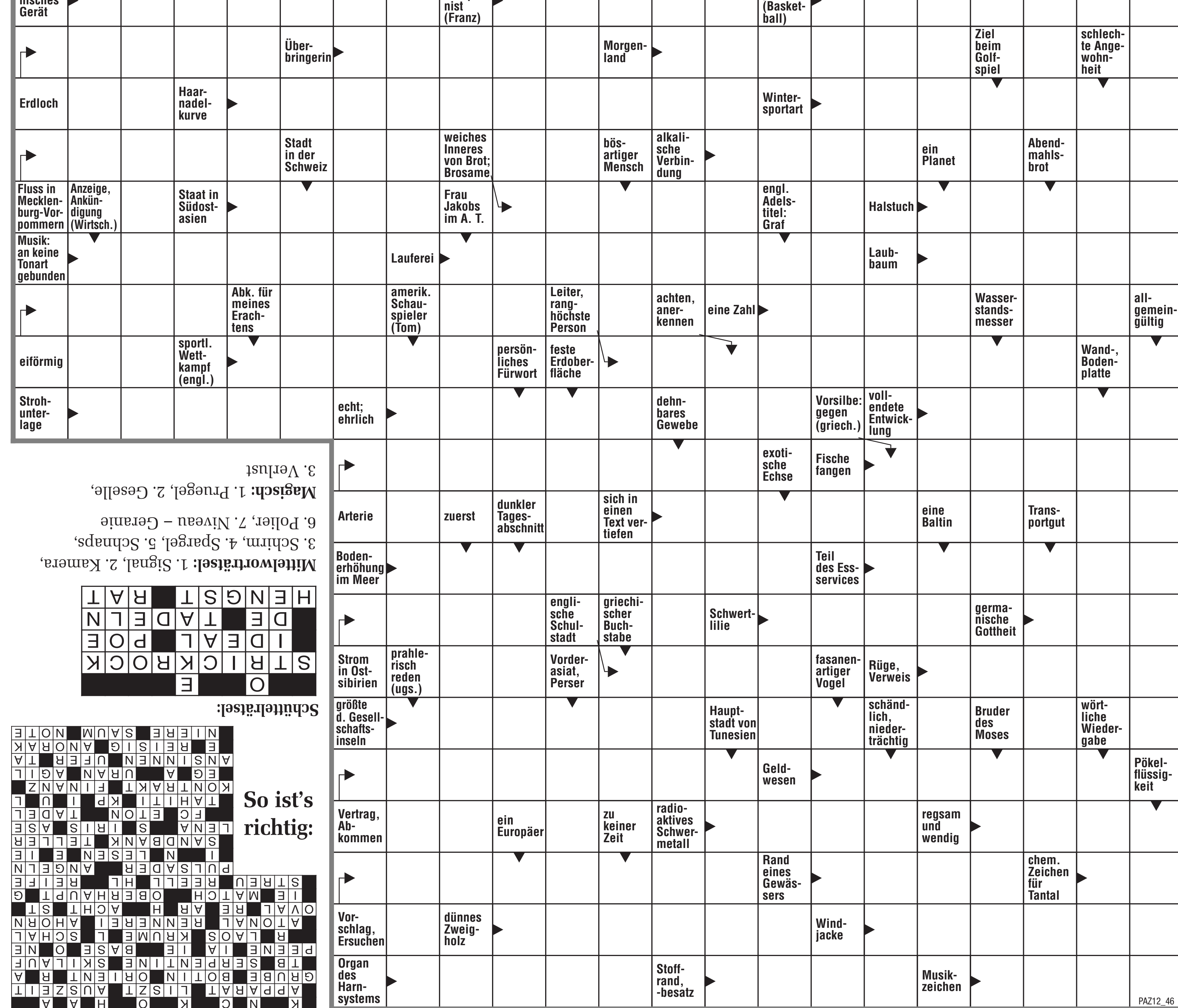
SCHLOSSBERG (PILLKALLEN)

Kreisvertreter: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle/Saale. Geschäftsstelle: Renate Wiese, Tel. (04171) 2400, Fax (04171) 24 24, Rote-Kreuz-Straße 6, 21423 Winsen (Luhe).

Überraschender Besuch aus Nordostpreußen – Ganz überraschend waren der Schuldirektor Jurij Userzow vom Gymnasium Uljanowo, dem Storchendorf Kraupischken/Breitenstein, zusammen mit seinem Deutschlehrer, Eduard Politiko, bei Ch.-Jörg Heidenreich in Kremperheide (Schleswig-Holstein) zu Besuch. Er organisiert für die Kreisgemeinschaft Schloßberg unter anderem die jährlich stattfindende Ostpreußen-Rundreise. Eduard Politiko aus Ragnit ist dafür sein Kontaktmann. Eduard Politiko hilft allen Reisenden nach Nordostpreußen gerne weiter. Ob sie mit dem Flieger, per Bus, Bahn oder privatem Pkw anreisen möchten, er sorgt sich um ein Visa, organisiert Taxis mit ortskundigen und gut Deutsch sprechenden Fahrern, bucht Hotels im nördlichen Ostpreußen oder gibt Anregungen dazu. Er spricht akzentfreies Deutsch und gibt gerne jegliche Auskunft. Seine Firma „Adebar-Reiseteam“ ist zu erreichen unter Telefon/Fax: 007 (40162) 22888, Mobil: 007 (906) 218 7226, Kaliningrader Gebiet, 238710 Neman, ul. Pobeda 47-11, E-Mail: neman_ed@baltnet.ru. Kontakt in Deutschland: Helli A. Aumann, Adebar-Reiseteam, Wesendonkstraße 18, 53115 Bonn, Telefon (0228) 18089518, Email: info@nordostpreussen-und-baltikum-reisen.de, http://www.nordostpreussen-und-baltikum-reisen.de. Viele werden Jurij Userzow von Reisen in die Heimat bereits kennen gelernt haben. Er unterhält in seiner Schule in Breitenstein ein kleines Heimatmuseum und sammelt dafür alles, was er aus alter und neuer Zeit in die Finger bekommt. Das Hauptaugenmerk seiner Museumsarbeit legt Jurij Userzow aber auf ostpreußische Geschichte, insbesondere aber auf ostpreußische Familiengeschichte. In unzähligen Ordnern sammelt er alles über die ostpreußischen Orte und Familien und gibt gerne Auskunft an Angehörige. Wenn Sie bereit sind, Ihre Familiengeschichte zu veräußern, ist sie bei Jurij Userzow gut aufgehoben und hilfreich für die Nachwelt. Kontakt: Jurij Userzow, 238716 Uljanowo; Nemankreis, Kaliningrader Gebiet.


Überraschungsgast: Jurij Userzow (l.) Bild: privat

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 20



Schüttelrätsel

In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

CCIKK ORRST | DEIT | DENOR | ACST | AEKLT | EOPR | ACLO | EKNT | ADEIL | EOP | EGHN ST | ADEL NT | ART

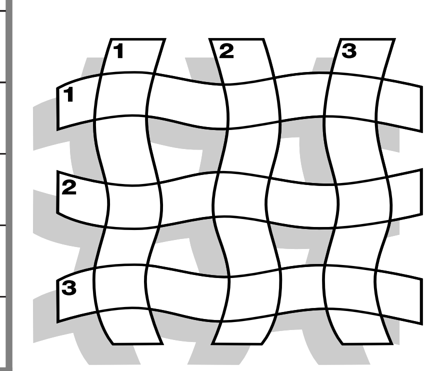
Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung eine Zierpflanze.

1	ALARM		ANLAGE
2	FILM		TEAM
3	REGEN		MUETZE
4	ZIER		BEET
5	REIS		ZAHL
6	MAURER		MITTEL
7	PREIS		LOS

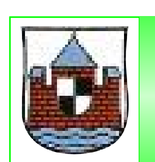
Magisch

Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.



1 Hiebe, Schläge
2 ausgelernter Handwerker
3 Schaden, Minus

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 19



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz, E-Mail: info@tilsit-stadt.de.

Die Schulkameraden der Schulgemeinschaft SRT Realgymnasium/Oberschule für Jungen trauern um Gernot Grübler – Am 5. November verschied er fern seiner geliebten ostpreußischen Heimat im Alter von 79 Jahren. Gernot setzte sich seit mehr als einem Jahrzehnt als stellvertretender Schulsprecher für die Belange der Schulgemeinschaft ein und organisierte mit hohem Engagement die jährlichen Schultreffen, die stets zu Höhepunkten im Wirken der SRT wurden. Erst kürzlich übernahm er nach dem Ausscheiden des Schulsprechers das verantwortungsvolle Amt und war voller Ideen und Pläne. Sein Tod reißt eine schmerzliche Lücke. Unser Mitgefühl gilt seiner Frau Ellen und seinen Kindern. Wir werden sein Andenken in Treue bewahren.



TILSIT-RAGNIT

Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Windeck, Telefon (02243) 2999, Fax (02243) 844199. Geschäftsstelle: Eva Lüders, Telefon/Fax (04342) 5335, Kührenerstraße 1 b, 24211 Preetz, E-Mail: Eva.lueders @arcor.de.

Symbolfriedhof Breitenstein [Uljanowo] – Die Deutsche Kriegsgräberfürsorge hat den Friedhof in Breitenstein zu einem Symbolfriedhof Ostpreußen erklärt und mit 18 Steinkreuzen und einem schmalen hohen Holzkreuz als christliche Grabstätte ausgewiesen. Die Kirchspielvertreterin Breitensteins, Katharina Willemer, weist mit Nachdruck auf die Notwendigkeit hin, den Friedhof aus dem Dornröschenschlaf zu holen. Der Schulleiter Breitensteins, Jurij Userzow, hat telefonisch zugesichert, mit älteren Schülern und vielleicht der Unterstützung des größten ansässigen landwirtschaftlichen Betriebes gemeinsam eine Grundsanierung durchzuführen. Es sollen unter Erhaltung der vorhandenen Grabsteine leicht zu pflegende Rasenflächen mit ausgesparten Grabstellen angelegt werden.

Ehrenbürger Jurij Userzow – Die Gemeinden /Lengwethen Lunino/Hohensalzburg, Malomoshaiskoje/Budwethen/Altenkirch und Uljanowo / Kraupischken / Breitenstein haben den Leiter der Mittelschule Breitenstein, Jurij Userzow, wegen seiner unbestrittenen Verdienste gemeinsam zum Ehrenbürger ernannt. Eine anständige Urkunde gehört natürlich auch dazu. Er ist der Erste, dem diese Dreifachwürdigung widerfährt. Wir gratulieren.

Schüleraustausch Ragnit [Neman] – Heikendorf – Schüler der Schule Nr. 1 aus Ragnit besuchten zusammen mit ihrer Direktorin Natalia Zeitseva und der Dolmetscherin Ludmila Gulajewa das Gymnasium in Heikendorf. Sie wurden in Gastfamilien untergebracht und nahmen auch am Unterricht teil. Die Verständigung war schwierig, aber mit einem Computerprogramm konnte man sich helfen. Der Höhepunkt war eine zweitägige Kanutour mit Übernachtung in Zelten in Preetz. Die Leiterin des Heikendorfer Gymnasiums, Tina Grohmann, begleitete die Schüler. Ein Gegenbesuch in Neman ist bereits organisiert.

Ellingen – Am 24. und 25 November findet im Kulturzentrum Ostpreußen der **17. Bunte Herbstmarkt** statt. Neben der Möglichkeit, die beiden Ausstellungen „Zoppot - Cranz - Rigaer Strand, Ostseebäder im 19. und 20. Jahrhundert“ und „Fotografiert um die Jahrhundertwende - Hermann Ventzke unterwegs mit der Plattenkamera“ zu besichtigen, ist an beiden Tagen eine Kunst- und Handwerkerschau aufgebaut, bei der man auch bei der Herstellung der Artikel zuschauen kann. Zudem können aus einer reichen Auswahl bereits die ersten Weihnachtsgeschenke erworben werden. Der Herbstmarkt ist am Samstag, 24. November von 15 bis 18 Uhr und am Sonntag, 25. November von 10 bis 17 Uhr geöffnet. Infos unter: Kulturzentrum Ostpreußen, Schloßstr. 9, 91792 Ellingen, Telefon: (09141) 86440, Fax: (09141) 864414. *mef*

»Sprache ist das tragende Element«

Deutsche Minderheiten suchen auf Fachtagung in Berlin den Kontakt zur Bundeskanzlerin

Vertreter von 13 deutschen Minderheiten in Europa entschieden auf ihrem Treffen in Berlin, mithilfe des Vereins für deutsche Kulturbeziehungen im Ausland (VDA) zukünftig jährlich, „Strategische Gespräche“ in Berlin zu führen.

Die Vorstandsmitglieder trafen sich kürzlich in Berlin zum 22. Treffen der Arbeitsgemeinschaft deutscher Minderheiten (AGDM). Die Arbeitsgemeinschaft vereint alle deutschen Minderheiten in der Föderalistischen Union Europäischer Volkgruppen (FUEV), der als größter Dachverband 94 Minderheitenorganisationen aus 32 Ländern vereint und 1949 in Paris gegründet wurde. Die Arbeitsgemeinschaft deutscher Minderheiten in der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen trifft sich in der Regel einmal im Jahr. Es handelt sich um eine 1991 in Budapest gegründete informelle Arbeitsgemeinschaft, die alle Organisationen vereint, die in der FUEV, dem europäischen Dachverband, zusammengeschlossen sind und sich als Verbände deutscher Minderheiten betrachten.

Der Vorsitzende der AGDM, der Ungardeutsche Dr. Koloman Brenner, zog ein positives Fazit der Tagung. „Trotz der zum Teil sehr unterschiedlichen Ausgangslagen der deutschen Minderheiten in Europa herrscht eine starke Solidarität in unserer Gruppe. Alle deutschen Minderheiten machen sich derzeit Sorgen über die eigene Zukunft. Wir suchen daher den direkten Dialog mit der Bundesregierung, um gemeinsam zu überlegen, wie wir die Zukunft der deutschen Minderheiten in Europa sichern und dabei unsere Kompetenzen, unsere Bedeutung für Deutschland sichtbarer machen“, so Brenner. Deutsche beziehungsweise deutschsprachige Minderheiten gibt es in 27 Ländern Europas. Nur die Roma sind in mehreren Ländern vertreten.

Die AGDM vertritt die deutschen Minderheiten in Dänemark, Estland, Georgien, Kroatien, Lettland, Moldawien, Polen, Rumänien, Russland, Serbien, Slowenien, Ukraine und Ungarn. Sie haben jedoch unterschiedliche Geschichten. So konnte etwa die deutsche Minderheit in Dänemark sich bereits 1955 offiziell registrieren lassen, in den meisten Ländern des ehemaligen Ostblocks durften deutsche Minderheiten erst seit der Wende 1989 öffentlich in Erscheinung treten. In einigen Ländern wie Slowenien ist die deutsche Minderheit bis heute nicht offiziell anerkannt. Sehr unterschiedlich ist auch die zahlenmäßige Stärke der jeweiligen deutschen Minderheiten, während in Polen, Ungarn, Russland und in Kasachstan noch jeweils weit über 100 000 Deutsche leben, sind es in einigen Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion wie Armenien oder Aserbaidschan nur noch einige Hundert. Insgesamt dürften jedoch allein im Osten Europas noch über eine Million Deutsche leben.

> AGDM soll Behörden, Fraktionen und Ministerien einen

Die Minderheitenvertreter nutzten die Tage in Berlin um strategische Überlegungen zu formulieren. „Wir werden uns direkt an die Bundeskanzlerin und alle relevanten Gremien wenden“, so Brenner und fügt hinzu: „Wir möchten nicht missverstanden werden. Wir sind für die Unterstützung der verschiedenen Bundesregierungen durch die Jahre sehr dankbar. Der Bezug zu Deutschland, der deutschen Sprache und der deutschen Kultur ist das tragende Element unserer Arbeit, dadurch sind wir auch in unseren Heimatländern, in denen die Angehörigen der deutschen Minderheiten als Deutsche gelten, mit Deutschland sehr eng verbunden. Daher geht auch ein großer Dank an den Minderheitenbeauftragen, Staatssekretär Dr. Bergner, der unseren Parlamentarischen Empfang ermöglicht hat und auch selbst teilnahm“, so Brenner. FUEV-Präsident Hans Heinrich Hansen hob in seinem Beitrag beim Parlamentarischen Empfang hervor: „Die deutschen Minderheiten haben sich seit der Wende 1989/1990 nicht zu einer fünften Kolonne entwickelt, wie das einige der Staaten Mittel- und Osteuropas befürchtet hatten. Die deutschen Gemeinschaften sind vielmehr ein anerkannter Partner und zu einem bereichernden Faktor in ihren jeweiligen Gesellschaften gewachsen ... “

Auch wenn die Vertreter der deutschen Minderheiten, deren Heimatländer jetzt fast alle Mitglieder der EU sind, zunehmend sich selbst helfen können, ist jedoch eine Rückkoppelung mit einem Verband in Deutschland immer noch sehr nützlich. So trafen sich die AGDM Vertreter auch mit dem Vorsitzenden des Vereins für Deutsche Kulturbeziehungen im Ausland (VDA), Staatssekretär Harmut Koschyk. In diesem Gespräch entstand die Idee die deutschen Minderheiten zu einem „strategischen Dialog“ mit den verschiedenen Behörden, den Parlamentsfraktionen und Ministerien zusammenzubringen. Koloman Brenner nahm im Namen der AGDM die Einladung zu solch jährlichen „Strategischen Gesprächen“ in Berlin sehr gerne an. Finanzstaatssekretär Koschyk begrüßte es, dass die Arbeitsgemeinschaft in Fortführung des letzten Treffens 2011 im belgischen Eupen eine bessere politische Vernetzung der deutschen Minderheiten in Europa anstrebe. Ziel sollte es sein, ein gemeinsames Strategiepapier für die Bundesregierung zu erarbeiten. Eine alljährliche „Berliner Konferenz“ der Arbeitsgemeinschaft mit den für die deutsche Minderheit zuständigen Vertretern des Bundesministeriums des Innern, des Auswärtigen Amtes, des Bundesbeauftragten für Kultur und Medien, aber auch mit Vertretern aller Fraktionen im Deutschen Bundestag könnte dazu beitragen, die Interessen der deutschen Volksgruppen im Ausland besser zu bündeln und gegenüber der Bunderegierung und dem Bundestag in Berlin besser zu präsentieren. *Bodo Bost*

Weihnachtsfreizeit für Senioren im Ostheim, Bad Pyrmont



Vom 19. Dezember 2012 bis 2. Januar 2013 bietet das Ostheim wieder eine Weihnachtsfreizeit für Senioren an. Bei abwechslungsreichen Programmangeboten, vom morgendlichen Singen, der Gymnastik oder Diameditationen nach dem Frühstück, über kleine Spaziergänge, einem ostpreußischen Filmabend, Basteln oder Lesungen, bis hin zur „Hausweihnacht“ am Heiligen Abend und dem gemeinsam begangenen Jahreswechsel sowie natürlich echt ostpreußischer Küche und Festessen zu den Feiertagen, findet wohl jeder Gast etwas Passendes zu seiner Unterhaltung und wenn es auch nur das Plachandern mit Landsleuten aus der alten Heimat ist. In der Hufeland-Therme können Sie die Meersalzgrotte genießen, in verschiedenen Saunen schwitzen oder das Wasser in unterschiedlichen Formen auf den Körper wirken lassen. Bad Pyrmont selbst lädt mit seinen Sehenswürdigkeiten, Einkaufsmöglichkeiten, Cafés, Kulturangeboten und dem Weihnachtsmarkt zum Bummeln und Genießen ein.

Für diese 14-tägige Weihnachtsfreizeit stehen noch Einzelzimmer zum Preis von 679 Euro und Doppelzimmer zum Preis von 588 Euro pro Person zur Verfügung. Die Inklusivpreise beinhalten Vollpension mit allen Festmenüs, Hausweihnacht und Silvesterfeier und die Gästebetreuung. Die Kurtaxe wird vom Staatsbad Bad Pyrmont separat erhoben. Anfragen und Anmeldungen, diese bitte nur schriftlich, richten Sie an:

Ostheim – Jugendbildungs- und Tagungsstätte, Parkstraße 14, 31812 Bad Pyrmont, Telefon (05281) 9361-0, Fax (05281) 9361-11, E-Mail: info@ostheim-pyrmont.de

Helgoland – rote Insel im Umbruch

Gemütliche Butterfahrten? Das war einmal. Heute hat sich die Insel für mondäne Großstadt-Touristen herausgeputzt

Helgoland bröckelt? Von wegen! Solange die „Lange Anna“ noch steht, solange kommen die Touristen. Dank schneller Fährschiffe ist die Insel näher ans Festland gerückt und hat ihren biederen Butterfahrt-Charme abgelegt.

Wer erinnert sich nicht gerne an die Sommerferien seiner Kindheit und Jugend zurück? Als man mit der „Wappen von Hamburg“, der „Bunten Kuh“ oder der „Seute Deern“ von Cuxhaven nach Helgoland hinüberfuhr, auf Reede von den vor Anker liegenden Seebäderschiffen mit den Börtebooten abgeholt und auf die Insel gebracht wurde und wo dann im Zollparadies eingekauft werden konnte. Vorher mit dem Fahrstuhl zum Oberland, eine Wanderung zu den roten Klippen und dem Lummenfelsen, weite Sicht über das blau-grüne Meer und gigantische Menschenmassen mit Duty-Free-Tüten. Das war Helgoland in den 60er und 70er Jahren.

Damals benötigte ein Seebäderschiff über zwei Stunden von Cuxhaven bis Helgoland und die Fahrt war ein Abenteuer. Heute schaffen Katamaran-Boote dieselbe Strecke in 75 Minuten.

Vieles hat sich seitdem auf der Insel verändert. Als in den 80er Jahren Fernreisen per Flieger preisgünstiger und exotische Ziele immer attraktiver wurden, gingen die Passagierzahlen im Helgolandverkehr stark zurück. Die Insel verkam teilweise zu dem bei Kegelclubs beliebten sogenannten „Fuselfelsen“. Gegen dieses Negativ-Image anzukämpfen war für die Insulaner nicht einfach und spaltete sie zeitweise in zwei Lager. Immerhin verdienen die Einwohner ihr Geld fast ausschließlich durch den Massenansturm der Touristen.

Neue Ideen und tragfähige Konzepte mussten her. 2009 wurde Helgoland endlich auch an die Energieversorgung des Festlandes angeschlossen. Projekte wie das Bungalow-Dorf auf der Düne, die Wellness-Oase und das Luxushotel auf dem Unterland konnten realisiert werden. Die Idee eines Investors, eine künstliche Verbindung zwischen Insel und Düne durch Aufspülung – „Neuer Woal“ genannt – zu schaffen, scheiterte jedoch am Widerstand der Bevölkerung.

Eine schlechte Nachricht: Das hochgelobte und noch ziemlich neue Hotel „Atoll“ hat am 1. November seine Tore für Urlaubsgäste geschlossen und wird ausschließlich für die erwartete Off-Shore-Kundschaft der projektierten Windparks da sein.

Doch die positiven Nachrichten überwiegen. Im Zuge eines Strukturwandels, begünstigt durch politische Entscheidungen im fernen Berlin in Bezug auf die sogenannte „Energiewende“, erneuerbare Energien und Off-Shore-Windparks in der Deutschen Bucht, kommt Helgoland als Sprungbrett eine herausragende Bedeutung zu. Wo früher Dutzende von malerischen Fischkuttern Zuflucht vor den Stürmen der Nordsee suchten, werden in absehbarer Zeit Serviceschiffe der Windparkbetreiber gewartet und ausgerüstet. Eine Yacht-Marina und zwei neue Hotels sollen entstehen, und das Alfred-Wegener-Institut für Polar- und Meeresforschung investiert auf der Insel mehrere Millionen Euro in neue Projekte. Es geht hier nicht um realitätsferne Visionen, sondern um finanzierbare, praktikable und umsetzbare Pläne.



Mit Volldampf nach Helgoland: Dank schneller Fähschiffe steigt die Touristenzahl Bild: FRS Helgoline

Mit dem aus Süddeutschland stammenden, parteilosen Bürgermeister Jörg Singer hat die Insel eine politische Führungspersönlichkeit, die vorsichtig eine Neu-Orientierung und Positionierung anstrebt, ohne dabei die Identität des Eilandes zu riskieren. Ein Schwerpunkt liegt traditionell auf dem Zubringerdienst von Gästen und Urlaubern per Schiff.

Hier hat sich die expansionsfreudige Helgoline (FRS Flensburg), eine international operierende Fähr-Reederei mit weiteren Liniendiensten auf Sylt, im Oman, in Dänemark und in Gibraltar, etabliert. Diese Schifffahrts-Linie erschließt im Sommer mit dem 33 Knoten (rund 60 Stundenkilometer) schnellen Katamaran „Halunder Jet“ ab den Landungsbrücken von Hamburg St. Pauli eine neue Spezies von Helgoland-Besuchern. Und zwar Menschen, die direkt aus der Großstadt zur Hochseeinsel aufbrechen und diese in knapp vier Stunden erreichen. Eine Klientel, die bereit ist, für Schnelligkeit und Komfort mehr Geld auszugeben, und die guten Service und Zeitersparnis zu schätzen weiß, was steigende Passagierzahlen belegen. Im Winter wird die Verbindung zur Insel von Cuxhaven aus mit dem traditionellen Fahrgastschiff „Atlantis“ der Helgoline wahrgenommen. Alles in Allem durchaus positive Ansätze und Aussichten in schwierigen, ungewissen Zeiten.

Die bei Heinrich Heine, Hoffmann von Fallersleben, Klaus Störtebeker und Abertausenden von Touristen und Tagesgästen so beliebte rote Insel liegt nach wie vor unverrückbar und trutzig in der Deutschen Bucht auf Position 54 Grad elf Minuten nördlicher Breite und sieben Grad 53 Minuten östlicher Länge. Das haben nicht einmal Kriege, Bombardements und Krisen ändern können. 1947 zerstörten die Briten hier mit der bislang größten nichtnuklearen Sprengung die Bunkeranlagen. Helgoland aber hielt stand und ist weit mehr als ein touristisch nutzbarer Felsen. Helgoland ist nationales Symbol. Hoffen wir, dass die Neuorientierung und Umgestaltung der Insel das Gesicht von „Langer Anna“, Hummerbuden und Börte-Booten nicht allzu sehr verändern werden und mit Fingerspitzengefühl in Bezug auf Investoren und daraus resultierenden möglichen Abhängigkeiten agiert werden wird. Auf dass auch in 50 Jahren noch gilt: „Grün ist das Land, rot ist die Kant, weiß ist der Sand – das sind die Farben von Helgoland.“ *Michael Buschow*

Aristokraten der Lüfte

»Wilde Gesellen«: Den gefiederten Falknerei-Bewohnern ganz nah

Pierre Schmidt aus dem rheinischen Gymnich ist Falkner von Beruf, aus Berufung und ist voller Stolz, der Berufserbe einer 3500 Jahre zurückreichenden Tradition zu sein, die damit begann, als die Völker Zentralasiens die Greifvögel zur Beizjagd abrichteten.

Von Falknerei-Historie erzählt Schmidt gern, zumal er als Jung-Falkner das „Falkenbuch“ von Kaiser Friedrich II. ehrfurchtsvoll in der Hand hielt. Er bekam es zur Ansicht von der „Falknerlegende“, dem Tiermaler und Autor Renz Waller („Der wilde Falk ist mein Gesell“), der einst Görings „Reichsfalkenmeister“ war.

Mit seinem Buch „De arte venandi cum avibus“ oder „Über die Kunst der Vogeljagd“ läutete Friedrich II. um 1245 den Start der deutschen Falknerei ein, wobei der Stauferkaiser berühmte Vorläufer wie Aristoteles nutzte und der Falknerei für lange Zeit ein aristokratisches Image verlieh. Seit November 2010 hat die Unesco die Falknerei als „immaterielles Kulturerbe der Menschheit“ anerkannt.

Aber richtig stolz ist Schmidt darauf, dass die Falkner nach 1950 auf die verheerenden Folgen von Insektiziden aufmerksam machten und durch gezielten Artenschutz und durch Auswilderung viele Greifvogelarten, vor allem Wanderfalken, vor dem Aussterben bewahrten.

Das setzt Schmidt bis heute fort, mit eigenem Auswilderungsprogramm und seiner Falknerei als „Bundesausbildungsstätte“ mit dem „Schwerpunkt Greifvogelschutz und Greifvogelkunde“. Das bringt Fördermittel und ist Standbein neben seinen Flugshows, mit denen er vor Schulklassen auch eine pädagogische Absicht verfolgt. „Wer Vögel nicht nur aus dem Internet kennt, lernt sie in freier Natur erst richtig schätzen und schützen“, sagt Schmidt.

Er spricht heute noch dem Kölner Kurfürst und Erzbischof Clemens August ein Lob aus, weil dieser um 1730 mit seinem Jagdschloss „Falkenlust“ samt „Falkenschule“, von Schmidt vor Jahren liebevoll neu geordnet, die ökologische Nachhaltigkeit von Falknerei (oder Beizjagd) demonstrierte: Allein der gut ausgebildete Vogel bestimmt, wann er jagt und greift, er tut es lautlos, rückstandsfrei im Dienste biologischer Vielfalt und folgenlos für das Beuteopfer, wenn er es verfehlt. Schmidt spricht dabei von einer „fairen Überlebenschance für das Wild“.



Falken sind stolze Tiere Bild: Oschlies

Sturzflug mit 220 Stundenkilometern

Das war schon so, als Mongolenherrscher wie Dschingis-Khan (12. Jahrhundert) oder Kublai-Khan (13. Jahrhundert) mit der Falkenjagd in freier Steppe die Ernährung ihrer großen Heere sicherten. Pierre Schmidt spendet ihnen professionelle Anerkennung wie auch vielen Nachfolgern, am liebsten seinen Vorbildern Renz Waller und dem Kölner Wildfotografen und Falkner Horst Niesters (1937–2009).

Falkner seien Diener ihrer Vögel, tagtäglich, sagt Schmidt aus eigener Erfahrung, und Falken sind für ihn die edelsten Vögel überhaupt, schöner als Raben, Adler, Bussarde und wie sie alle heißen. Und schneller sind sie auch, bis zu 220 Stundenkilometer erreichen sie im Sturzflug.

In der Falknerei leben in fachkundiger Obhut sibirischer Uhu, Weißkopfseeadler, australischer Eisvogel und Schleiereulen. Aber die Falken aller Spielarten sind seine Lieblinge. Womit er in bester Gesellschaft ist vom mittelalterlichen Falken-Lied des Minnesängers "Der von Kürenberg" („Ich zôch mir einen valken“, 12. Jahrhundert) bis hin zu Maxims Gorkis „Burewesnik“ (Sturmvogel) und zum Verhaltensforscher Konrad Lorenz, der ob seiner Gänse berühmt wurde, dessen Liebe aber den Falken gehörte.

Heute müht sich Pierre Schmidt um einen weltweiten Greifvogelschutz. Die 225 Hauptarten, dazu zahlreiche Unterarten, alle mehr oder minder gefährdet (wie Schmidt in einem Atlas dokumentieren will), sollen gehegt und bewahrt werden. Vorarbeiten dafür leistet er in seiner Gymnicher Falknerei: geräumige Käfige, in denen auch verunglückte Vögel versorgt werden, Studienplätze für wissenschaftlich Interessierte, eine Tierarztpraxis für ornithologisch spezialisierte Veterinäre und vieles mehr.

„Eine Falknerlehre dauert zwei Jahre“, sagt er und fährt fort: „Ich bin seit über 25 Jahren dabei, aber ich stecke noch immer in den ersten Anfängen.“ *Wolf Oschlies*

Berliner Seidenstraße

Globalisierung auch bei der Mode: Ethno-Design für Europäer

Die sogenannte „Ethno-Mode“ ist inzwischen ein alter Hut. Designermarken wie Etro, Kenzo oder Dries van Noten verstehen es seit Langem, die Muster und Applikationen aus den Trachten ferner Kulturen in ihre Schnitte zu integrieren. Modeschöpfer wie Vivienne Westwood und Donna Karan haben bereits spezielle Kollektionen direkt in Afrika entwickelt.

Doch es geht auch anders. In den letzten Jahren hat sich das Selbstbewusstsein derjenigen, die bisher lediglich Inspirationen für hochpreisige Modeschöpfer lieferten, verstärkt. Junge Kreative erarbeiten unter eigenen Labels selber Kollektionen für den europäischen Markt. Ein Testfeld für ihre Produkte bietet ihnen zum Beispiel der "Import Shop Berlin". Die Verkaufsmesse, die immer Anfang November stattfindet, präsentiert seit 50 Jahren Kunsthandwerk aus aller Welt, diesmal waren es fast 600 Aussteller aus 60 Ländern.

Einen gelungenen Spagat zwischen uralter Tradition und schlichtem modernen Design legt das kirgisische Unternehmen „Tumar“ hin. Vor 15 Jahren wurde es von drei Frauen in der Hauptstadt Bischkek gegründet. Sie betrachten das Material Filz aus einem modernen Blickwinkel und zeigen, in welcher Vielfalt es eingesetzt werden kann, zu welchen Produkten es passt, ohne seine Funktionalität zu verlieren. Neben Filzpantoffeln in ocker oder hellgrün bieten sie Clutchbags (Handtaschen), Schalen und Mützen aus Filz in warmen modernen Tönen an. Dazu riesige gewebte Schals aus Seide und Wolle. Tumar kam im Mai unter die zwölf Finalisten des internationalen Wettbewerbs der Stuttgarter Kunst- und Designmesse Eunique.

„Wir können hier eine Art Marktforschung machen, schauen, welche Farben oder Schuhe gerne getragen werden“, erklärt die Geschäftsführerin Chinara Makashova auf dem Import Shop. Sie präsentiert hier ihre erste Modelinie, zu der schlichte weite Jacken und reich bestickte schwarze Röcke gehören.



Gut verpackt: Wintermode aus Zentralasien Bild: Import Shop Berlin 2012

Unikate in hoher handwerklicher Qualität stehen auch bei der "Cairo Fashion Art" im Vordergrund. Das vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung geförderte Projekt unterstützt 40 junge Designerinnen an der Helwan-Universität in Kairo.

Entwicklungsminister unterstützt Designer

An dieser Universität richtete Designdozentin Susanne Kümper aus Oldenburg vor 13 Jahren den Studiengang Modedesign ein, den ersten seiner Art in Ägypten. Sie leitet dort ihre Studentinnen an, kulturelle Überlieferungen mit eigenen Ideen weiterzuentwickeln: „Es ist eine spannende Zeit. Themen, die vorher tabuisiert waren, kommen jetzt auf die Bühne. Die Designerinnen experimentieren viel offener.“

Koptische Symbole, islamische Intarsien, die altägyptische Patchworktechnik oder Beduinenstickereien treffen hier auf moderne Schnitte. Es sind Grenzgängerinnen wie Christine Sedky, die in Kalifornien Entwicklungspolitik studierte und nun große Handtaschen mit ägyptischer Patchworkornamentik präsentiert: „Als ich vor fünf Jahren nach Kairo zurückkam, sah ich, dass die Handwerker hauptsächlich billige Massenware herstellten. Der Respekt vor dem traditionellen Handwerk war in Ägypten offenbar verschwunden.“

Sedky begann damals, direkt mit den Kunsthandwerkern zu arbeiten, sie vom Entwurf bis zum Verkauf zu begleiten. Sie gründete ihren eigenen Kunsthandwerksbetrieb, „Ayadi“. Der Name bedeutet „Helfende Hände“.

Experimentierfreudig ist auch die nigerianische Malerin und Designerin Adebimpe Adebambo aus Lagos. Auch ihre Marke „Beampeh“ arbeitet lokal und schaut auf den globalen Markt. Adebambo verwendet die Naturfarbe Indigo in vielen Abstufungen und Mustern, batikt, druckt oder malt sie auf schwungvoll geschnittene schmale Kleider, Röcke und korallenbestickte Oberteile. Die Messe Import Shop ist für sie „ein Augenöffner“. Für ihre neue Kollektion „Printplosion“ ließ sie sich von der Berliner Mauer inspirieren.

So bietet der Mauerfall auch für Afrikaner neu„modische“ Aussichten. *Dorothee Tackmann*



Von wegen Pickelhaube

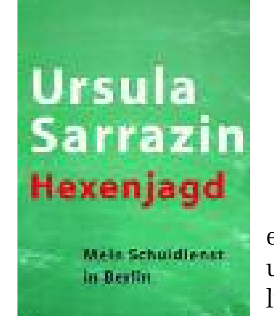
Uniformen bei Friedrich II.

In der Preußen-Rezeption werden Friedrich der Große und sein Staat überwiegend gleichgesetzt, sie gelten quasi als Synonym. Gleiches gilt für Preußen und die Pickelhaube, wobei diese Kopfbedeckung zumeist negativ konnotiert ist und als Symbol für Militarismus steht. Friedrich und die Pickelhaube passen dagegen gar nicht zusammen, denn der „Helm mit Spitze“ wurde erst rund 60 Jahre nach dem Tod des großen Königs in der preußischen Armee eingeführt und alsbald auch von anderen Staaten übernommen. Zu Friedrichs Zeiten trug das Militär hauptsächlich Dreispitz und farbenfrohe Uniformen, was zwar schmuck aussah, unter Gefechtsbedingungen jedoch nicht immer zweckmäßig war. Die Grundfarbe der Uniform der Infanterie war blau, die der Jäger Grün, wobei sich die einzelnen Regimenter durch Farbe und Ausführung der Ärmelaufschläge, Vorstöße, Patten, Kragen, Knöpfe und Borten unterschieden. Die Röcke der einzelnen Waffengattungen der Kavallerie unterschieden sich deutlich im Schnitt, wobei auch hier die Uniformdetails von Regiment zu Regiment variierten. Schleifen, Litzen, Tressen und Stickereien gaben Auskunft über den Dienstgrad des Soldaten. So wies die friderizianische Armee eine Vielzahl von Uniformvarianten auf, die selbst der Uniformkundler kaum überblickt.

Daniel Horath bietet ihm mit seinem zweibändigen Buch über Friedrich den Großen und die Uniformierung der preußischen Armee von 1740 bis 1786 erstmals ein unverzichtbares Standardwerk zu diesem Thema. Es ist hinsichtlich Inhalt, Gestaltung und Fertigungsqualität so prachtvoll wie die darin abgebildeten Uniformen. Auf der Grundlage der Sammlung des Berliner Zeughauses, die sich heute im Deutschen Historischen Museum in Berlin befindet, enthält es ebenso ausführliche wie exakte Beschreibungen von über 200 friderizianischen Uniformstücken und Angaben zu ihrer Entwicklung. In nie zuvor gezeigter Fülle an brillanten und detailgenauen Fotos, zeitgenössischen Abbildungen, Skizzen und Mustertafeln wird dem Leser die altpreußische Uniformierung vor Augen geführt. Gezeigt und beschrieben werden nicht nur Uniformen und Uniformteile, sondern auch die wichtigsten Stücke der persönlichen Ausrüstung. Abgerundet wird die Darstellung durch ein Kapitel über die von Friedrich II. persönlich getragenen Uniformen. Durch kurze Abhandlungen zur Geschichte jedes einzelnen Regiments, dessen Uniformierung vorgestellt wird, leistet das Werk zudem einen formationsgeschichtlichen Beitrag zur Armee Friedrichs des Großen. Wer sich für dessen Militär und die von ihm geführten Kriege interessiert, kommt an diesem Werk nicht vorbei. Ganz billig ist es sicherlich nicht, aber jeden Cent wert. *Jan Heitmann*

Herausforderung für Uniformkundler

***Daniel Hohrath: „Friedrich der Große und die Uniformierung der preußischen Armee von 1740 bis 1786“**, Verlag Militaria, Wien 2012, 824 Seiten, zwei Farbbildbände im Schuber, 129,90 Euro*



Interessantes Wechselbad

Fakten und Emotionen: Ursula Sarrazin übt massive Kritik am Schulsystem

Nicht erst die unsäglichen Vorkommnisse an der Rütli-Schule machten klar, dass das Bildungssystem der Bundesrepublik vor massiven Problemen steht. Ursula Sarrazin leistete nun ebenfalls Widerstand. Nach ihrem Feldzug gegen Mittelmäßigkeit, Ungehorsam sowie motivationslose Eltern und Schüler stand die Lehrerin am Ende alleine dar. Verlassen von den Kollegen, vom Schulamt verleumdnet und von Eltern bedrängt. Das vorzeitige Ausscheiden aus ihrem Beruf war die Folge. Mit ihrem Buch „Hexenjagd. Mein Schuldienst in Berlin“ versucht sie nun, es ihrem Mann Thilo gleichzutun und sich in die Riege der Bestsellerautoren einzureihen. Persönliche Abrechnung inklusive!

Gegliedert ist Sarrazins Buch in sechs Kapitel: die Kinder, Noten, die Eltern, der Lehrer, die Schulleitung und die Schulaufsicht. Ähnlich nüchtern wie die Gliederung gestaltet sich auch der Schreibstil der ehemaligen Lehrerin. Auf 287 Seiten springt Frau Sarrazin oft zwischen den vielen Jahren ihrer Tätigkeit als Lehrerin hin und her. Manchmal hat man als Leser ein wenig das Gefühl, die Übersicht zu verlieren, bevor sachliche und nüchterne Fakten zum Berliner Schulalltag die Gedanken wieder zu ordnen beginnen. Auch wenn das umstrittene Werk nicht durch sprachliche Hochgenüsse zu überzeugen weiß, leistet es durch die weitestgehend sachlichen Schilderungen und Anekdoten der Autorin zur Berliner Bildungsmisere doch einen entscheidenden Beitrag zur stetigen Bildungsdebatte in der Bundesrepublik, die in den letzten Monaten wieder ein wenig einzuschlafen drohte.

Fleiß scheint in Berlin nicht Maßstab zu sein

Die knapp 20 Jahre Berufserfahrung in Bonn, Köln oder Mainz lassen wenig Grund zur Annahme, dass Frau Sarrazin die Kompetenzen zur Einschätzung der gegenwärtigen Lage in der Hauptstadt fehlen könnten. So macht die Autorin an einigen Stellen ganz deutlich, dass sich Berliner Grundschulen massiv von denen im Westen der Republik unterscheiden würden. Besonders der Einsatz von Lehrpersonal auf fachfremdem Gebiet sei ein klarer Ausdruck für die missgeleitete Bildungspolitik. Sarrazin selbst musste etwa Naturwissenschaften unterrichten, ohne selbst die nötigen Qualifikationen zu besitzen. Generell lässt die Autorin an vielen Stellen des Buches durchblicken, welche Vorstellungen man in Berlin heute von den Begriffen Leistung und Fleiß besitzt. Da werden Kinder trotz mangelhafter Noten versetzt, Strafen durch störrische Eltern boykottiert und strenge Lehrer durch das Schulamt gemaßregelt.

Es gilt jedoch ebenso, einige Ausführungen der Autorin kritisch zu hinterfragen. Denn neben einem sachlichen Bericht zur Lage in Berliner Grundschulen liefert uns Sarrazin außerdem eine ganz persönliche Abrechnung ihrerseits mit missmutigen Eltern, dem Schulamt, ihrer ehemaligen Schule sowie vielem mehr. Beachtlich ist dabei, dass die Autorin alle ehemaligen Kontrahenten beim Namen nennt. Mutig und ein wenig unpassend zugleich. Der Leser sollte stets versuchen, die sachlichen und nützlichen Schilderungen vom gelegentlichen Abgleiten Sarrazins in persönliche Fehden zu trennen. So wird aus einem mittelmäßigen Buch noch eine gewinnbringende Lektüre. *Philip Stein*

***Ursula Sarrazin: „Hexenjagd. Mein Schuldienst in Berlin“**, Diederichs, 2012, gebunden, 287 Seiten, 17,99 Euro*



Viel zu nachsichtig

Buschkowsky kritisiert deutsche Haltung gegenüber gewalttätigen Immigranten

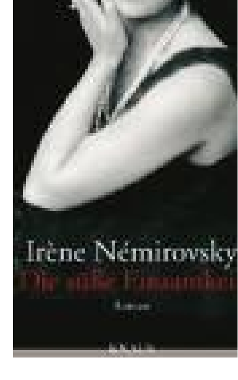
Heinz Buschkowsky, Jahrgang 1948, SPD-Mitglied seit 1973, seit 2001 Bürgermeister von Berlin-Neukölln, hat ein Buch über Immigranten in seinem Stadtteil publiziert, das einen zu dem Schluss kommen lässt, dass die Theorie, Zuwanderung führe vor allem zu einer kulturellen Bereicherung, eine Lebenslüge sei, vorgetragen vom „Kartell aus ideologischen Linkspolitikern und Gutmenschen“.

Immigranten, rund 20 Prozent der deutschen Bevölkerung, wollten zumeist „keine Deutschen werden“, so Buschkowsky, es reiche ihnen, dass man „hier richtig Geld machen kann“, und „das Geld kommt vom Amt“. Sie seien „bildungsfern“ und arbeitsscheu, deutsche Regeln seien ihnen „scheißegal“ und vor allem kämen sie mit ihrer „Vollkasko-Mentalität“ bei Behörden und Gerichten durch. Viele Migranten wüssten, dass ihnen wenig passieren kann. Zudem: „Knast macht Männer“, Haftbeginn und -ende werden mit Feiern im Clan begangen, junge Totschläger kriegen Kindergeld.

In Neukölln leben Menschen aus 150 Herkunftsländern, davon 57 000 aus islamischen Ländern, die der Autor vor allem als integrations- und leistungsunwillig ansieht: Türken entstammen zu 80 Prozent der „Unterschicht“, Araber stellen sieben Prozent der Bevölkerung, aber 49 Prozent der „jugendlichen Serienstraftäter“, mit „Afrikanern ist noch mehr Brutalität eingezogen“ – der „Anteil der Analphabeten nimmt zu, insbesondere durch den Zuzug von Roma-Familien“, zählt Buschkowsky auf.

Deutsche kuschten vor „Migranten“, Niederländer, Norweger oder Schotten machten ihnen deutlich: Wir diskutieren nicht mit euch über unsere Gesetze, wenn sie euch nicht gefallen, dann sucht euch andere Länder – solange ihr unsere Auflagen ignoriert, gibt es keine Sozialleistungen auf eure Konten. Buschkowsky hat es vor Ort erlebt, möchte es bei uns ähnlich sehen. Er kritisiert, dass sieben Migranten mit 14 Anwälten vor Gericht aufkreuzen und „Recht“ bekommen. In Deutschland wird doch „geächtet“, wer „nur mit dem Gedanken an Sanktion spielt“. Also treibt alles auf ein Extrem zu, vor dem Buschkowsky schon jetzt Angst empfindet: „Ein Land kann sich auch zu Tode liberalisieren. Ich bin nicht bereit, barbarische Unkulturen, die ich in einer zivilisierten Welt für immer verschwunden glaubte, plötzlich als normal und tolerabel zu akzeptieren.“ *Wolf Oschlies*

***Heinz Buschkowsky: „Neukölln ist überall“**, Ullstein Verlag, Berlin 2012, gebunden, 397 Seiten, 19,99 Euro*



Tochter der Dekadenz

Zeitloses Werk einer Exil-Russin

Als einziges Kind einer großbürgerlichen Familie wächst Hélène in Luxus, aber auch in Einsamkeit in St. Petersburg auf. Bei einem Vater, der nur die Vermehrung seines Vermögens im Kopf hat, und einer Mutter, die den lieben langen Tag dem Müßiggang oder der Liebe zu ihrem Liebhaber frönt, bleibt wenig Zeit und Verständnis für die Bedürfnisse eines heranwachsenden Kindes.

In dem Roman „Die süße Einsamkeit“ von Irène Némirovsky verbringt das Mädchen Hélène Karol seine Zeit mit Lesen und damit, seinen Eltern beim Leben zu zuschauen. Wie in einer Art Trance beobachtet es den Tagesablauf seiner Eltern. Nach außen hin ist Hélène Teil der Familie sowie ihre Mutter auch nach außen hin eine treue Ehefrau zu sein scheint, Hélènes Innerstes jedoch ist von tiefer Einsamkeit geprägt. Als Hélène alt genug ist zu begreifen, welche Rolle der junge Max im Leben ihrer Mutter spielt, versuchen ihre Eltern weiterhin stur, das Offensichtliche zu verdrängen.

„Die Februarrevolution brach los und ging vorbei, dann kam die Oktoberrevolution. Die Stadt, unter der Schneedecke verkrochen, war verstört. Es war ein Sonntag im Herbst. Das Mittagessen ging zu Ende. Max war da. Dichter Zigarrenrauch füllte das Zimmer. Man hörte das leise Knacken der in die Sessel eingenähten Dollarbündel und Bücher.“ Von den Erwachsenen unbeachtet beginnt Hélène in diesem Moment erstmalig, ihre Gefühle zu Papier zu bringen, und benennt auch Max' Rolle als Liebhaber ihrer Mutter Bella beim Namen. Die Reaktion ihrer Eltern fällt aus wie befürchtet, als sie das Geschriebene entdecken.

Parallelen zum Leben der Autorin

Die Autorin Némirovsky schrieb den Roman „Die süße Einsamkeit“ bereits im Jahr 1935. Sie wurde 1903 als Tochter eines jüdischen Bankiers in Kiew geboren und musste mit ihren Eltern vor der Oktoberrevolution fliehen. Némirovsky wurde zum Star der Literaturszene in Paris. 1942 wurde sie deportiert und starb in Auschwitz. Ihr Roman „Suite francaise“ beziehungsweise „Die süße Einsamkeit“ wurde erst 60 Jahre später wiederentdeckt und zum Weltbestseller.

Betrachtet man die Kindheitsstationen der Autorin und die der Protagonistin, so lassen sich einige Parallelen erkennen. Interessant wäre es zu erfahren, ob auch die Autorin unter einem ähnlich ausgeprägten Mutter-Tochter-Konflikt litt und ob sie diesen auf die gleiche tragische Weise zu lösen versuchte wie die Protagonistin dieses Romans. Denn statt ihrer alternden, reuigen Mutter zu verzeihen, beginnt das zu einer jungen Frau herangereifte Mädchen, die Waffen zu nutzen, mit denen in jüngeren Jahren bereits ihre Mutter kämpfte. Doch ist Hélène noch zu unerfahren, um zu begreifen, dass sie mit dem Feuer spielt. „Langsam, allmählich wächst die verwerfliche Liebe. Schon hat sie ihre verschlungenen Wurzeln tief in das Menschenherz gesenkt, als die erste kümmerliche Blüte aufgeht. Sie ist so schwach, so klein, dass der Mensch, der sie betrachtet, sich weniger an ihr als an seiner eigenen Macht ergötzt.“

Auch heute noch verführt Irène Némirovsky den Leser mit eleganter Sprache, Dekadenz und großen Gefühlen. *Vanessa Ney*

***Irène Némirovsky: „Die süße Einsamkeit“**, Knaus Verlag München 2012, geb., 272 Seiten, 19,99 Euro*



Virtuelle Trauerarbeit

Fortsetzung der Geschichte der Familie Delpe

Gerade läuft in den deutschen Kinos unter dem Titel „Am Ende eines viel zu kurzen Tages“ die Verfilmung von Anthony McCartens 2007 erschienenem Roman „Superhero“. Nun kommt mit „Ganz normale Helden“ die Fortsetzung der Geschichte der Familie Delpe in die Bücherregale. Donald Delpe, der jüngste Sohn der britischen Familie und künstlerisches Genie, ist gerade an Krebs gestorben. Eltern und Geschwister trauern jeder auf seine Weise. Mutter Renata sucht im Internet Trost. Sie pflegt weiterhin den Facebook-Account von Donald und bittet einen virtuellen Beichtvater um die Vergebung all ihrer Sünden. Jim, ihr Mann, redet kaum mit ihr und verurteilt ihr Suhlen im Leid. Er möchte aufs Land ziehen und vergräbt sich in den Renovierungsarbeiten eines Häuschens, das er gekauft hat. Sohn Jeffrey, der inzwischen 18 Jahre alt ist, sendet dem toten Bruder SMS auf dessen Handy, das er mit in den Sarg gelegt hat. Er flüchtet sich in das Online-Rollenspiel Life of Lore, in dem man in einer Phantasiewelt aus endlosen Wüsten, düsteren Gebirgen und Städten den Gegner töten muss. Erwischt es einen selbst, so kann man sich im Reinkarnationszentrum wiederbeleben lassen.

Eines Tages verschwindet der Junge, ohne den Eltern eine Nachricht zu hinterlassen. Sein Vater erfährt durch Zufall den Nickname seines Sohnes in Life of Lore und macht sich in der künstlichen Welt als Avatar auf die Suche nach ihm. Während er sich Level für Level weiterkämpft und ab und zu mit „Merchant of Menace“ – so heißt Jeffreys Figur – chattet, zieht ihn das Spiel immer mehr in den Bann. Nächtelang sitzt Jim vor dem Computer, vernachlässigt seine Frau und riskiert seinen Job in der Anwaltskanzlei. Als er seinen Sohn schließlich findet, nimmt eine Reihe schicksalhafter Ereignisse ihren Lauf.

SMS an einen Toten

Mit viel Tiefsinn und Einfühlungsvermögen, aber auch gelegentlich liebevollem Augenzwinkern porträtiert der neuseeländische Erfolgsautor seine Protagonisten. Eindrücklich schildert er ihre Unfähigkeit, sich auf Verlust, Schmerz, Angst und Wut einzulassen und miteinander zu kommunizieren. McCarten gelingt es, schwierige Themen wie den Generationenkonflikt, den Umgang mit dem Tod eines nahen Angehörigen und die Suche nach der eigenen Identität anschaulich zu erzählen. Beiläufig streut er philosophische Lebensweisheiten ein: „Geschichten sind die Landkarten für die Erziehung des Herzens. Sie warnen uns, sie locken und sie führen, beflügeln, tadeln. Sie sind großartige Ratgeber.“

Nur manchmal erhebt der Autor den moralischen Zeigefinger, etwa wenn es um die Gefahren des Internets geht. Die Folgen des zwanghaften Drangs, im Netz zu surfen, zu chatten und zu spielen, spüren Renata, Jim und Jeff am eigenen Leib von Schlafstörungen und Nervosität über Kontroll- und Realitätsverlust bis hin zu sozialer Isolation und beruflichem Abstieg. Die Online-Sucht, Ausführungen zu PC-Spielen, Computer-Abkürzungen und ausufernde Chatnachrichten in rechtschreibfreier Zone überlagern bisweilen die Handlung. Dennoch eine unterhaltsame Lektüre. *Sophia E. Gerber*

***Anthony McCarten: „Ganz normale Helden“**, Diogenes, Zürich 2012, geb., 455 Seiten, 22,90 Euro*



„Wolfskinder“
erzählt von einer ostpreußischen Flüchtlingsfamilie, deren Kinder sich auf den Trecks aus ihrer Heimat verloren hatten und auf wundersame Weise wieder zusammenfanden. Eberhard Fechner schildert die spannenden Erlebnisse dieser Geschwister zwischen Privatem und Geschichtlichem.
Als Extra ist die Dokumentation „Flucht und Vertreibung – Inferno im Osten“ zu sehen.
Laufzeit: 120 Minuten + 57 Minuten Bonusfilm
Best.-Nr.: 5568

statt € 14,95 nur noch € 9,95



Soya Winterberg
Wir sind die Wolfskinder
Verlassen in Ostpreußen
Geb., 336 Seiten
Best.-Nr.: 7191, € 19,99



Das war Königsberg
Erleben Sie das unzerstörte Königsberg
Laufzeit: 30 Minuten, schwarz/ weiß- Aufnahmen von vor der Zerstörung Königsbergs
Best.-Nr.: 4470, € 19,00



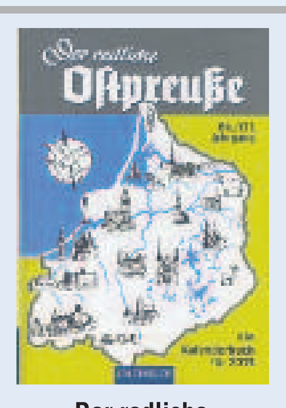
Peter Bannert
Meine Jugend in Sowjetlagern 1945-49
Kart., 178 Seiten
Best.-Nr.: 7173, € 12,90

Pro Patria, Märsche und Lieder
1) Gaudeamus igitur 2:18 2) Kein schöner Land 1:26
3) Die Wacht am Rhein 4:16
4) Fehrbelliner Reitermarsch 2:29
5) Lied der Franken 2:09
6) Alte Kameraden 3:03
7) Siebenbürgenmarsch 3:19
8) Der Coburger 3:24
9) Des Großen Kurfürsten Reitermarsch 3:31
10) Fanfare und Marsch der Pappenheimer Reiter 2:44
11) Präsentiermarsch Friedrich Wilhelm III. 1:48
12) Freiheit, die ich meine 2:17
13) Ich hab mich ergeben 1:19
14) Ich hatt einen Kameraden 4:02
15) Kreuzritter-Fanfare 2:07
16) Regimentsgruß 1:58, 17) Geschwindmarsch 1:52
18) Helenenmarsch 2:12,
19) Marsch aus Petersburg 2:14
20) Schwedischer Kriegsmarsch 1:59
21) Althessischer Reitermarsch 2:13
22) Parademarsch der Langen Kerls 2:16
23) Der große Zapfenstreich 11:32
24) Lied der Deutschen 3:09, Gesamtspielzeit: 69:52
Mario Lanza, Tenor, Heeresmusikkorps 300 Koblenz unter OTL Georg Czerner, Heeresmusikkorps 12 Veitshöchheim unter Major Volker Wörrlein, Deutsche Chorgemeinschaften, Best.-Nr.: 7206

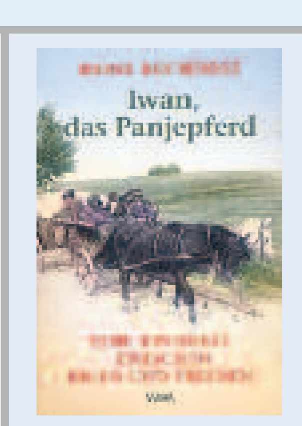


CD € 17,95





Der redliche Ostpreuße Kalender 2013
Geb., 128 Seiten, 17 x 24 cm, 45 Abbildungen,
Best.-Nr.: 7199, € 9,95



Heinz Buchholz
Iwan, das Panjepferd
Eine Kindheit zwischen Krieg und Frieden
Kart., 256 Seiten
Best.-Nr.: 4795, € 8,95

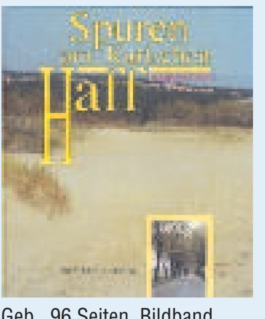


Joachim Albrecht
Katjuscha und ihre Folgen
Königsberg im Januar 1945
Rettungsschiff Wullenwever
Kart., 257 Seiten
Best.-Nr.: 7196, € 14,80



Marion Lindt
Ostpreußen - Rezepte, Geschichten und historische Fotos
Geb., 128 Seiten
Best.-Nr.: 7085, € 9,99

Barbara Mai
Spuren am Kurischen Haff
Die Reise an das Kurische Haff ist für viele eine Reise in die Vergangenheit. Sie wird zu einer Spurensuche in der alten Heimat, denn selten finden die in Ostpreußen Geborenen die vertrauten Bilder aus der Kindheit und Jugend wieder. Schmerzlich bruchstückhaft zeigt sich die Heimat dem Suchenden, übrig geblieben sind oft nur Spuren.
Barbara Mai geht den Spuren ihrer Herkunft in diesem Bild-/ Textband in einfühlsamer Text- und Bildsprache nach.



Geb., 96 Seiten, Bildband, 96 Abb.
Best.-Nr.: 3172

statt € 19,00 nur € 12,95



Ostpreußen wie es war
In Filmaufnahmen aus den 20er und 30er Jahren werden Kultur und Tradition Ostpreußens wieder lebendig. Mit dem Bonusfilm „Alltag in Ostpreußen“, Laufzeit: 72 Minuten + 45 Minuten Bonusfilm
Best.-Nr.: 3656, € 19,95

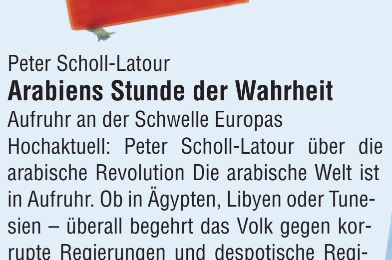


Sommer in Ostpreußen 1942
In einem Bonus-Interview kommt der Erzähler Arno Surminski zu Wort.
Laufzeit: 56 Minuten + 15 Minuten Bonusfilm,
Best.-Nr.: 6981, € 14,95



lesensWERT!
Die Buchempfehlung des Preußischen Mediendienstes!

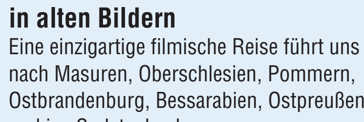
Peter Scholl-Latour
Arabiens Stunde der Wahrheit
Aufruhr an der Schwelle Europas
Hochaktuell: Peter Scholl-Latour über die arabische Revolution Die arabische Welt ist in Aufruhr. Ob in Ägypten, Libyen oder Tunesien – überall begehrt das Volk gegen korrupte Regierungen und despotische Regime auf. Wie kein Zweiter kennt Peter Scholl-Latour die wechselvolle Geschichte dieser Länder, die er seit 1950 bereist. In Arabiens Stunde der Wahrheit verknüpft er auf bewährte Weise seine Erfahrung als Chronist des Weltgeschehens mit aktuellen Eindrücken seiner jüngsten Reisen nach Nordafrika und Nahost.
Die arabische Welt ist in Aufruhr. An der Südflanke Europas brodelt es.
Ob in Ägypten, Libyen, Syrien oder Tunesien – überall begehrt das Volk gegen korrupte Regierungen und despotische Regime auf. Wie kein zweiter kennt Peter Scholl-Latour die wechselvolle Geschichte dieser Länder, die er seit den 1950er Jahren immer wieder bereist hat. In seinem neuen Buch verknüpft er auf bewährte Weise seine sechzigjährige Erfahrung als Chronist des Weltgeschehens mit aktuellen Eindrücken seiner jüngsten Reisen nach Nordafrika, darunter der Sudan, Ägypten und Algerien.
Was Peter Scholl-Latours Bücher seit jeher auszeichnet, ist die profunde Kenntnis der Länder und Kulturen, über die er schreibt. Schon in den 1950er Jahren hat er die arabische Welt intensiv bereist und seitdem immer wieder über sie berichtet. So vermag er mit bestechendem Scharfblick das aktuelle Geschehen in seinem historischen und kulturellen Zusammenhang zu erklären. Zugleich beschwört er in eindringlichen Reportagen die magische Welt der Basare, Kasbahs und Oasen herauf, die er noch in ihrem ursprünglichen Zustand kennengelernt hat. So ist sein Buch beides: hochaktueller Bericht und faszinierende Zeitreise.



Geb., 384 Seiten
Best.-Nr.: 7208

€ 24,99

Der Deutsche Osten in alten Bildern
Eine einzigartige filmische Reise führt uns nach Masuren, Oberschlesien, Pommern, Ostbrandenburg, Bessarabien, Ostpreußen und ins Sudetenland.
Die ehemaligen deutschen Ostgebiete gehören heute zu Polen, der tschechischen Republik, Litauen, Rußland und Moldawien. In zum Teil noch nie gezeigten Filmaufnahmen aus den 20er und 30er Jahren werden Kultur und Tradition dieser Regionen wieder lebendig. Über viele Jahrhunderte haben Deutsche die Landschaft, die Arbeit und das kulturelle Leben geprägt, haben Dörfer und Burgen, Kirchen und Schlösser errichtet. Vor 700 Jahren kamen die deutschen Ordensritter, um das Land zu christianisieren. Ihre stolzen Ordensitze sind stumme Zeugen dieser längst vergangenen Zeit.

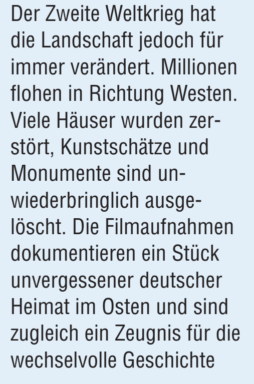




Der Zweite Weltkrieg hat die Landschaft jedoch für immer verändert. Millionen flohen in Richtung Westen. Viele Häuser wurden zerstört, Kunstschätze und Monumente sind unwiederbringlich ausgelöscht. Die Filmaufnahmen dokumentieren ein Stück unvergessener deutscher Heimat im Osten und sind zugleich ein Zeugnis für die wechselvolle Geschichte Osteuropas.
Laufzeit: ca. 65 min.
Best.-Nr.: 7207

€ 9,95

Christel Wels
Wir hatten immer Angst
Die Kriegsschicksalsjahre der Zwillinge Christel und Alice Faust in Ostpreußen 1945- 1948 Christel Wels, geb. Faust aus Groß Pöppeln im Kreis Labiau, Ostpreußen, am Kurischen Haff, beschreibt das Schicksal ihrer Familie in den Jahren 1945 bis 1948 im seit 1945 russischen Teil Ostpreußens. Unbeschreiblich Schlimmes haben die Zwillinge Christel und Alice, ihre Mutter sowie die Geschwister Elfriede und Gerhard erleiden müssen. Jahre, die für das ganze Leben prägend waren und die Geschehnisse, die erst im Laufe der Jahrzehnte aufgearbeitet werden konnten. Eine Dokumentation die es wert ist, von vielen Menschen gelesen zu werden.
Man kann das Erlebte in einem Satz zusammenfassen: Vergeben ja, vergessen niemals.



Kart., 180 Seiten
Best.-Nr.: 7099, € 12,90

Heiner Kappel
Kapiert's endlich! Geldkrieg statt Weltkrieg
Gibt es eine Alternative zu dem, was sich da zusammenbraut?
Heiner Kappel durchdachte scharf, dass mit der Einführung des Euro die Transferunion von langer Hand geplant war. Unter dem Dach des Euro ist Deutschland an die Kette gelegt. Die Mächtigen dieser Welt ziehen an den Strippen. Die Folgen für unser Land sind katastrophal. Welche Auswege sind möglich? Aufgabe der staatlichen Souveränität? Preisgabe des Euro? Was ist noch denkbar?



Kart., 62 Seiten
Best.-Nr.: 7202

€ 6,99

Preußen-Schirmmütze





Preußen-Schirmmütze
Abweichend zur Abbildung dunkelblaue Schirmmütze in Einheitsgröße mit gesticktem Adler in weiß
Best.-Nr.: 7124, € 14,95

Elchschaufel-Schirmmütze



Elchschaufel-Schirmmütze
dunkelblau Dunkelblaue Schirmmütze in Einheitsgröße mit gestickter Elchschaufel in Wappenform
Best.-Nr.: 6969, € 14,95

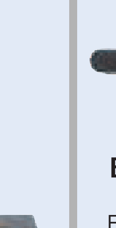
Königsberg-Schirmmütze



Königsberg-Schirmmütze dunkelblau
Dunkelblaue Schirmmütze in Einheitsgröße mit gesticktem Wappen in Farbe der Stadt Königsberg
Best.-Nr.: 7192, € 14,95

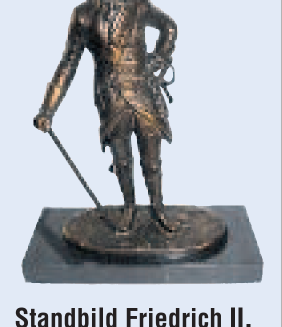
Sing, sing, was geschah
Die schönsten Volkslieder aus Ostpreußen, CD Musikantengilde Halver, Harald Falk Ostpreußen, das Land der dunklen Wälder und kristallnen Seen, das Land der Elche und der Trakehner Pferde, das Land, das in unzähligen Büchern und Bildbänden seine Geschichte und seine Geschichten erzählt. Seine Lieder aber kennt man vielleicht aus dem Zupfgeigenhansl, aus dem Brummtopf, dem Liederschrein oder dem Wilden Schwan.
Als in den Jahren 1969 und 1970 die Schallplattendokumentation »Volkslieder aus den deutschen Vertreibungsgebieten« erschien, schrieb Professor Herbert Wilhelmi in den Begleittext über die Lieder aus Ostpreußen: »Der Liedergarten Ostpreußens aber ist besonders reich an Varianten, sowohl der Texte wie der Weisen. Die Daina im Memellande in ihrer transparenten Balladendichtung, die mit wenigen Strichen zeichnend ganze Lebensbilder erstehen läßt, ihre Merkmale tonaler Beziehungen zum griechischen Tonartenkreis, die Kürze der Melodieaussage, alles weist auf Urtypen des Balladengesanges hin, die im mitteleuropäischen Raume längst verklungen sind. Lieder wie ,An des Haffes ander'm Strand', ,O käm das Morgenrot' zeigen eine Vielfalt der Volkstemperamente von der Leidenschaft bis zur milden Heiterkeit, die diesem Volksstamme ganz besonders gut steht. Die Lieder der Masuren zeigen ähnliche Kürze in der Form. Häufig nur 6 Takte. Mehrere Lieder sind durch Liedblätter, Liederbücher in der letzten Zeit bekannter geworden, so die Abendlieder ,Laßt uns all nach Hause gehen' oder ,Zeit zu geh'n ist's'.
Der Polyrhythmus in diesen Liedern ist eine besondere Eigenart der getragen Liedgattung Masurens, während in den heiteren und bewegten Liedern der Mazurka-Rhythmus mit dem anspringenden Volltakt vorherrscht.« Die Liedauswahl dieser CD beginnt mit dem titelgebenden Lied der Schwäne »...sing, sing, was geschah....« und steht damit gewissermaßen für das Schicksal des besungenen Landstrichs. Jenseits der akademischen Betrachtung soll diese Platte aber vor allem Freude bereiten – ob es nun die Erinnerung an die alte Heimat oder einfach nur die Freude am besonderen Volkslied und an besonderen Interpreten ist.

CD



€ 12,95

1) Zogen einst fünf wilde Schwäne 2:11 min
2) Das Feld ist weiß 1:56 min
3) Flogen einst drei wilde Tauben 1:35 min
4) Hab durchs Fenster einst gesehen 2:25 min
5) Reiter, schmuck und fein 2:57 min
6) Steig ein, Liebste mein, komm, du Schöne 3:17 min
7) Dort jenes Brünnlein 1:19 min
8) Ja da fahren viele Wagen den Berg hinauf 2:07 min
9) Spielt, ihr Musikanten, flink auf allen Saiten 2:44 min
10) Ei, du Vogel Stieglitz 1:22 min
11) De Oadeboar 2:50 min
12) Ging ein Weiblein Nüsse schütteln 1:09 min
13) Hinterm See bei den vier Eichen 1:44 min
14) Auf des Sees anderer Seit' 2:01 min
15) Hüpft die kleine Lerche 1:40 min
16) O käm das Morgenrot herauf 3:05 min
17) Feinslieb, ich habs erfahren 3:33 min
18) O Herz, mein Herze, so gib mir doch Antwort 2:12 min
19) Die Erde braucht Regen 1:41 min
20) Singen, tanzen und fröhlich sein 1:40 min
21) Et weer moal e scheener Friejer 2:53 min
22) Welch großes Wunder 2:21 min
23) Wunschlied (Wir treten herein) 2:12 min
24) Überm Wasser, überm See weiß ich eine Linde stehn 3:10 min
25) An des Haffes ander'm Strand 1:46 min
26) Es dunkelt schon in der Heide 2:18 min
27) Abends treten Elche aus den Dünen 2:30 min
28) Laßt uns all nach Hause gehen 1:54 min
29) Schloap, mien Kindke, lange 1:55 min
Gesamt: 66 min
Eine Produktion des Westdeutschen Rundfunks Köln, 1969 bis 1987
Best.-Nr: 7203



Standbild Friedrich II.
Wunderschöne detailgetreue Darstellung, Metallguß bronziert auf Mamorsockel, Höhe: 27 cm, Gewicht: 2,4 kg
Best.-Nr.: 4036, € 159,95

Elchschaufel-Brosche



Elchschaufel- Brosche
Versilbert mit aufgesetzter Elchschaufel in Wappenform. Die Oberfläche des Emblems ist emailliert.
Maße Brosche: B 3 cm, H 1,5 cm
Maße Emblem: H 15 mm, B 13 mm
Rückseitig Quernadel mit Sicherheitsverschluss
Best.-Nr.: 7125, € 4,95

Elchschaufel-Manschettenknöpfe

Hochwertige Manschettenknöpfe mit emaillierter Vorderseite, auf der die Elchschaufel dargestellt ist. Die Rückseite der Manschettenknöpfe ist schwarz eloxiert. Maße: 18 mm hoch, 15 mm breit. Die Lieferung erfolgt in einem hochwertigen Geschenkkarton.
Best.-Nr.: 6643, € 24,95

Manschettenknöpfe-Preußenadler



Der Preußenadler auf weißem Hintergrund, silbern umrandet, Oberfläche emailliert, Durchmesser = 20mm
Die Lieferung erfolgt in einem hochwertigen Geschenkkarton
Best.-Nr.: 6782, € 24,95

Ostpreußen-Seidenkrawatte





Edle Seidenkrawatte in den Farben Preußens mit der Elchschaufel
Farben: schwarz/weiß mit der Elchschaufel
Best.-Nr.: 7091

€ 19,95

PMD Preußischer Mediendienst

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst 46/12
Mottelerstraße 7 · 04155 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12
Lieferung gegen Rechnung. Achtung! Die Versandkostenpauschale beträgt nur € 3.50*, ab einem Bestellwert von € 80.00 ist die Lieferung versandkostenfrei *nur gültig bei Versand innerhalb Deutschland ohne Inseln. Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Bestellcoupon

Menge	Best.- Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:
Straße/Nr.: Telefon:
PLZ/Ort:
Ort/Datum: Unterschrift:

Über 1500 weitere Artikel finden Sie auch in unserem Internetshop www.preussischer-mediendienst.de

MELDUNGEN

Anzeige gegen Michel Friedman

Berlin – Der Schriftsteller Martin Walser hat gegen Michel Friedman Anzeige wegen Beleidigung erstattet, weil dieser ihm „Antisemitismus“ vorgeworfen hat. Friedman sagte, er habe sich auf Walsers legendäre Frankfurter Rede von 1998 bezogen. Dort hatte dieser gesagt, der Holocaust werde auch als „Moralkeule“ missbraucht, um Missliebige zu denunzieren. Walser bezeichnet Friedman als „Wichtigmacher“. *H.H.*

Geburtshaus Hitlers soll weg

Braunau – Das Angebot eines russischen Abgeordneten, Hitlers Geburtshaus für zwei Millionen Euro zu kaufen, um es abreißen zu lassen, hinterlässt bei den Stadtoberen gemischte Gefühle. Erstens steht das Haus, in dem der Diktator das Licht der Welt erblickte, unter Denkmalschutz und gehört zum historischen Kern der österreichischen Stadt nahe Salzburg und zweitens bringt es auch Touristen, die in dem Ort Geld lassen. Auch würde der Abriss des Hauses nichts daran ändern, dass Hitler hier geboren wurde. *Bel*

ZUR PERSON

Die Nette und das Biest

Als Paar erscheinen sie wie Darth Vader (der dunkle Jedi-Ritter aus „Krieg der Sterne“) und Mutter Teresa, sagte Jürgen Trittin, nachdem er und **Katrin Göring-Eckardt** von den Grünen-Mitgliedern zum Spitzenduo für die Bundestagswahl 2013 gewählt worden waren. Letztere reagierte leicht pikiert auf Trittins bildhaften Vergleich. Das Image der heiligen Wohltäterin, das der Pfarrersfrau und Präses der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland anhaftet, könnte ihr schließlich im harten Politikgeschäft hinderlich sein. Bislang hat sie auch den Posten als Vizepräsidentin des Bundestages seit 2005 mit eher sanfter Hand ausgefüllt.

Trotzdem haben sie überraschenderweise 60000 stimmberechtigte Grünen-Mitglieder in einer Urwahl ins kalte Wasser geschubst. Nicht die bei vielen unbeliebte Claudia Roth, sondern die stets lieb lächelnde Göring-Eckardt soll für die Grünen die für einen Regierungswechsel nötigen Stimmen einfahren. Die Basis hat offenbar ein Gespür dafür, wer besser geeignet ist, die für eine Regierungsmehrheit nötigen konservativen Wählerschichten zu umschmeicheln.



Der undemagogischen Göring-Eckardt, die anders als Roth keine schrill-abschreckenden Töne ausspuckt, traut man das zu. Ihre leise Art hat sie wohl ihrer DDR-Vergangenheit zu verdanken. 1966 als Katrin Eckardt in Thüringen geboren – den Zweitnamen nahm sie nach der Heirat mit Pfarrer Michael Göring an – studierte sie evangelische Theologie und verhielt sich als Oppositionelle politisch unauffällig, ehe sie kurz nach der Wende der Bürgerbewegung Bündnis 90 beitrat, die sich dann in den neuen Ländern mit den Grünen zusammentat. Jetzt winkt das nächste Karriereziel: Bundesministerin. Aber in welcher Koalitionsregierung? *tws*



Zeichnung: Mohr

Unentbehrlich

Wie man wählergerecht sülzt, wie Peer Steinbrück sein soziales Gewissen fand, und wie EU-Beihilfen dauerhaft Wohlstand schaffen / Der Wochenrückblick mit Hans Heckel

Das wäre aber auch zu schade gewesen. Fast wäre uns Claudia Roth in den Schmollwinkel entwischt. Was war das für eine Gemeinheit, dass sie so abgebügelt wurde beim Mitgliederentscheid über die Spitzenkandidaten der Grünen zur nächsten Bundestagswahl!

Dabei hatte sich Roth derart gründlich nach wirklich allen Seiten verbeugt: „Ich möchte sprechen über Vielfalt, über Inklusion, über gleiche Rechte, über tote Flüchtlinge im Mittelmeer, über deutsche Panzer nach Saudi-Arabien, über Kommunen am Abgrund, über ein striktes Rauchverbot.“ So sprach sie. Woher dann die Niederlage?

Sie hat etwas vergessen, und schlimmer noch: Über fleischlose Ernährung sagte Roth nicht nur nichts, sie sagte – unter den stechenden Blicken der für ihre Toleranz berühmten militanten Vegetarier – stattdessen: „Aber ich will hier nicht rumsülzen, ich mag auch ein lecker Würstel oder Schnitzel.“

Würstel? Schnitzel?? Sicher, man sieht der drallen Claudia schon an, dass sie sich nicht allein mit Löwenzahn und Sojabouletten durch den Tag quält. Aber musste sie das den sensiblen Mümmelmännern in ihrer Partei so taktlos um die Öhrchen hauen? Nein, und dafür bekam sie die Quittung. Das ist wirklich bedauerlich, denn bevor sie auf dem Würstel ausrutschte, hat Roth noch eindrucksvoll bewiesen, wie fulminant sie rumsülzen kann! Rauchverbot und tote Flüchtlinge in einem Satz, dazu noch deutsche Panzer und was nicht alles – die Zutaten in Roths Rede waren wahrhaft von „Vielfalt“ geprägt, und genau das macht eine schmackhafte Sülze ja aus.

Wobei man sich mit dem Rezept durchaus vertun kann. Nicht jede Geschmacksrichtung passt auch zu jeder Gelegenheit. Zum „Bürgerdialog“ mit Peer Steinbrück lockt die SPD mit dem Versprechen, mit den Menschen ganz offen über „Gerechtigkeit“ reden zu wollen. In der Einladung umschleimen die Sozialdemokraten ihr Zielpublikum mit den herrlich anbiedernden Worten: „Die meisten Menschen haben ein sicheres Gespür dafür, wenn etwas gerecht oder zutiefst ungerecht ist.“

Der Text ist offenbar noch vor der Sache mit dem Bochumer Honorar gedichtet worden. Heute dürfte er Steinbrück eher peinlich sein. Wir wollen hoffen, dass sich die Sozialdemokraten ihre Dialogbürger sorgsam aussuchen. Verruchte Hetzer könnten den „Dialog“ sonst mit der Frage verpesten, was denn „gerecht“ daran sein solle, wenn ein Politiker von staatlichen Stadtwerken für ein Plauderstündchen so viel Geld bekommt wie die von den SPD so gern bedauerte Krankenschwester im ganzen Jahr nicht?

Gut, gut, das ist wirklich schwer zu beantworten. Aber irgendwann muss auch mal Schluss sein mit dem Herumgereite auf den astronomischen Rede-Honoraren des SPD-Kanzlerkandidaten. Steinbrück will die 25000 Euro von den Bochumer Stadtwerken schließlich spenden, jetzt, wo die Sache an die Öffentlichkeit gelangt ist. Rührend, wie rasch den Genossen das soziale Gewissen übermannt hat, nachdem man ihn erwischt hatte. Es erinnert an den jugendlichen Ladendieb, der die Einhaltung der Gesetze im Handumdrehen zu seiner Herzensangelegenheit erklärt, nachdem ihm an der Kasse der Schokoriegel aus der Jacke gerutscht ist.

> Ökologische Industriepolitik: Unser nächster Sozialismus wird viel bunter als der letzte

Aber mal grundsätzlich: Was soll der ständige Zank um den Zaster? Geld ist genug da, es haben nur die falschen, hat IG-Metall-Chef Berthold Huber entdeckt. Zwar hat die öffentliche Hand noch nie so viel an Steuern und Abgaben eingenommen wie 2012, reichen tut es aber immer noch nicht, findet Huber: Die „Einnahmenseite“ in den öffentlichen Haushalten müsse daher „unbedingt erhöht werden“, schreibt er.

Huber wünscht sich eine „Investitionspolitik mit Staatsausgaben“, die er gern auch „ökologische Industriepolitik“ nennt. Mit anderen Worten: Der Staat soll planen, welcher Wirtschaftszweig mit wie viel Geld zu versorgen ist und vorgeben, in welche technologische Richtung sich die deutsche Volkswirtschaft entwickelt. Kommt einem irgendwie bekannt vor, selbst wenn man nicht in der DDR aufgewachsen ist.

Halt, Stopp! Nicht ungerecht werden: Mit DDR-Planwirtschaft hat das nur zum Teil zu tun. Dort waren, wie wir wissen, am Ende fast alle „gleich arm“, selbst die SED-Bonzensiedlung Wandlitzsee fanden Angehörige der gutsituierten Mittelschicht Westdeutschlands zum Weglaufen. Den Fehler will Huber nicht wiederholen: Von der „ökologischen Industriepolitik“ sind schon jetzt etliche Leute märchenhaft reich geworden, „gleich arm“ werden dabei nur die übrigen 99 Prozent. Unser nächster Sozialismus wird also keinesfalls so grau und trist wie der letzte. Einige können es da richtig krachen lassen, und das auch noch ganz öffentlich und nicht verschämt hinter Mauern und Wachtürmen wie in dem Ghetto der Oberkommunisten. Schließlich ist das Gewissen rein, wenn man seine Millionen mit der Rettung des Klimas verdient hat.

Berthold Huber will mit neuen Konjunkturprogrammen und Steuererhöhungen vor allem die kommende Wirtschaftskrise überbrücken. Dass die kommt, bestätigen mittlerweile alle Experten. Vor allem die ohnehin gebeutelten Südeuropäer könnte es noch einmal hart treffen.

Deshalb werden Politiker von Jürgen Trittin bis Sigmar Gabriel nicht müde, mehr Wachstumsimpulse für den Süden zu fordern. Nicht immer nur sparen, ist die Devise, es müsse auch investiert werden: Der Staat, in diesem Falle die EU, müsse sich endlich stärker engagieren bei der Schaffung von Arbeitsplätzen. Das will auch Huber. Neben der „ökologischen Industriepolitik“ fordern SPD und Grüne, die EU solle viel mehr Geld in die Entwicklung der Infrastruktur der Euro-Krisenländer investieren, um so die Länder zu entwickeln und die Konjunktur anzukurbeln.

Da gibt es in der Tat noch viel zu tun. In Spanien, so erfahren wir, soll es noch immer Orte mit annähernd elftausend Einwohnern geben, die nicht einmal über einen internationalen Flughafen verfügen. Damit nicht genug: Selbst bereits fertige EU-Projekte werden plump vernachlässigt.

So vergammelt nahe Valencia seit Jahren ein EU-geförderter Flughafen, von dem noch nie jemand gestartet ist. Fadenscheinige Erklärung: Es sei gar kein Markt für Passagiere da, weil der nächste internationale Flughafen nur 50 Kilometer entfernt liege.

Da haben wir's wieder: Die brutale Macht der „Märkte“ wird eiskalt über die Belange der Bürger gestellt. Wenn den Flugplatz keiner ansteuern will, dann ballern wir Ryanair und Konsorten eben solange mit EU-Förder-Euros zu, bis die gar nicht mehr anders können, als dorthin zu fliegen! Wenn trotzdem kein einziger Passagier auftaucht? Egal: Wir hätten immerhin Arbeitsplätze geschaffen und „Politik im Interesse der Menschen statt der Märkte“ durchgesetzt. So funktioniert EU-Förderpolitik schon seit Jahrzehnten, also warum vom erfolgreichen Pfad abweichen, gerade jetzt in der Krise?

Die EU richtet ihre Wohltaten nicht allein auf ihre Mitglieder. Außerhalb der Union ist Kosovo der größte Empfänger von Brüsseler Hilfen. Von 1999 bis 2007 (neuere Zahlen liegen noch nicht vor) flossen rund 2,7 Milliarden Euro in den Staat von der Einwohnerzahl Hamburgs. Vorangekommen ist das Land zwar nicht. Aber wieso auch: Mit den Hilfen wurde eine neue, gehobene Gesellschaftsschicht herausgebildet, deren Geschäft allein darin besteht, die EU-Hilfen teilweise weiterzuleiten und teilweise ... ja, was? Nein, dazu wollen wir uns im Interesse des völkerverbindenden Miteinanders und „im Zeichen gegenseitigen Respekts“ nicht äußern. Sonst nehmen böse Federn ein paar (tausend) korrupte Einzelfälle zum Anlass, negative Verallgemeinerungen anzustellen. Jene Gesellschaftsschicht hat jedenfalls keinerlei Interesse, an der Hilfsbedürftigkeit ihres Landes irgendetwas zu ändern, sonst bräche ja ihr Geschäftsmodell zusammen. Das Resultat feiert Brüssel als „dauerhaftes Engagement“. Darauf ist man dort sehr stolz, beweist es doch, „wie unentbehrlich Europa im täglichen Leben der Menschen geworden ist“.

MEINUNGEN

__Jan Fleischhauer__ zerstört in „Spiegel-online“ die Illusion vieler Deutscher, __Barack Obama__ sei „europäischer“ und damit __besser__ für uns als der unterlegene Herausforderer Mitt Romney:

„Obama hat kein Interesse an Europa, seine ganze Aufmerksamkeit gilt Asien. Wenn dieser Präsident im Kanzleramt in Berlin anruft, dann nur, um die Kanzlerin zu bequatschen, endlich Euro-Bonds einzuführen, damit die Wall Street wieder ruhig schlafen kann.“

Investor-Legende __Marc Faber__ resümiert in der Internet-Zeitung „Deutsche Wirtschaftsnachrichten“ (8. November) zu __Obama und Romney__:

„Es ist eine Tragödie des Lebens, dass nicht beide Kandidaten die Wahl verloren haben. Sie hätten es verdient.“

Der __Norweger Soziologe Harald Eia__ erklärt im „Focus“ vom 5. November, warum __Gender-Forschung__ seiner Meinung nach den __Frauen schadet__:

„Für die Politiker Norwegens, linke wie rechte, hatte die Gleichstellung der Geschlechter schon immer hohe Priorität ... Dennoch gibt es Bereiche in der Geschlechterwelt, die sich hartnäckig gegen eine Angleichung wehren. Beispielsweise ergreifen norwegische Männer und Frauen trotz jahrelanger ideologischer Beeinflussung eher traditionelle Berufe: Männer typischerweise technische und naturwissenschaftliche Berufe, Frauen überwiegend im Gesundheitswesen und im sozialen Bereich ... Aber die Biologie spielt in offiziellen politischen Berichten in Norwegen keine Rolle. Das könnte damit zusammenhängen, dass diese Berichte mehrheitlich von Gender-Forschern geschrieben werden ... Wenn Männer und Frauen von Natur aus unterschiedliche Interessen haben, könnte dies Frauen aber dazu bringen, eine Wahl zu treffen, die nicht ihren wirklichen Interessen entspricht.“



Mit dem __neuen Fernmeldegesetz__ verschafft sich die Politik umfangreichen __Zugriff__ auf den elektronischen Briefverkehr aller Deutschen. In der „Jungen Freiheit“ (11. November, online) bezweifelt __Ronald Gläser__, dass dies „nur zu unserer Sicherheit“ geschieht:

„Wenn wir heute jedes Passwort dem Staat gegenüber offenlegen, fertigen wir dann als nächstes auch einen Nachschlüssel unserer Wohnungstür an? Nur zur Sicherheit, versteht sich ... Immer wieder wird auf den Terrorismus verwiesen, der eine stärkere Bedrohung für die Bürger sei als die Staatsbeamten im Sicherheitsapparat. Dabei wurden weder Anders Breivik noch die Zwickauer Terrorzelle dank abgehörter Telefone, verwanzter Räume oder mitgelesener E-Mails ertappt.“